

Nr. 01 / 2006
ISSN 1861-2881

Beiträge zur
Internationalen
Politik &
Sicherheit

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND
SICHERHEIT E. V.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	III
 MICHAEL RÜHLE Eine „politischere“ NATO?	 1
<p>Ist für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen ein intensiverer Dialog notwendig? Braucht die NATO eine Reform? Und was eigentlich ist unter einer „politischeren“, dialogfreudigeren NATO zu verstehen? Wie soll sie implementiert werden? Ein Kommentar.</p>	
 JAN C. IRLLENKAEUSER Asymmetrische Luftbedrohungen	 4
<p>Angriffe aus der Luft unter Einsatz asymmetrischer Mittel sind Teil der sicherheitspolitischen Realität des 21. Jahrhunderts. Nicht nur bemannte - wie am 11. September 2001 - sondern auch unbemannte Luftfahrzeuge stellen hierbei eine zunehmende Bedrohung der Sicherheit dar.</p>	
 MATTHIAS KIRCH „Islamistischer Terrorismus“ als Gegner - Verstehen wir unseren Feind?	 16
<p>Bereits vor Jahrhunderten empfahl der chinesische Militärstrategie Sun Tzu seinen Gegner zu kennen. Zu diesen Gegnern gehören in der heutigen Zeit zunehmend Terroristen islamistischer Prägung. Doch wie sieht deren Struktur und „Arbeitsweise“ aus und was sind ihre ideologischen Hintergründe?</p>	
 RENÉ S. FREYTAG Schwedische Neutralität zwischen Anspruch und Wirklichkeit	 24
<p>Wie entwickelte sich die Neutralität Schwedens nach dem Zweiten Weltkrieg? War die Neutralitätspolitik eher künstlicher Natur? In welchem Verhältnis stehen die Unvereinbarkeit von Allianzfreiheit und einer gemeinsamen europäischen Verteidigung? Welche Rolle spielt in dem Zusammenhang der 11. September 2001?</p>	

JOSEF BORDAT

Vom bellum iustum zum just war

32

Sind Grundpositionen des geltenden Völkerrechts in Frage zu stellen? Sollen Gewaltverbot und das Gebot der Nichteinmischung der UN-Charta einem Interventionsrecht weichen? Dieser Vorschlag soll an den ideengeschichtlich entwickelten Kriterien des „gerechten Krieges“ gemessen werden.

KAI HIRSCHMANN

Was der Kinofilm nicht zeigt

41

Mit dem Kinofilm „München“ wird das Thema um das Attentat bei den Olympischen Spielen 1972 wieder aufgegriffen. Doch was verbirgt sich hinter dem Begriff „Schwarzer September“, was sind die Hintergründe, die Vorgeschichte und auch die Folgen des Anschlags von München?

Rezensionen

46

Selbstmordattentäterinnen als Opfer (CHRISTIAN WOPEN)	46
Unterwegs mit Al-Qaida (CARSTEN MICHELS)	48
Weltmacht ohnegleichen (SASCHA ARNAUTOVIĆ)	49
Amerikanische Chinapolitik (BENJAMIN SCHREER)	52
Psychologie und Politik (JODOK TROY)	54
Die kaspische Region bis ins kleinste Detail (DIRK BAEHR)	56
Neorealismus (RENÉ DENZER)	58
Ein Stück Normalisierung (BENJAMIN TEUTMEYER)	59

Autorenspiegel

62

Hinweise für Autorinnen und Autoren

63

Impressum

65

EDITORIAL

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Downloadzahlen der ersten Ausgaben lassen vermuten, das es uns gelungen ist ein ansprechendes Projekt auf die Beine zustellen. Dies zeigt auch das Interesse eines Verlages dieses Projekt in sein Programm aufzunehmen. Letztlich hat sich allerdings das Redaktionsteam dazu entschlossen die Fäden selbst in der Hand zu behalten und hat das Angebot abgelehnt.

Dennoch freuen wir uns sehr über Kooperationsangebote wie dem des Transatlantik-Netz¹ der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit dem folgende Vereinbarung beschlossen wurde: Alle gewünschten Aufsätze zu transatlantischen Themen werden nun auch in Zukunft auf deren Webseite - natürlich mit entsprechender Quellenangabe - veröffentlicht werden. Ziel ist es diese Texte einem noch größeren Leserkreis zugänglich zu machen. Auch für englischsprachige Texte wird zukünftig eine Kooperation angestrebt, die auch die Leserschaft über den deutschsprachigen Raum hinaus vergrößern soll.

Aber letztlich lebt dieses Projekt von Ihren Zuschriften, über die wir uns jederzeit herzlich freuen. Allerdings möchten wir an dieser Stelle alle zukünftigen Autorinnen und Autoren bitten, unsere Manuskripthinweise am Ende einer jeden Ausgabe zu beachten. Dies erspart dem Redaktionsteam eine Menge Arbeit und die einzelnen Ausgaben können schneller veröffentlicht werden, was sicherlich in beiderseitigem Interesse liegt.

Des Weiteren freuen wir uns über Ihre Meinungen, Anregungen und Ideen die uns helfen die BIPS in Ihrem Interesse stetig zu verbessern.

Mein Dank gilt dem gesamten Redaktionsteam sowie den Autoren dieser Ausgabe.

Im Namen der gesamten Redaktion wünsche ich Ihnen ein anregendes Lesevergnügen.

René Denzer

(Stellvertretender Redaktionsleiter)

¹ <http://www.transatlantik-netz.de>

MICHAEL RÜHLE¹

Eine „politischere“ NATO?

Wenn sich deutsche Politiker auf Konferenzen zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen äußern, dann erfahren die Zuhörer zumeist recht viel über die Vergangenheit: über Care-Pakete, über die Berliner Luftbrücke und – sofern die Redezeit noch reicht – über die erfolgreiche deutsch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Wiedervereinigung. Über das eigentliche Thema jedoch, die Zukunft, wird man nur wenig oder gar nichts vernehmen. Kein Wunder also, dass die Rede von Bundeskanzler Schröder, die er im Februar 2005 auf der Münchener Sicherheitskonferenz in Abwesenheit verlesen ließ, aus dem Rahmen fiel. Schröders Urteil, die NATO sei nicht mehr der Ort, an dem die Verbündeten wichtige Fragen konsultierten und koordinierten, ging weit über das hinaus, was deutsche Bundeskanzler auf internationalen Tagungen gemeinhin von sich geben. Entsprechend groß war die Aufregung.

Gewiss, man hätte das alles etwas geschickter aufziehen können. Schröders Forderung nach einer "Wise Men Group", die sich über die Zukunft der NATO Gedanken machen sollte, war jedenfalls zu dürftig, um damit punkten zu können. Hätte man stattdessen den einen oder anderen konkreten Vorschlag zur Reform der NATO lanciert, dann wäre dem Kanzler das „Kommunikationsdesaster“ (Berlin über Berlin) von München vielleicht erspart geblieben. Doch auch wenn die Sache nicht ganz so glatt lief wie erhofft: die heftigen nationalen und internationalen Reaktionen auf Schröders Rede zeigten, dass der Kanzler einen Nerv getroffen hatte. Plötzlich redete man allenthalben über die Notwendigkeit eines intensivierten transatlantischen Dialogs. Mehr noch. In Deutschland wurde Forderung nach einer „politischeren“ Allianz wurde gleichsam parteiübergreifend zum Thema - und zum wichtigen Bestandteil eines transatlantischen Neuanfangs nach dem Irak-Debakel. So war es auch kaum überraschend, dass sich die neue Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem NATO-Besuch schon kurz nach ihrem Amtsantritt im November 2005 für eine politischere Allianz aussprach.

Doch was eigentlich ist unter einer „politischeren“, dialogfreudigeren NATO zu verstehen? Und wie soll sie implementiert werden? Wer hier Antworten sucht, wird nur selten fündig. Denn die Apologeten einer politischeren NATO halten es bislang eher mit vagen Formulierungen. Dabei ist der Hang zum Unverbindlichen eigentlich unbegründet. Denn wie ein Blick auf die Entwicklung der NATO zeigt, ist die Forderung nach einer politischen NATO weniger radikal, als es den Anschein haben mag. Bereits seit einigen Jahren ist unstrittig, dass die neuen Bedrohungen, der sich wandelnde Charakter militärischer Operationen und nicht zuletzt das Heranwachsen neuer sicherheitspolitischer Akteure eine neue Lage geschaffen haben, die Veränderungen nicht nur im modus operandi, sondern auch im Selbstverständnis der NATO erzwingen. Nicht ohne Grund hatte Generalsekretär de Hoop Scheffer schon unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Januar 2004 eine „Streitkultur“ in der Allianz eingefordert - und sich in der Folgezeit um deren konkrete

¹DER AUTOR GIBT HIER AUSSCHLIESSLICH SEINE PERSÖNLICHE MEINUNG WIEDER!

Implementierung bemüht.

Zentrales Wesensmerkmal einer politischeren NATO ist eine breiter angelegte sicherheitspolitische Debatte der Verbündeten. Die neuen Bedrohungen - Terrorismus, Proliferation, gescheiterte Staaten - und berühren die Verbündeten in unterschiedlichem Maße und erhöhen somit das Risiko unterschiedlicher Reaktionen. Vor allem aber hat die Irak-Kontroverse gezeigt, dass man den neuen Bedrohungen durch die ausschließliche Konzentration auf die Verbesserung der eigenen militärischen Fähigkeiten nicht gerecht wird. In der Auseinandersetzung über den Umgang mit dem Regime Saddam Husseins ging es nicht um die einschlägig bekannten militärischen Unzulänglichkeiten der Europäer, sondern um den Verlust des transatlantischen Sicherheitskonsenses. Dieser Konsens kann nur durch eine umfassende, frühzeitig ansetzende strategische Debatte unter den Verbündeten wiederhergestellt werden.

Das zweite Element einer politischeren NATO besteht in einer stärkeren politischen Rolle des Bündnisses in den Regionen, in denen es militärisch präsent ist. Militärische Stabilisierungseinsätze, die durch das enge Zusammenwirken militärischer und ziviler Behörden gekennzeichnet sind, erfordern letztlich eine Einflussnahme des Bündnisses auf den politischen Prozess, an dessen Ende ein sich selbst tragender Frieden stehen soll. Die schlichte Arbeitsteilung jedenfalls, in der die NATO zwar die Truppen stellt, die politische Ausgestaltung des Friedensprozesses jedoch ausschließlich anderen Akteuren der internationalen Gemeinschaft überlässt, ist nicht mehr zeitgemäß.

Das dritte Wesensmerkmal einer politischeren NATO ist der Dialog mit anderen Akteuren, staatlichen ebenso wie nichtstaatlichen. Auch diese Entwicklung ergibt sich aus der Natur moderner Stabilisierungsmissionen, die letztlich nur dann erfolgreich abgeschlossen werden können, wenn der militärischen Präsenz der zivile Wiederaufbau unmittelbar nachfolgt. Die Koordination zwischen der NATO und anderen Institutionen, die gegenwärtig noch immer größtenteils im Krisengebiet selbst stattfindet, muss künftig auch auf der strategischen institutionellen Ebene erfolgen. Aus diesem Grund gehören engere Beziehungen der NATO insbesondere zu den Vereinten Nationen und der Europäischen Union zu den großen institutionellen Gestaltungsaufgaben der kommenden Jahre.

Soweit zum Inhalt dessen, was gemeint sein könnte, wenn von einer politischeren NATO die Rede ist. Aber wie steht es mit der Implementierung dieser neuen politischen Identität des Bündnisses? Lässt sich ein so weit reichender Wandel im Selbstverständnis der NATO überhaupt erreichen?

Was die von NATO Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer geforderte „Streitkultur“ betrifft, so hat diese bereits Einzug gehalten. Viele der regelmäßigen Außen- und Verteidigungsministertreffen sind inzwischen informeller Natur und ermöglichen so den Gedankenaustausch ohne diplomatisches Ritual. Dem Nordatlantik-Rat soll durch die Delegation mancher Aufgaben an untergeordnete Ausschüsse mehr Zeit zur Diskussion verschafft werden. Eine stärkere Einbeziehung der politischen Direktoren in manche Debatten ist ebenfalls vorgesehen. Und auch die „brainstormings“, in denen sich die NATO-Botschafter auf der Grundlage provokanter Thesenpapiere mit zukunftsorientierten Themen auseinandersetzen, haben sich durchaus bewährt.

Auch die stärkere Beteiligung der NATO am politischen Prozess in Regionen ihrer militärischen Präsenz hat sich inzwischen konkretisiert. Schon die in den späten 90er Jahren entwickelten Initiativen der NATO zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit auf dem Balkan unterstrichen diese politische Rolle des Bündnisses. Inzwischen ist NATO auch bei der Suche nach einer politischen Lösung für das Kosovo im Rahmen der erweiterten Kontaktgruppe eingebunden. Und auch bei der weiteren Entwicklung Afghanistans ist die Allianz über Fragen der militärischen Präsenz hinaus involviert.

Schwieriger wird es hingegen bei der institutionellen Zusammenarbeit, insbesondere mit der EU. Denn die NATO-EU Beziehungen leiden noch immer unter der Nervosität, wie sie für potentielle Rivalen typisch ist. Doch diese Probleme ändern gleichwohl nichts an der Notwendigkeit einer echten strategischen Partnerschaft zwischen NATO und EU. Die Sicherheitslandschaft des 21. Jahrhunderts verlangt nun einmal nach der engen Verknüpfung von militärischen, politischen und wirtschaftlichen Instrumenten. Am Ende dürfte deshalb die normative Kraft des Faktischen über den Konkurrenzgedanken obsiegen.

Fazit

Die Forderung nach einer politischeren NATO ist nicht ohne Risiko. Sie bürdet einem Bündnis, das bereits schwer an seinen militärischen Belastungen zu tragen hat, zusätzliche schwierige Aufgaben auf. Dies umsomehr, als politische Debatten eben nicht zwangsläufig Konsens erzeugen, sondern existierende Gräben auch vertiefen können. Dennoch sind Warnungen vor einer schleichenden Entmilitarisierung der Allianz ebenso unbegründet wie die Furcht vor einem Abstieg des Bündnisses zur Quasselbude. Wer militärische Macht zielgerichtet transatlantisch bündeln will, braucht nun einmal auch einen breiten politischen Konsens. Im komplexen Sicherheitsumfeld von heute muss dieser Konsens immer wieder aufs Neue errungen werden - durch den umfassenden Dialog. Wissenschaft, so wusste schon Einstein, entsteht im Gespräch. ♦

Asymmetrische Luftbedrohungen

Ein Szenarien-basierter Problemaufriss

Einleitung

Die Ereignisse des 11. September 2001 haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass Angriffe aus der Luft unter Einsatz asymmetrischer Mittel – in diesem Fall von Verkehrsflugzeugen – Teil der sicherheitspolitischen Realität im 21. Jahrhundert sind. Jedoch stellen nicht nur bemannte, sondern auch unbemannte Luftfahrzeuge und hierbei besonders Marschflugkörper eine zunehmende Bedrohung westlicher Sicherheit im Allgemeinen und deutscher Sicherheit im Speziellen dar. Die folgende Untersuchung erhebt nicht den Anspruch, die Thematik in ihrer gesamten Bandbreite darzustellen, sondern möchte lediglich einen auf Szenarien basierenden Problemaufriss liefern.

Westliche Staaten erfreuen sich in der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage einer bisher nicht bekannten militärischen Überlegenheit, die das Risiko und die möglichen Auswirkungen eines konventionellen Angriffes deutlich reduziert hat. Die politischen und militärischen Ungleichheiten (Asymmetrien) haben jedoch nicht zu einer generellen Minimierung des Risikos geführt, sondern lassen vielmehr erwarten, dass ein potenzieller Angreifer sich asymmetrischer Mittel zur Erlangung politischer Ziele bedienen wird.

Unter Asymmetrie kann eine Strategie verstanden werden, deren Ziel es ist, die Stärken des Gegners zu umgehen und seine Schwächen auszunutzen. Wenngleich der Begriff der asymmetrischen Bedrohungen erst in jüngerer Zeit Eingang in die strategische Literatur gefunden hat, so handelt es sich hierbei um eine Konzeption, die so alt wie Beschäftigung mit Strategie selbst, beginnend mit David gegen Goliath oder den Schriften von Sun Zu¹. Asymmetrische Bedrohungen lassen sich nach Ansicht von Colin S. Gray folgendermaßen beschreiben: „

- Unusual in our eyes.
- Irregular in that they are posed by instruments unrecognized by the long-standing laws of war.
- Unmatched in our arsenal of capabilities and plans.
- Highly leveraged against our particular assets – military and, probably more often, civil.

¹ Vgl. zur neueren Debatte über asymmetrische Bedrohungen u. a. Stephen J. Blank: Rethinking Asymmetric Threats, Carlisle 2003.

- Designed not only to secure leverage against our assets, but also intended to work around, offset, and negate what in other contexts are our strengths.
- Difficult to respond to in kind.
- Difficult to respond to in a discriminate and proportionate manner.
- Friendly to the frightening prospect of the “unknown unknown.” ... [E]ven a superior defense community is going to miss some “unknown unknowns.” We do not look for what we do not know to look for.”²

Aufgrund der geografischen Gegebenheiten sowie militärischer und technischer Notwendigkeiten ist davon auszugehen, dass asymmetrische Bedrohungen zukünftig in erster Linie aus der Luft erfolgen werden. Nur auf diese Weise könnte ein potenzieller Angreifer eine hohe Einsatzwirksamkeit bei gleichzeitiger Minimierung des eigenen Risikos erzielen. Mögliche Angreifer sind in diesem Zusammenhang staatliche Akteure – wie beispielsweise Nordkorea oder der Iran – sowie nicht-staatliche Gruppen, wie z. B. Al-Qaida, die versuchen, ihre konventionelle militärische Unterlegenheit durch Nutzung asymmetrischer Mittel auszugleichen.

Besondere Beachtung muss in diesem Zusammenhang der mögliche Einsatz von Massenvernichtungswaffen geschenkt werden, da diese Waffen in hohem Maße dazu geeignet sind, große Schäden mit weit reichenden politischen und psychologischen Folgen zu erzielen. Zahlreiche Staaten unterhalten gegenwärtig Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen (z. B. der Iran oder Nordkorea). Darüber hinaus scheinen terroristische Organisationen kontinuierlich den Versuch zu unternehmen, in den Besitz solcher Kampfstoffe zu gelangen. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang chemische und biologische Kampfstoffe, vor allem aufgrund der anzunehmenden höheren Verfügbarkeit. Allgemein lässt sich feststellen, dass die weit reichenden technologischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren (z. B. das Navigationssystem GPS) im Verbund mit neuen Formen des internationalen Terrorismus eine neue hohe Bedrohungslage geschaffen hat.

Forschungsstand

Trotz der Ereignisse des 11. September 2001 hat bisher keine systematische Untersuchung der Risiken von bemannten nicht militärischen Luftfahrzeugen stattgefunden. So liegen bisher keine umfassenden Untersuchungen zu Frage asymmetrischer Luftbedrohungen vor. Bedrohungen aus der Luft wurden in der Vergangenheit oftmals nur aus dem Blickwinkel spezifischer Bedrohungsszenarien untersucht (z. B. die Proliferation von Massenvernichtungswaffen)³, nicht jedoch als eigenständige sicherheitspolitische Problemstellung. Dies gilt in besonderem Maße für die deutsche Debatte. Die neuere sicherheitspolitische Literatur zu diesen Fragenstellungen muss somit als unbefriedigend beschrieben

² Colin S. Gray: Thinking Asymmetrically in Times of Terror, in: Parameters, Vol. XXXII, 2002, No. 1 <http://carlisle-www.army.mil/usawc/Parameters/02spring/gray.htm>

³ Siehe z. B. Joseph Cirincione / Jon B. Wolfsthal / Miriam Rajkumar: Deadly Arsenals: Tracking Weapons of Mass Destruction, Washington 2003, S., 75-78 und Michael E. Dickey: Biocruise: A Contemporary Threat, The Counterproliferation Papers, Future Warfare Series No. 7, Air War College, Maxwell Air Force Base 2000.

werden. Ausnahmen bilden in diesem Zusammenhang lediglich u.a. die Veröffentlichungen von Dennis Gromley⁴, Thomas G. Mahnken⁵ und des amerikanischen General Accounting Offices⁶

Die Analyse der von Marschflugkörpern (engl. Cruise Missiles) ausgehenden Bedrohungen hat bisher kaum stattgefunden. Besonders die Weiterverbreitung dieser Waffensysteme bzw. die Konversion von Anti-Ship Cruise Missiles in Land-Attack Cruise Missiles fand bisher nur unzureichende politische und wissenschaftliche Beachtung. Die Untersuchungen über den Bereich der unbemannten Luftfahrzeuge haben sich zumeist auf Entwicklungen im Hoch-Technologiesektor durch militärisch und industriell hoch entwickelte Staaten, wie die USA oder Israel, konzentriert, ohne jedoch den Bereich der einfachen und kostengünstigeren Systeme ausreichend zu beleuchten. Jene werden jedoch mutmaßlich die größte Bedrohung in der Zukunft darstellen.⁷

Waffensysteme mit Potenzial zur asymmetrischen Luftbedrohung

Grundsätzlich lassen sich drei Typen von Waffensystemen identifizieren, die für asymmetrische Luftbedrohungen in Frage kommen:

- Marschflugkörper (Cruise Missiles)
- Sonstige Unbemannte Luftfahrzeuge (*Unmanned Aerial Vehicles*– UAV).
- Bemannte Luftfahrzeuge (Flugzeuge und Hubschrauber).

Zwar verfügen diese Waffensysteme über jeweils spezifische Charakteristika, jedoch ist ihnen gemein, dass sie sowohl schauplatzgebunden als auch gegen das Territorium westlicher Staaten einsetzbar sind. Zusätzlich können alle diese Systeme Massenvernichtungswaffen transportieren. Diesen Systemen ist gemein, dass sie im Vergleich zu ballistischen Raketen relativ kostengünstig sind und geringere technologische Anforderungen an ihre Herstellung, Wartung und ihren Einsatz stellen. Somit erscheinen sie als sehr geeignet für den asymmetrischen Einsatz gegen westliche Ziele.

⁴ Dennis M. Gormley: Missile Defence Myopia: Lessons from the Iraq War, in: *Survival*, Vol. 45, 2003/2004, No. 4, S 61-86; Dennis M. Gormley: Richard Speier, Controlling Unmanned Air Vehicles: New Challenges, in: *The Nonproliferation Review*, Vol. 10, 2003, No. 2, S. 66-79; Dennis M. Gormley: New Developments in Unmanned Air Vehicles and Land-Attack Cruise Missiles, in: *SIPRI Yearbook 2003: Armaments, Disarmament and International Security Oxford 2003*, S. 409-432; Dennis M. Gormley: The Neglected Dimension: Controlling Cruise Missile Proliferation, in: *The Nonproliferation Review*, Vol. 9, 2002, No. 2, S. 21-29; Dennis M. Gormley: UAVs and Cruise Missiles as Possible Terrorist Weapons, in: James Clay Moltz (Hrsg.): *New Challenges in Missile Proliferation, Missile Defense, and Space Security*, Occasional Paper No. 12 (Monterey, CA: Monterey Institute's Center for Nonproliferation Studies, 2003), S. 3-9; Dennis M. Gormley: *Dealing with the Threat of Cruise Missiles*, Adelphi Paper 339 Oxford., 2001; Dennis Gromley, K. Scott McMahon: *Controlling the Spread of Land-Attack Cruise Missiles*, Marina del Rey 1995.

⁵ Vgl. Thomas G. Mahnken: *The Cruise Missile Challenge*, CSBA, Washington 2005.

⁶ U.S. General Accounting Office: *Nonproliferation: Improvements Needed to Better Control Technology Exports for Cruise Missiles and Unmanned Aerial Vehicles*, GAO-04-15 Washington, 2004..

⁷ Vgl. u. a. Sascha Lange: *Flugroboter statt bemannter Militärflugzeuge?* Berlin 2003, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=179

Marschflugkörper (Cruise Missiles)

Bei Marschflugkörpern handelt es sich um: „... unmanned self-propelled guided vehicle that sustains flight through aerodynamic lift for most of its flight path and whose primary mission is to place an ordnance or special payload on a target“.⁸ Grundsätzlich sind Marschflugkörper in der Lage, sowohl konventionale Gefechtsköpfe als auch solche mit Massenvernichtungswaffen zu transportieren. Gegenwärtig verfügen ca. 70 Staaten über geschätzte 75.000 Anti-Schiff-Marschflugkörper, die sich allerdings nur sehr bedingt für den Angriff gegen Landziele eignen bzw. zu diesem Zweck unter erheblichen technischen Anstrengungen umgerüstet werden können.⁹ Zentrale Aspekte bei der Konversion von der Seezielbekämpfung- hin zur Landzielbekämpfungsfähigkeit von Marschflugkörpern liegen in der Reichweite sowie der Steuerungselektronik. Diese Konversion ist durchaus möglich, erfordert jedoch ein hohes Maß an technischem Sachverstand (das chinesische *Silkworm* System ist ein Beispiel für eine gelungene Konversion). Lediglich neun Staaten stellen zurzeit Marschflugkörper zur Bekämpfung von Landzielen her (u.a. die USA, Russland und China).

Allerdings wird angenommen, dass sich gerade diese Waffensysteme bis zum Ende der Dekade einer großen Weiterverbreitung erfreuen werden, u.a. durch den Verkauf von bereits existierenden Systemen an Drittstaaten bzw. die eigenständige Entwicklung von einfachen Marschflugkörpern durch proliferationswillige Staaten. Dies stellt die wichtigste Bedrohung sowohl für die Sicherheit westlicher Staaten als auch für im Einsatz befindliche Truppen dar.

Die strategische Bedeutung eines solchen Waffensystems hängt in erster Linie von der jeweiligen Nutzlast und der Reichweite ab. Diesbezüglich ist die mögliche Bandbreite sehr weit und reicht von unter 100 Kilometern (einfache Version des chinesischen *Silkworm*-Marschflugkörpers) bis hin zu ca. 3.000 (amerikanischer *Tomahawk*-Marschflugkörper). Eine vergleichbare Spanne existiert bei der Nutzlast (zwischen wenigen Kilogramm und ca. 500 kg). Jedoch sind Modifikationen durch die Bereitschaft zur Reduzierung der Nutzlast bzw. der Reichweite möglich. Aus den technischen Eigenschaften der Waffensysteme ergeben sich starke Auswirkungen auf die zu verwendenden Gefechtsköpfe. So ist ein Marschflugkörper, der mit Schallgeschwindigkeit fliegt, ungeeignet, biologische oder chemische Kampfstoffe wirksam auszubringen.

Mit der Einführung von GPS (Global Positioning System) haben sich viele der in der Vergangenheit bestehenden Probleme hinsichtlich der Zielgenauigkeit von Marschflugkörpern deutlich reduziert. Es wird teilweise sogar angenommen, dass sich zukünftig die Zielgenauigkeit von Marschflugkörpern auf bis zu einen Meter verbessern könnte.¹⁰ Der erleichterte Zugang zu Geoinformationssystemen könnte in diesem Zusammenhang die Beschaffung notwendiger Daten erleichtern. Die Präzision eines Waffensystems ist jedoch generell nur dann erforderlich, wenn ein spezielles – räumlich kleines und evtl. gehärtetes – Ziel bekämpft werden soll (der Reichstag in Berlin, ein Kernkraftwerk, ein Befehlsstand etc.). Dieser so genannten *hard target strategy* steht die so genannte *soft target strat-*

⁸ Militarily Critical Technologies List, Glossary, Washington o.J., S. GL-7.
<http://www.dtic.mil/mctl/MCTL.html>

⁹ Vgl. Andrew Feickert: *Missile Survey: Ballistic and Cruise Missiles of Foreign Countries*, Washington 2004, S. 23.

¹⁰ Vgl. Andrew Feickert: *Cruise Missile Proliferation*, CRS Report for Congress, Washington 2005, S. 4.

egy gegenüber, deren Absicht die Zerstörung von Bevölkerungszentren ist. Grundsätzlich sind Marschflugkörper aufklär- und bekämpfbar, jedoch ergeben sich hierbei aufgrund der technischen Spezifikationen eines solchen Systems (aerodynamisches Design bzw. teilweise auch die Verwendung von *Stealth*-Technologien) und der Möglichkeit zum Anflug in Bodennähe erhebliche Probleme bei der Ortung. Auch die Bekämpfung einmal aufgeklärter Marschflugkörper stellt erhebliche Anforderungen an die Luftverteidigung.

Die vergleichsweise geringen Kosten von Marschflugkörpern führen dazu, dass mit der Beschaffung einer Vielzahl solcher Systeme durch einen möglichen Angreifer gerechnet werden muss. So geht Dennis Gormley davon aus, dass ein einfacher Marschflugkörper bereits für den Preis von ca. 200.000 US-Dollar auf dem internationalen Markt zu beschaffen sei.¹¹ Dies könnte zur Überwindung möglicher Abwehrsysteme durch die schiefe Masse der eingesetzten Waffensysteme führen bzw. zur Bindung großer Ressourcen bei der Abwehr von Marschflugkörpern zwingen.

Sonstige unbemannte Luftfahrzeuge

Die Entwicklung unbemannter Fluggeräte (Unmanned Aerial Vehicles – UAV) hat in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Besonders die USA und Israel haben massiv in die Entwicklung moderner UAVs investiert. Allerdings handelt es sich um hochtechnologische, sehr komplexe Systeme, die aufgrund technischer und politischer Gegebenheiten kaum im Rahmen von asymmetrischen Luftbedrohungen zum Einsatz kommen werden. Vielmehr kann angenommen werden, dass weniger avancierte, d. h. technisch simplere UAVs von Terroristen oder *Rouge States* zum Einsatz gebracht werden könnten. Dies ist besonders auf die erhöhte Verfügbarkeit und einfachere Handhabbarkeit zurückzuführen.

Ein besonderes Risiko besteht für die Sicherheit westlicher Staaten durch die Umrüstung von Kleinflugzeugen zu UAVs. Bereits für ca. 50.000 US-Dollar lassen sich Flugzeugbausätze und die erforderliche Steuerungselektronik auf dem freien Markt erwerben. Die Flugobjekte benötigen lediglich eine sehr kurze Startbahn (ca. 75 m) und können somit praktisch an jedem Ort in die Luft gebracht werden. Aber auch Luftzieldarstellungen (engl. *Aerial Targets*) könnten aufgrund ihrer weiten Verbreitung ein signifikantes Risiko für westliche Sicherheit darstellen.

Die Nutzlast sowie die Reichweite unbemannter Luftfahrzeuge variieren sehr stark, jedoch scheint außer Zweifel zu stehen, dass über kürzere Distanzen Massenvernichtungswaffen – besonders biologische und chemische Kampfstoffe – ausgebracht werden könnten. Die im Vergleich zu Marschflugkörpern geringere Geschwindigkeit von UAVs macht sie zu einem geeigneten Transportmedium für biologische und chemische Kampfstoffe, da auf diese Weise die notwendige Bildung von Aerosolen möglich ist. Aber auch konventionelle Sprengstoffe ließen sich auf diese Weise transportieren.¹²

Die Möglichkeit zur Steuerung während des Fluges und besonders die Möglichkeit, für

¹¹ Vgl. Statement by Dennis Gormley: Before the Subcommittee on International Security, Proliferation and Federal Services of the U.S. Senate Committee on Governmental Affairs, June 11, 2002, S. 2.

¹² Zu technischen Daten und Entwicklungen im Bereich UAVs siehe: Kenneth Munson (Hrsg.): *Jane's Unmanned Aerial Vehicles and Targets*, London²³ 2004.

einen gewissen Zeitraum über einem Verfügungsraum zu verbleiben, erhöht die Flexibilität und damit die Einsatzmöglichkeiten von UAVs sehr deutlich gegenüber jenen von Marschflugkörpern. Allerdings erlauben UAVs aufgrund ihrer geringeren Geschwindigkeit und der anzunehmenden Kampfmittel an Bord vermutlich nicht die Penetration von gehärteten Zielen (z. B. verbunkerten Gefechtsständen), jedoch scheinen sie gegen weiche Ziele durchaus erfolgversprechend einsetzbar zu sein. Aus operativer Sicht problematisch sind die im Vergleich zu bemannten Flugzeugen hohen Ausfallquoten, die selbst bei modernen amerikanischen UAVs bis zu 50% aller eingesetzten Waffensysteme betragen (so geschehen beim Einsatz des *Predators* in Afghanistan).

Besonders langsam und niedrig fliegende UAVs könnten sich beim Einsatz die spezifischen Applikationen von boden- und luftgestützten Aufklärungsmitteln, in erster Linie Radar, zunutze machen. So werden Flugobjekte niedriger Höhe mit einer Geschwindigkeit von weniger als 75 Knoten (135 km/h) von den gängigen militärischen Radarsystemen nicht erfasst.¹³ Die Bekämpfung einmal aufgeklärter UAVs ist aus militärischer Sicht mit Mitteln der luft- oder bodengestützten Luftabwehr möglich. Die Optionspalette reicht in diesem Zusammenhang von Jagdflugzeugen über Luftabwehrraketenpanzer bis hin zum Einsatz mobiler Luftabwehrtruppen, ausgestattet mit Maschinenkanonen oder Fliegerfäusten. Allerdings birgt die Bekämpfung solcher UAVs, besonders von modifizierten Kleinflugzeugen erhebliche politische Risiken, kann doch nicht ausgeschlossen werden, dass es sich beim dem anzugreifenden Objekt um ein ziviles Flugzeug handelt, welches keine feindlichen Absichten im Schilde führt und lediglich aufgrund einer Verkettung unglücklicher Umstände in diesen Luftraum geraten ist. Die deutsche Debatte über den § 14 des Luftsicherheitsgesetzes macht dies deutlich.¹⁴

Bemannte Luftfahrzeuge (Flugzeuge und Hubschrauber)

Die Ereignisse des 11. September 2001 haben mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, welches ungemeine Zerstörungspotenzial in zu Waffen zweckentfremdeten bemannten Luftfahrzeugen liegt. Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang zwischen zivilen und militärischen Luftfahrzeugen zu unterscheiden. Die Bedrohung, welche von Kampfflugzeugen oder Kampfhubschraubern ausgeht, kann als hinreichend bekannt angenommen werden und muss selbstverständlich in jede Bedrohungsanalyse einbezogen werden.

Ein besonderer Vorteil in der Nutzung von zivilen Luftfahrzeugen liegt in dem damit höchstwahrscheinlich verbundenen Überraschungsmoment, d.h. zivile Flugzeuge oder Hubschrauber können bei Einhaltung der relevanten Luftfahrtregularien bis an oder zumindest sehr nahe an das mögliche Ziel gelangen, bevor ihre feindlichen Absichten bemerkt werden. So betrug beispielsweise am 11. September 2001 die Zeitspanne zwischen Feststellung, dass besondere Ereignisse auf dem Flug United Airlines 175 vorgefallen sein könnten, und Einschlag des Flugzeuges im Südturm des World Trade Centers lediglich 16 Minuten.¹⁵

¹³ Vgl. Dennis M. Gormley: UAVs and Cruise Missiles as Possible Terrorist Weapons, in: James Clay Moltz (Hrsg.): *New Challenges in Missile Proliferation, Missile Defense, and Space Security*, Occasional Paper No. 12 (Monterey, CA: Monterey Institute's Center for Nonproliferation Studies, 2003), S. 7.

¹⁴ Ermächtigung des Verteidigungsministers zur Anordnung eines Abschusses von zivilen Luftfahrzeugen.

¹⁵ Vgl. National Commission on Terrorist Attacks upon the United States: *Final Report*, Washington 2004, S. 7.

Bemannte Luftfahrzeuge haben eine sehr hohe Verfügbarkeit. Allein in der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahre 2003 12.075 Luftfahrzeuge in die Luftfahrtrolle eingetragen (einschließlich 804 Hubschrauber).¹⁶ Die in westlichen Staaten in den letzten Jahren verstärkten Sicherheitsvorkehrungen an Flughäfen und in Flugzeugen dürften das Risiko einer Wiederholung der Ereignisse vom 11. September 2001 reduzieren, jedoch nicht ausschließen. Nach wie vor machen die Reichweite und die Nutzlast solcher Luftfahrzeuge diese attraktiv für die Durchführung von Angriffen. Grundsätzlich sind, auch sie zur Ausbringung von Massenvernichtungswaffen geeignet. In besonderem Maße gilt dies für Ausbringung von biologischen und chemischen Kampfstoffen durch Sprühflugzeuge. Aber auch ohne den Einsatz von Massenvernichtungswaffen geht von Luftfahrzeugen durch die Sprengkraft von Kerosin in Verbindung mit Sauerstoff eine erhebliche Gefahr aus (ca. 15-mal höher als die Sprengkraft derselben Menge TNT).¹⁷

Für die Aufklärung von kleinen zivilen Luftfahrzeugen bestehen dieselben Probleme wie sie bereits zuvor für UAVs beschrieben wurden. Für größere Flugzeuge gilt, dass sie vergleichsweise leicht aufzuklären sind. Dies hat jedoch nicht unmittelbar positive Folgen auf die Bekämpfbarkeit, da diese eher eine politische denn eine militärische Herausforderung. Gilt es doch, ggf. hohe zivile Verluste und das Risiko eines Irrtums mit einzukalkulieren.

Bedrohungsszenarien

Die Grundlage für die Szenarien bilden zum einen bereits eingetretene Ereignisse (z. B. der 11. September), die weiterentwickelt werden sollen, zum anderen denkbare Szenarien, welche bisher noch nicht eingetreten sind. Grundlage für die Analyse wird eine angriffszielbasierte Szenarienbildung sein. D.h. ausgehend von möglichen Angriffszielen (z. B. deutsche Soldaten in Peacekeeping-Einsätzen) werden die möglichen Bedrohungen durch staatliche sowie nicht-staatliche Akteure unter Einsatz der unterschiedlichen Waffensysteme (Marschflugkörper, UAVs etc.) sowie der Möglichkeit des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen untersucht.

Grundlage für die Bedrohungsanalyse sind die Eintrittswahrscheinlichkeit sowie die möglichen Auswirkungen eines Angriffes. Die Eintrittswahrscheinlichkeit kann jedoch nicht quantifiziert werden, vielmehr soll eine qualitative Analyse auf Grundlage von Plausibilitäten erstellt werden. Wichtigstes Kriterium ist hierfür die Verfügbarkeit von Waffensystemen für bestimmte Akteure. Aufgrund des gegenwärtigen Forschungsstandes kann angenommen werden, dass die Verfügbarkeit antiproportional zu den Auswirkungen sein wird. So wären die Auswirkungen eines Angriffes mit Nuklearwaffen durch Terroristen signifikant höher als eine Wiederholung des 11. Septembers, jedoch ist letzteres wahrscheinlicher.

Es lassen sich drei Hauptbedrohungsszenarien identifizieren:

1. Angriff gegen die Bundesrepublik Deutschland

¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2004, Wiesbaden 2004, S. 478.

¹⁷ Vgl. Gormley: Before the Subcommittee on International Security, S.3.

2. Angriffe auf verbündete Staaten im Rahmen von regionalen Konflikten oder durch terroristische Organisationen sowie

3. Angriff auf westliche und bzw. oder deutsche Soldaten im Einsatz.

Angriff gegen die Bundesrepublik Deutschland

Angesichts der gegenwärtigen sicherheitspolitischen und militärischen Ausgangslage ist ein symmetrischer Angriff gegnerischer Luftstreitkräfte als sehr unwahrscheinlich einzustufen. Jedoch könnten sowohl terroristische Organisationen als auch „rouge states“ – wie Nordkorea – versuchen, ihre grundsätzliche materielle Unterlegenheit durch Angriffe auf leicht verwundbare Ziele zu kompensieren. Durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen können signifikante Verluste an menschlichem Leben und hohe wirtschaftliche Schäden verursacht werden. Dies ist angesichts der erklärten Zielsetzung von terroristischen Gruppen, wie der Al-Qaida, möglichst viele Menschen zu töten, eine gravierende sicherheitspolitische Herausforderung, welche durch teilweise unzureichenden Möglichkeiten der Abwehr solcher Angriffe verschärft wird.

Folgende Szenarien lassen sich diesbezüglich ableiten:

A. Angriffe auf Bevölkerungszentren

Eine besondere Bedrohung für die Sicherheit der Menschen in Deutschland und anderen westlichen Staaten besteht in einem Angriff gegen Bevölkerungszentren, vor allem falls dieser durch Massenvernichtungswaffen erfolgt. Hierbei kann es sich sowohl um gezielte Angriffe auf Städte als auch Großereignisse (z. B. Fußballweltmeisterschaft) handeln. Hierbei ist mit einer hohen Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung zu rechnen. Grundsätzlich dürften alle Trägermittel für Angriffe gegen Bevölkerungszentren geeignet sein. Jedoch dürfte eine besondere Bedrohung von biologischen und chemischen Waffe ausgehen, da diese zum einen eine höhere Verfügbarkeit als Nuklearwaffen haben und dennoch sehr große physische und psychologische Folgewirkungen aufweisen würden sowie zum anderen undiskriminiert die gesamte Bevölkerung treffen würden. Sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Akteure könnten zu einer solchen Strategie der „Vergeltung“ greifen und den wundesten Punkt der Sicherheit westlicher Staaten attackieren.

So zeigten die späteren Attentäter des 11. September 2001 mutmaßlich ein großes Interesse an Sprühflugzeugen aus der Landwirtschaft, welche für einen Angriff mit biologischen oder chemischen Kampfstoffen genutzt werden könnten. Der regelmäßige Einsatz von Aufklärungsflugzeugen von Typ AWACS bei Großereignissen, wie der Fußball Europameisterschaft in Portugal (2004) oder den Olympischen Spielen in Athen (2004), macht sehr deutlich, dass das Risiko von asymmetrischen Angriffen aus der Luft in diesen Fällen sehr ernst genommen wurde.¹⁸

¹⁸ Vgl. NATO: NATO's operational Capabilities, Brüssel 2004, S. 2.

B. Angriff auf Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur (besonders Kernkraftwerke)¹⁹

Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, vor allem jene der Energieerzeugung sowie der chemischen und petrochemischen Industrie, könnten das Ziel von Angriffen werden. Hierbei sind nicht nur die primären Folgen eines Angriffes (z. B. die Zerstörung eines Kernkraftwerkes), sondern vor allem die sekundären Folgen eines solchen Ereignisses zu betrachten, die unter Umständen gravierender sein können als die Primärfolgen. So könnte weit reichende Kontamination mit radiologischen oder chemischen Stoffen die materielle Folge eines solchen Angriffes sein. Diesbezüglich ist davon auszugehen, dass eine Bedrohung vor allem von bemannten Luftfahrzeugen und Marschflugkörpern ausgehen dürfte, da auf diese Weise die benötigte Menge an Explosivstoffen bzw. ein nuklearer Gefechtskopf in das Ziel verbracht werden könnte, da die physische Zerstörung der Einrichtungen das wichtigste Ziel sein würde. Besonders die hohe Anzahl möglicher Ziele macht eine Verteidigung schwer und erhöht die Optionspalette möglicher Angreifer. Trotz der Beachtung, die diese Themen nach dem 11. September 2001 gefunden haben, konnten diese Risiken noch nicht umfassend verhindert werden. So kommt beispielsweise eine Studie der National Academy of Science aus dem Jahre 2005 zu dem Schluss, dass in amerikanischen Kernkraftwerken die Lagerstätten für abgebrannte Kernbrennstäbe nur unzureichend gegen die Auswirkungen eines willentlichen Absturzes eines Passagierflugzeuges geschützt seien.²⁰

C. Angriffe auf nationale Symbole bzw. Regierungsgebäude

Angriffe auf nationale Symbole bzw. Regierungsgebäude dürfte vor allem dem Ziel dienen, die Schutzlosigkeit des Angegriffenen zu demonstrieren. Ein militärischer Nutzen im engeren Sinne ist hierbei eher gering. Dementsprechend würde auch die Bedeutung der Opferzahlen eine Relativierung finden. In Deutschland wären Anschläge, z.B. auf das Reichstagsgebäude, den Kölner Dom oder Schloss Neuschwanstein, vorstellbar. Eine solche Form von Angriffen würde ein hohes Maß an Präzision erfordern, um ein vergleichsweise kleines Ziel wirksam bekämpfen zu können. Grundsätzlich ist der Einsatz aller hier untersuchten Trägermittel, welche über die nötige Zielgenauigkeit verfügen, denkbar. Die Anschläge des 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon sind eindeutig auch als Anschläge auf nationale Symbole zu bewerten und zeigen somit die Relevanz dieser Problematik.

D. Angriff auf Einrichtungen verbündeter Staaten in Deutschland im Rahmen eines regionalen Konfliktes

Ziel solcher Angriffe könnten vor allem Einrichtungen der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland sein. Zwar ist Deutschland in diesem Fall nicht direkt das Ziel, jedoch wäre die Bundesrepublik mehr als nur mittelbar betroffen, da sich die Auswirkungen eines solchen Angriffes wohl kaum auf die US-Einrichtungen begrenzen ließen. So stellt der US-

¹⁹ Unter kritischer Infrastruktur wird verstanden: „Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden“ (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (Hrsg.): Einführung in den Schutz kritischer IT-Infrastrukturen, S. 2, http://www.bsi.de/fachthem/kritis/KRITIS_Einfuehrung.pdf)

²⁰ National Academy of Science: Safety and Security of Commercial Spent Nuclear Fuel Storage: Public Report, Washington 2005, S. 4.

Militärflughafen Ramstein nach wie vor ein wichtiges Luftdrehkreuz für die Versorgung der US-Truppen im Nahen und Mittleren Osten dar. Auch das US-Militärkrankenhaus in Landstuhl, welches hohe Bedeutung für die sanitätsdienstliche Versorgung amerikanischer Truppen hat, könnte ein Ziel sein. In diesem Zusammenhang muss von der gesamten Bandbreite des Bedrohungsspektrums, in erster Linie mit MVW, ausgegangen werden. Vor allem durch UAVs und bemannte Luftfahrzeuge dürfte in diesem Zusammenhang eine Bedrohung ausgehen, da die meisten Marschflugkörper nicht über die nötige Reichweite für einen Einsatz von außerhalb Deutschlands verfügen und nur schwer unbemerkt in die Bundesrepublik eingeführt werden könnten. So verfügt beispielsweise der weit verbreitete chinesische CSS-C-2 SILKWORM-Cruise Missile über eine Länge von 5,8 Metern und ein Gewicht von ca. 2,3 Tonnen.²¹

E. Angriff auf die zivile Schifffahrt

Die weite Verbreitung von Marschflugkörpern zur Seezielbekämpfung birgt das Risiko in sich, dass die zivile Seeschifffahrt zum Opfer asymmetrischer Angriffe werden könnte. In diesem Zusammenhang ist besonders zu bedenken, dass sowohl hohe Opferzahlen als auch weit reichende ökologische Zerstörungen die Folgen sein könnten, je nach dem welche Schiffe angegriffen würden (beispielsweise ein Kreuzfahrtschiff oder ein moderner Öltanker). Besondere Beachtung muss in diesem Zusammenhang der Einsatz von Marschflugkörpern zur Seezielbekämpfung finden, welche einen hohen Verbreitungsgrad aufweisen. Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen ist in diesem Zusammenhang eher unwahrscheinlich, da auf diese Weise kaum eine Maximierung des Schadens möglich wäre. Dass, die internationale Schifffahrt durchaus das Ziel terroristischer Anschläge werden kann, zeigt beispielsweise der der Angriff – wenngleich nicht aus der Luft – gegen den französischen Tanker Limbourg vor der jemenitischen Küste Oktober 2002.

Angriffe auf verbündete Staaten im Rahmen von regionalen Konflikten oder durch terroristische Organisationen

Durch die Einbindung der Bundesrepublik Deutschlands in die NATO und die Europäische Union könnten auch asymmetrische Luftbedrohungen gegen Verbündete und Partner gravierende direkte oder indirekte Auswirkungen haben. Die Aktivierung des Art. 5 des NATO-Vertrages am 12. September 2001 macht dies deutlich, wenngleich die praktischen Auswirkungen dieser Maßnahme eher gering waren. Jedoch bedeutet dies nicht, dass auch in Zukunft der Art. 5 des NATO-Vertrages nur ein symbolisches Instrument sein wird.

Folgende Szenarien lassen vor diesem Hintergrund entwickeln:

A. Angriffe auf EU und bzw. oder NATO-Staaten im Mittelmeerraum

Die Region des so genannten *Wider Middle East* ist politisch und militärisch als besonders risikoreich einzustufen, dies zeigt besondere Auswirkungen auf die Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland im Mittelmeerraum. So kann beispielsweise ein Angriff des Irans, auch unter Einsatz von MVW, auf die Türkei nicht ausgeschlossen werden. Dies

²¹ Vgl. Federation of American Scientists: SS-N-2 Styx, HY-1 / SY-1, CSS-C-2 SILKWORM, FL-1 Flying Dragon, CSS-N-1 SCRUBBRUSH, <http://www.fas.org/man/dod-101/sys/missile/row/hy-1.htm>

könnte vor allem dann der Fall sein, wenn es zu einer weiteren Eskalation der Streitigkeiten über das iranische Nuklearwaffenpotenzial kommen würde. Aber auch andere Staaten der Region, wie Syrien, verfügen über adäquate Trägermittel oder könnten sich diese in Zukunft beschaffen. Darüber hinaus streben sie mutmaßlich nach MVW respektive verfügen bereits über diese. Aufgrund der teilweise instabilen politischen Verhältnisse in den Staaten des *Wider Middle East* kann des Weiteren nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Regierungswechseln und damit einhergehend einer weiteren Radikalisierung der betroffenen Staaten kommt. Möglich ist auch dass sich extremistische Gruppen in den Besitz von Mitteln zur asymmetrischen Luftkriegsführung bringen.

B. Angriffe durch Terroristen auf das Territorium von EU und bzw. oder NATO-Staaten

In Hinblick auf Angriffe von terroristischen Organisationen auf das Territorium von NATO- und bzw. oder EU-Staaten gelten im Wesentlichen die bereits die zuvor aufgeführten Bedrohungsszenarien. Dies bedeutet Angriffe auf Bevölkerungszentren, Angriffe auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, Angriffe auf nationale Symbole bzw. Regierungsgebäude, Angriff, auf Einrichtungen verbündeter Staaten im jeweiligen Land im Rahmen eines regionalen Konfliktes. Wenngleich die Auswirkungen auf Deutschland eher indirekter Natur wären als in den oben beschriebenen Fällen.

Angriffe gegen westliche bzw. deutsche Soldaten im Einsatz

Mehr denn je sind Streitkräfte westlicher Staaten in internationalen Einsätzen aktiv (Balkan, Afghanistan etc.) und es steht zu erwarten, dass sich diese Entwicklungen in den kommenden Jahren fortsetzen, wenn nicht sogar verstärken werden. Aufgrund der konventionellen militärischen Überlegenheit westlicher Expeditionskräfte dürften traditionelle Formen der Operationsführung weitgehend ausscheiden (z. B. direkte Angriffe mit massierten Bodenkraften). Somit gewinnen Formen der asymmetrischen Kriegsführung, vor allem mit Massenvernichtungswaffen, an Bedeutung. Strategisches Ziel eines solchen Angriffes wäre es wahrscheinlich, durch die Erzielung einer möglichst hohen Opferzahl den politischen Willen für eine Fortsetzung des Einsatzes zu untergraben und so einen Abzug zu erzwingen (so genannte Somalia Analogie)²².

Folgende Szenarien lassen sich diesbezüglich entwickeln:

A. Konventioneller Angriff mit bemannten Luftfahrzeugen

Trotz grundsätzlicher technologischer Unterlegenheiten könnte es im Rahmen von Peacekeeping, oder Peaceenforcement-Einsätzen zu Angriffen mit konventionell bewaffneten bemannten Kampflugzeugen oder Hubschraubern kommen. Dies zeigt der Luftangriff von Truppen der Regierung der Elfenbeinküste vom 6. November 2004 auf eine Unterkunft französischer Soldaten in dem westafrikanischen Staat, bei dem acht französische Armeeangehörige getötet und 23 verletzt wurden, sehr deutlich.²³ Die operative Unterlegenheit westlicher Streitkräfte im Einsatzfall ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass

²² Die USA zogen 1993 ihre Truppen aus Somalia ab, nachdem bei einem Einsatz der Special Operations Forces 17 US-Soldaten getötet worden waren.

²³ Vgl. FazNet: Acht französische UN-Soldaten getötet, FAZNet, vom 7.11.2004.

Luftbedrohungen in diesen Szenarien oftmals nur eine untergeordnete Bedeutung beige-messen wurde.

B. Angriff mit Massenvernichtungswaffen

Die politisch und militärisch gravierendste Bedrohung für westliche Truppen in Einsätzen stellen Angriffe unter Einsatz von Massenvernichtungswaffen dar. Grundsätzlich müssen alle Trägermittel in diesem Zusammenhang Beachtung finden. Die Auswahl dieser wird entsprechend der Verfügbarkeit der operativen Anforderungen sowie technischen Anforderungen durch die jeweiligen MVW bestimmt.

In zahlreichen Regionen, die bereits gegenwärtig Einsatzraum sind bzw. in Zukunft werden könnten, existieren regionale Akteure, die erwiesenermaßen MVW besitzen (z. B. Nordkorea) respektive mutmaßlich nach diesen Streben (Iran, Syrien etc.) und über entsprechende Trägermittel verfügen. Zusätzlich zu staatlichen streben auch nicht-staatliche Akteure nach dem Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. So muss angenommen werden, dass die Al-Qaeda Organisation von Osama Bin Laden versucht, sich in den Besitz von Massenvernichtungswaffen – vor allem biologischen Kampfstoffen – zu bringen.²⁴

Bereits eine glaubwürdige Drohung mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen könnte ausreichen, um westliche Staaten an einer Intervention bzw. der Fortsetzung eines Einsatzes zu hindern. Dies würde besonders für jene Fälle gelten, in denen die Ziele des Einsatzes als nicht von überragender nationaler Bedeutung angesehen werden.

Schlussbetrachtung

Asymmetrische Luftbedrohungen in Form von Marschflugkörpern, UAV sowie bemannten Luftfahrzeugen werden in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sie – im Gegensatz zu ballistischen Raketen – vergleichsweise kostengünstig in der Herstellung und im Unterhalt sowie relativ leicht zu beschaffen sind. Hieraus folgt, dass westliche Staaten sowie ihre Streitkräfte im Einsatz zukünftig verstärkten Gefahren durch den Einsatz asymmetrischer Luftkampfmittel ausgesetzt sind. Eine besondere Form der Bedrohung wird durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen bestehen. Dies zeigt, dass neue Konzepte der Sicherheitsvorsorge gegen die verschiedenen Formen der asymmetrischen Bedrohung aus der Luft nötig werden. Hierbei geht es sowohl um Fragen der erweiterten Luftverteidigung für das Bundesgebiet – d.h. Schutz kritischer Infrastruktur sowie von Bevölkerungszentren – als auch um den Schutz von im Ausland eingesetzten Soldaten der Bundeswehr, beispielsweise in Afghanistan. ♦

²⁴ Vgl. Central Intelligence Agency: Report to Congress on the Acquisition of Technology, Relating to Weapons of Mass Destruction, and Advanced Conventional Munitions, 1 July Through 31 December 2003. http://www.cia.gov/cia/reports/721_reports/july_dec2003.htm

MATTHIAS KIRCH

„Islamistischer Terrorismus“ als Gegner - Verstehen wir unseren Feind?

Das Wesen von islamistischem Fundamentalismus und Terrorismus

Islamistischer Fundamentalismus und Terrorismus per definitionem

Wenn wir versuchen, das Wesen des islamistischen Terrorismus auszumachen, dann erscheint es sinnvoll, Terrorismus als das Symptom, islamistischen Fundamentalismus jedoch als die Ursache des Phänomens zu begreifen, also Ursachen und Wirkung voneinander abzugrenzen und die Verknüpfung beider definitorisch zusammenzufügen. Mein Vorschlag lautet: „*Islamistischer Fundamentalismus ist die ideologisierte Immunisierung fundamentaler Werteordnungen und Handlungsmuster gegen die kulturelle Moderne der westlich zivilisierten Welt durch selektive Interpretation des islamischen Glaubens für politische Ziele mittels eines bis zum psychologischen und physischen Terrorismus übersteigerten Fanatismus*“.¹ Was heißt das?

Islamistischer Fundamentalismus

Zunächst müssen wir zwei Begriffspaare voneinander abgrenzen, die bisweilen unscharf unterschieden werden: *Islamisch* umfasst, anders als der funktionale Charakter des Begriffes *islamistisch*, den Islam als Glaubenssystem in seiner Gesamtheit. *Islamistisch* bezeichnet hingegen einen fundamentalistisch-instrumentalisierten Ableger des islamischen Glaubens, der den Islam als ein monotheistisches geschlossenes Glaubenssystem mit universellem Geltungsanspruch und legitimer Unfehlbarkeit uminterpretiert, um die Durchsetzung politischer Ziele im religiösen Schafspelz zu rechtfertigen.² Von *islamistischem* Fundamentalismus oder Terrorismus zu sprechen verleiht nicht nur dem instrumentellen Charakter einer mißbrauchten Religion Ausdruck, sondern wirkt zugleich auch der vorschnellen Präjudizierung islamischer Glaubensanhänger als Fundamentalisten entgegen. Zu unterscheiden ist zudem der islamistische *Fundamentalismus* von islamistischen

¹ Matthias Kirch, *Islamistischer Fundamentalismus und ‚Neue Kriege‘ – Terroristische Synthese als Herausforderung an die Internationale Politik im 21. Jahrhundert*, Manuskript, Universität Bonn, Seminar für Politische Wissenschaft, auszugsweise veröffentlicht bei Kai Hirschmann, *Internationaler Terrorismus*, in: Wichard Woyke, *Handwörterbuch der internationalen Politik*, Wiesbaden 2004, S. 258.

² Bassam Tibi, *Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1993, S. 47 u. 64; vgl. auch Udo Ulfkotte, *Propheten des Terrors*, München 2001, S. 27.

Terrorismus. Islamistische Fundamentalisten isolieren fundamentale Elemente des islamischen Glaubens durch selektive Interpretation für politische Ziele und reduzieren diese dann auf eine radikale und gewaltvoluntaristische Substanz.³ Das meint im islamistischen Verständnis der „Dжихад“, in der westlichen Welt zumeist übersetzt als „Heiliger Krieg“ gegen alle Ungläubigen⁴, sprich Nicht-Islamisten. Sie bedienen sich religiöser Symbole und füllen diese mit neuem Bedeutungsinhalt, um den Islam somit zu politisieren und zu ideologisieren.⁵ Diese Instrumentalisierung selektiver Glaubensinhalte wird verknüpft mit einer radikal vereinfachten, unkritischen und dychotomischen Kategorisierung der Welt in Islamisten und Nicht-Islamisten, in Gut und Böse, in „Pax Islamica“ und „Pax Americana“.⁶ Zentrales Bewegungsgesetz ist hierbei die Reislamisierung, also die Durchdringung aller islamischen und nicht-islamischen Gesellschaften mit dem finalen Ziel einer Totalislamisierung der Welt, wenn man so will, der Erschaffung einer kosmopolitischen islamistischen Theokratie als Antwort auf die Herausbildung einer westlichen Werteordnung und Weltkultur im globalem Maßstab.⁷ Auf die wachsenden Transformationsprozesse westlicher politisch-demokratischer, globalökonomischer und kultureller Modernität im Zeitalter der Globalisierung, also das, was wir im Allgemeinen als „Globalisierungsdruck“ bezeichnen, reagieren islamistische Fundamentalisten mit dem Rückzug auf fundamentale, religiös begründete, aber für politisch motivierte Zielsetzungen mißbrauchte Handlungsmaxime, die im „Heiligen Krieg“ gegen alle Ungläubigen münden.⁸ Islamistische Fundamentalisten reagieren insofern einerseits defensiv-kulturell, zeitgleich aber offensiv-global, beharren also auf der kulturellen Authentizität ihrer selektiven Werteordnung, bilden aber parallel eine kollektive antiwestliche und antimodernistische Formation mit begrenztem Positivismus für technowissenschaftlichen Fortschritt.⁹ Der Glaube an Immunität und Unfehlbarkeit des Islams als religiöse und politische Ordnung verdrängt eine kritische Reflektion der eigenen Geschichte und vor allem der realen Paradigmen, so daß statt dessen historisierte Ideale und wirklichkeitsfremde Feindbilder hervorgebracht werden, die durch radikal-islamistische Eliten oder charismatische Führungsfiguren wie Osama Bin Laden¹⁰ in der janusköpfigen Dynamik von religiöser Interpretation und politischer Motivation ideologisiert und bis hin zum fanatisierten Terrorismus übersteigert werden.¹¹ Das Aufeinandertreffen von spirituellem Utopismus, re-

³ Vgl. Udo Ulfkotte, *Propheten des Terrors*, S. 27; vgl. auch Bassam Tibi, *Der neue Totalitarismus*, Darmstadt 2004, S. 114-121; Walter Laqueur, *Die globale Bedrohung*, 2. Aufl., München 2001, S. 165 ff.

⁴ Der Begriff des „Dжихад“ meint in wörtlicher Übersetzung mehr eine doppelte Struktur von „großer und kleiner Anstrengung“, die jedoch im Zusammenhang mit der „Qital“, der Gewaltanwendung zur Verbreitung des Islam steht. Vgl. Bassam Tibi, *Der neue Totalitarismus*, Darmstadt 2004, S. 23.

⁵ Kai Hirschmann, *Internationaler Terrorismus gestern und heute: Entwicklungen, Ausrichtung, Ziele*, in: Hans Frank / Kai Hirschmann, *Die weltweite Gefahr*, Berlin 2002, S. 60.

⁶ Rudolf Zewell, *Der Islam und die globalisierte Welt*, in: Rudolf Zewell (Hg.), *Islam – Die mißbrauchte Religion*, München 2001, S. 13; Udo Ulfkotte, *Propheten des Terrors*, S. 39 ff.; Bassam Tibi, *Die neue Weltordnung: westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus*, Berlin 1999, S. 25.

⁷ Vgl. Peter Schütt, *Unheiliger Krieg. Kein Kampf ohne Ethos*, in: Rudolf Zewell (Hg.), *Islam – Die mißbrauchte Religion*, S. 57.

⁸ Vgl. Rudolf Zewell, *Der Islam und die globalisierte Welt*, S. 20; Kai Hirschmann, *Internationaler Terrorismus*, S. 43 u. 54 f.; Bassam Tibi, *Islamischer Fundamentalismus*, S. 76.

⁹ Vgl. Stanley Hoffmann, *Clash of Globalizations*, in: *Foreign Affairs* July / August 2002, S. 104-115, S. 112; Hugh Goddard, *Islam and Democracy*, in: *The Political Quarterly* Oct. 2002, S. 3-9; Bassam Tibi, *Islamischer Fundamentalismus*, S. 13 u. 38-41.

¹⁰ Vgl. zu Osama Bin Laden: Michael Pohly / Khalid Durán, *Osama bin Laden und der internationale Terrorismus*, München 2001; vgl. dazu Guido Steinberg, *Usama bin Ladin und Saudi-Arabien*, in: *KAS Auslandsinformationen* 11 / 2001, S. 4-24.

¹¹ Vgl. Peter Heine, *Terror in Allahs Namen*, Freiburg i.Brsg. 2001, S. 7-44.

ligiös aufgeladenem und immunisiertem Fanatismus und „globalisierter“ Umwelt verbinden sich zu einem fundamentalistischen Reflex auf die Unfähigkeit zur kulturellen Integration des sozialen Wandels innerhalb islamischer Gesellschaften. Dieses Phänomen des Kulturrelativismus, der verhinderten Akkulturation, beinhaltet die Substanz dessen, was Bassam Tibi als „*Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem*“¹², sozusagen den Aufprall von Globalisierung auf Steinzeit oder im weiteren Sinne Samuel Huntingtons „*clash of civilizations*“¹³ beschreibt. In Folge dessen entwickelt islamistischer Fundamentalismus angesichts der Schattenseiten der Globalisierung, der westlichen Welt als kategorischer „Sündenbock“ und der kulturellen Fragmentierung islamischer Gesellschaften einen mobilisierenden Fanatismus, der Selbstmordattentäter und islamistische Terroristen zur Hingabe für ein spirituelles Märtyrertum verleitet. Aus der Unfähigkeit zur Akkulturation entstehen fundamentalistische Formationen und fanatisierte Gruppierungen, die ihr Heil nicht in der kritischen Sicht ihrer eigenen Umwelt, sondern im globalen Kampf gegen alle Ungläubigen sehen. In der Folge treten religiöse Verheißung und dschihadistischer Terrorismus in eine symbiotische Beziehung.

Das Fehlen staatlicher Autoritäten und eines staatlichen Gewaltmonopols zur Durchsetzung innerer wie äußerer Sicherheit, demokratischer Entscheidungsprozesse, sozialer Integration und ökonomischem Wohlstand (*failed states*), politische, ökonomische, ökologische, soziale, ethnische und kulturelle Schieflagen, Krieg als „Beruf der Berufenen“, als Überlebensstrategie mit existentieller Substanz, alles das kanalisiert sich in religiöser Verheißung und findet sein Ventil in terroristischen Gewaltakten, die durch pseudoreligiöse Interpretation und selektive Glaubensinhalte aufgeladen werden und denen eine diffuse Zielsetzung anhaftet.

Islamistischer Terrorismus

Terrorismus islamistischer Prägung ist aber dem islamistischen Fundamentalismus nicht gleichzusetzen, obgleich er Folge dessen ist. Der Ansatz islamistischer Fundamentalisten wie Osama Bin Laden, die auf die Errichtung eines islamischen Gottesstaates abzielende Ideologie, auf eine globale Ebene zu projizieren, schafft einen Superioritätsanspruch der Islamisten, dessen Realisierung logischerweise entsprechender Mittel bedarf. Salopp gesagt, läßt sich hinter der durch zielloses Maschinengewehrfeuer martialisch anmutenden Pose arabischer Kämpfer in den Bergen Afghanistans keine islamistische Weltrevolution vermuten. Eine Al-Qaida-Ideologie aber, die sich offen aggressiv, konfrontativ, gewaltverherrlichend und radikal zeigt, die globalen Ideologieexport ansteuert, die im fanatischen Klima des Nahen und Mittleren Ostens gedeihen und sich global vernetzen kann, impliziert doch auch eine entsprechend subtile Form der Kriegsführung, das meint eine schrankenlose Selbstautorisierung terroristischer Gewaltanwendung.¹⁴ Der Transformationsprozeß terroristischer Gewaltstrukturen und islamistischen Fundamentalismus von einer regionalen hin zu einer globalen Kriegsstrategie ist kein spontanes Phänomen, son-

¹² Vgl. Bassam Tibi, Die neue Weltordnung, S. 51.

¹³ Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs, Summer 1993, Summer 1993, S. 22-49, S. 25.

¹⁴ Anders ist die Auffassung von Karl-Heinz Kamp, der islamistischen Terrorismus einer begrenzten Form der „Selbstvernichtung“ unterworfen sieht: Karl-Heinz Kamp, Der Erfolg im Kampf gegen den Terror – Sechs Thesen, in: Hans Frank / Kai Hirschmann, Die weltweite Gefahr, Berlin 2002, S. 417-431, S. 422.

dern das Produkt einer prozessualen Entwicklung.¹⁵ Der 11. September hat aber gezeigt, daß der diffusen Bedrohung durch Terrorismus zunächst nur altbewährte Verhaltensweisen und Reaktionsmuster des internationalen Krisenmanagements gegenüberstanden. Die Strategie der Abschreckung gehört ebenso zum Antiquariat des Kalten Krieges wie auch die klassische Struktur zwischenstaatlicher Kriegführung. Terroristische Akteure können vielleicht selbst Teil des globalen Nuklearwaffengeflechts werden, Konfliktstrukturen bewegen sich fortan im staatlich-substaatlichen, im innerstaatlichen oder im terroristisch global-vernetzten Bereich. Und genau hierin liegt das Epizentrum der neuen Herausforderung an die internationale Politik: Dem Synergieeffekt aus islamistischem Fundamentalismus und islamistischem Terrorismus als Methode eines globalen Dschihad im Klima der „Neuen Kriege“. Das meint: Terrorismus als Strategie, als Methode der Kriegführung gegen einen überlegenen Gegner, Angriffe substaatlicher Akteure auf harte und weiche Ziele mit hohen Opferzahlen, Angriffe aus dem Innern des zivilisatorischen Netzes unserer Gesellschaften, das Hineingleiten in Anonymität und Logistiknetz von Industriestaaten, das Umfunktionieren von Flugzeugen in Tomahawk-Raketen und des World Trade Centers in das Schlachtfeld, psychologische Kriegführung und Terrorismus als doppelte Kommunikationsstrategie nach außen, um den Adressaten zu einer Verhaltensänderung, sprich zum Rückzug zu bewegen, aber auch nach innen hin, um den „zu interessierenden Dritten“ (Münkler), also die islamistischen und gewaltbereiten Gruppierungen für den globalen Dschihad zu gewinnen. Erst der Raum und die Nischen, die das Phänomen der „Neuen Kriege“¹⁶ islamistischen Fundamentalisten öffnet, ermöglichen solche Dimensionen eines neuen vernetzten Globalterrorismus wie die Anschläge des 11. September 2001.

Die symbiotische Beziehung von islamistischem Fundamentalismus und Terrorismus

Wir können – auch mit Blick auf eine geeignete Strategie – islamistischen Fundamentalismus also als die Ursache, als den Kern der terroristischen Bedrohung ausmachen. Mit allem was dazugehört. Terrorismus ist „lediglich“ – wenn man so will – eine terroristische Kommunikationsstrategie, die Methode der Kriegführung in den Händen islamistischer Fundamentalisten, sozusagen also nur das Symptom einer Krankheit, deren Viren im islamistischen Fundamentalismus und Fanatismus anzusiedeln sind. Diese Ziel-Mittel-Relation zwischen islamistischem Fundamentalismus einerseits und islamistischem Terrorismus andererseits läßt sich daher so definitorisch ausdrücken: *„Islamistischer Fundamentalismus ist die ideologisierte Immunisierung fundamentaler Werteordnungen und Handlungsmuster gegen die kulturelle Moderne der westlich zivilisierten Welt durch selektive Interpretation des islamischen Glaubens für politische Ziele mittels eines bis zum psychologischen und physischen Terrorismus übersteigerten Fanatismus“.*

Al-Qaida: Gewaltideologie und dezentralisiertes „Self-Executing“-Netzwerk

Die schon angedeutete Reduktion des Islam auf eine selektive, radikale, voluntaristisch interpretierbare und gewaltverherrlichende Substanz äußert sich in dem Aufruf und der Mo-

¹⁵ Vgl. Walter Laqueur, Die globale Bedrohung – Neue Gefahren des Terrorismus, Berlin 2001, S. 337-346.

¹⁶ Herfried Münkler, Die neuen Kriege, 3. Aufl., Reinbek (Hamburg) 2002.

bilisierung fanatisierter Massen oder der Organisation islamistisch-terroristischer Netzwerke wie Al-Qaida zu einem offen-aggressiven, gewalttätigen und globalen Kampf mit eschatologischem Endziel: der „Totalislamisierung“ der Welt.¹⁷ Unstrittig entfaltet sich die Massenwirksamkeit totalitärer und auch der islamistischen Ideologien erst durch den Transformations- und Mobilisierungsprozess von Ideologieträgern. Somit entfaltet der islamistische Fundamentalismus den ihm eigenen globalen Ideologieexport erst durch den personalisierten geistig-kulturellen Transfer charismatischer Märtyrerfiguren wie Osama Bin Laden¹⁸ oder in der neuesten Entwicklung auch dem Jordanier Al-Mussab al-Sarkawi im Irak, die in der Rolle eines Neopropheten und Hasspredigers eine neue Form des „Imanismus“ verkörpern¹⁹, womit der neoabsolutistische Anspruch islamistischer Dschihadisten einer „Pax Islamica“ als globale Ordnung eine reale Entsprechung bekommt. Diese rückwärts gewandte Gewaltideologie ist einerseits ein geschlossenes Gedankenbild mit Herrschaft des Islam als Ziel und dschihadistischem Terrorismus als Mittel, geht andererseits jedoch auch auf historische Wurzeln zurück. Zum einen berufen sich islamistische Fundamentalisten zuhauf auf eine moderne Interpretation der 1928 in Ägypten begründeten Muslimbruderschaft, einer Art islamistischen Solidargemeinschaft, ebenso wie auf die radikalen Schriften Abu Ala al-Maududis und Sayyid Qutbs. Den ideologischen Kontext der heutigen Al-Qaida Ideologie lieferte der Gründer der ägyptischen Muslimbrüder, Hassan al-Banna, dessen propagandistische Kampfschrift „Meilensteine“ von 1964 im Kern die islamistische Botschaft des globalen Djihad predigt, Gewalt als legitimes Mittel des Glaubens zur Durchsetzung einer islamischen Weltordnung einzusetzen.²⁰ Zum anderen zeitigte erst der sowjetische Einmarsch und dann der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zwischen 1979 und 1988 die historische Entwicklung von Al-Qaida. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan 1979 gründeten der jordanische Palästinenser und Führer der Muslimbruderschaft, Abdallah Azzam, und der saudische Bauingenieur und Millionär Osama Bin Laden 1984 das Rekrutierungsbüro MAK (Mekhtab al khidemat), um in der arabischen Welt, Europa, den USA und Asien freiwillige Kämpfer für den islamistischen Djihad gegen die sowjetischen Truppen anzuwerben. Ihre Zahl wird heute auf 50.000 bis 70.000 aus ungefähr 55 Ländern geschätzt.²¹ Um den großen Zustrom kampfwilliger Mudschaheddin logistisch schneller und effektiver koordinieren zu können, legte Bin Laden ein organisatorisches Basisregister („al-Qaida“= die Basis) an, unter dem alle Rekruten erfasst wurden. War der kulturelle und geopolitische Einfluss der islamischen Welt gegenüber dem Westen im 19. und 20. Jahrhundert zu einem Gefühl westlicher Geringschätzung und imperialer Demütigung verkommen, verbanden viele Islamisten mit dem Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan die Rückkehr des Islam auf die Weltbühne. Mit dem Wegfall der bipolaren weltpolitischen Konstellation 1989/90 verlor jedoch auch der islamistische Dschihad zunächst ein direktes Feindbild. Dies änderte sich jedoch verhältnismäßig rasch mit dem Zweiten Golfkrieg 1990/91. Die klare Aggressionshandlung Saddam Husseins gegen das muslimische Nachbarland Kuwait wurde von Bin Laden ignorant beiseite geschoben. Der westliche Stachel im is-

¹⁷ Vgl. Peter Schütt, Unheiliger Krieg. Kein Kampf ohne Ethos, in: Rudolf Zewell (Hg.), Islam – Die mißbrauchte Religion, S. 57.

¹⁸ Vgl. Daniel L. Byman, Al-Qaeda as an adversary – Do we understand our enemy?, in: World Politics (56), Oct. 2003, S. 157.

¹⁹ Vgl. Bassam Tibi, Die neue Weltordnung, S. 52f.

²⁰ Kai Hirschmann, Der Masterplan des islamistischen Terrorismus, in: IFDT Nr. 4 / 2004, <http://www.ifdt.de/0404/Artikel/hirschmann.htm>

²¹ Vgl. Ulrich Schneckener, Netzwerke des Terrors. Charakter und Strukturen des transnationalen Terrorismus, SWP-Studie, Berlin 2002, S. 20.

lamischen Fleisch war vielmehr die langfristige Stationierung amerikanischer Truppen im islamisch-wahhabitischen Saudi-Arabien und damit im Herzen der islamischen Welt – für Bin Laden und radikalislamische Gruppierungen eine unerträgliche Demütigung. Terroristische Anschläge richteten sich daher folgerichtig vornehmlich gegen Eliten und Einrichtungen muslimisch geprägter Länder, später dann auch gegen amerikanische Einrichtungen, so geschehen mit den Bombenanschlägen auf die US Botschaften in Nairobi und Dar-es-Salaam 1998. Osama Bin Laden operierte 1990 zunächst von Saudi-Arabien, 1991 von Afghanistan und Pakistan, bis 1996 auf Einladung von Scheich Hassan al-Turabi dann vom Sudan und zuletzt erneut von Afghanistan aus.

Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 war Al-Qaida eine straff hierarchisch organisierte Terrororganisation unter seiner Führung und seines Stellvertreters, einer der führenden Köpfe des ägyptischen „Islamischen Dschihad“, Ayman al-Zawahiri sowie des „operativen Gehirns“ Khalid Scheich Mohammed, mit Ausbildungslagern in Afghanistan und anderswo.²² Spätestens nach dem 11. September 2001 hat sich Al-Qaida jedoch zu einer Art „Terror-Holding als Dachverband“²³ gewandelt. Nach dem Ende der sowjetischen Besatzung in Afghanistan sind viele Mudschaheddin aus den Trainingscamps in ihre Heimatstaaten zurückgekehrt und bildeten dort jeweils kleinere bis regionalübergreifende „Mini-Al-Qaida“ Netzwerke²⁴, die mit logistischer Unterstützung der Basis jederzeit in der Lage sind, weltweit Terroranschläge durchzuführen. Osama Bin Laden ist es mit Charisma, Geld, Waffen, Infrastruktur, Logistik und intelligentem Führungspersonal gelungen, die dschihadistische Ideologie als Gewaltideologie in den Köpfen islamistischer Fundamentalisten zu implementieren, mit der Folge, daß sie sich nunmehr mit neototalitären Zügen in einem autonomen und globalen Netzwerk zeitlich und räumlich entgrenzt verbreitet und in höchstem Maße und auf längere Zeit die Stabilität und Sicherheit der westlichen Welt- und Werteordnung gefährdet.

Islamistische Märtyrerfiguren wie Osama Bin Laden und das islamistische Terrornetzwerk Al Qaida funktionieren nur noch als geistige Brandstifter oder als logistische Basis des islamistischen Fundamentalismus bzw. Terrorismus, wobei sich der terroristische Aktionsradius zunehmend von charismatischen Ideologieträgern emanzipiert hat und eine regionale Eigendynamik entwickelt, so daß islamistischer Terrorismus immer mehr einer „self-executing“ Strategie ähnelt und „kein Netz mehr und schon gar keinen Chef braucht, [sondern nur] einen Glauben, eine Mission und Vorbilder“²⁵ und „Selbstmordanschläge nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, Freifahrtscheine ins Paradies, aber vor allem die Erfüllung des eigenen Lebens sind.“²⁶ Die dschihadistische Ideologie verbreitet sich sozusagen epidemisch wie ein gefährlicher Virus „outer limits“. Obwohl Al-Qaida durch die militärische Zerstörung von Ausbildungslagern und Trainingscamps in Afghanistan die Rückzugsmöglichkeiten weitestgehend entzogen wurden, blieb die dezentralistische Struktur des Terrornetzwerkes davon unberührt. Die jüngsten Terroranschläge in London und Sharm-el-Sheik haben mehr als deutlich die Handlungsfähigkeit von Al-Qaida unter Beweis gestellt. Bin Laden ist es gelungen, die Heterogenität der re-

²² Vgl. Bernd Georg Thamm, Al-Qaida. Das Netzwerk des Terrors, Kreuzlingen / München 2005, S. 131-136.

²³ Kai Hirschmann, Der Masterplan des islamistischen Terrorismus, S. 35.

²⁴ Vgl. hierzu eingehend: Oliver Schröm, Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003.

²⁵ Christoph Reuter, Parasiten des Zorns, in: Internationale Politik 2 / 2004, S. 12-20, S. 14.

²⁶ Ebd., S. 19.

gionalen Terrorzellen durch eine religiös begründete dschihadistische Gewaltideologie zu überwinden, die selbstständig willens und fähig sind, weltweit Terroranschläge zu planen und auch in die Tat umzusetzen. Ein Beispiel hierfür ist das Bekennerschreiben der „Abdullah Azzam Brigaden“ zu den Anschlägen in Sharm-el-Sheik am 23. Juli 2005.²⁷

Fazit

Uns muss klar werden, dass wir es mit einer subjektiv-fundamentalistischen Interpretation der globalisierten Welt, einem neuen islamistischen Totalitarismus als Gewaltideologie in den Köpfen dschihadistischer Kämpfer zu tun haben, deren Waffe das höchste Gut der westlichen Wertekultur ist: das eigene Leben und die sich nicht mit militärischer Waffengewalt besiegen lässt. Anders als Mitte der 90er Jahre ist Al Qaida mit der Person Osama Bin Ladens nicht mehr existentiell verbunden. Wer das glaubt, unterliegt einer fatalen Fehleinschätzung. Bin Laden ist vielmehr eine Identifikationsfigur in doppeltem Sinne: Für islamistische Fundamentalisten ist er ein potentieller Märtyrer des islamischen Dschihad, für den Westen hingegen die Personifizierung des internationalen Terrorismus. Al-Qaida ist heute eine weltweit vernetzte Terror-Holding, die nicht nur in globalem Aktionsradius operiert, sondern auch in ihrer Struktur dezentralistisch organisiert ist.

Mark Twain hat einst behauptet, Geschichte wiederhole sich nicht, sie reime sich. Geradezu visionäre Worte, wenn wir sie auf die weltpolitische Konstellation und ihre Folgen für die Entwicklung des Terrornetzwerkes beziehen. Der Zweite Golfkrieg 1990/91 hat die USA in das Fadenkreuz des internationalen Terrorismus gerückt, der Irakkrieg 2003 hat mit regionaler Instabilität, der nicht objektiv legitimierten Kriegführung und den Folterbildern von Abu Ghraib innerhalb der muslimischen, vor allem aber innerhalb der islamistischen Weltsicht das Gefühl der neo-imperialen Demütigung durch den unheiligen Westen verstärkt und damit dem „clash of civilizations“ und auch dem Dschihadismus einen gefährlichen, wenn nicht sogar explosiven Vorschub geleistet, was sich nicht zuletzt in der „Nadelstich-Taktik“ der neuen Al-Qaida unter der regionalen Führung Al-Mussab al-Sarkawis deutlich zeigt. Die Strahlwirkung des Irakkrieges von 2003 auf terroristische Operationszellen, die sich Al-Qaida direkt oder mittelbar zuordnen lassen, hat nicht nur eine globale Reichweite, sondern ist auch in ihrer Intensität erheblich. Das Terrornetzwerk Al-Qaida ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur intakt, sondern auch im höchsten Maße aktiv. Wir haben es zu tun mit einem Phänomen, das der Grieche Kineas, in der antiken Welt Berater von Pyrrhos, als Hydra bezeichnet hat, jenem Ungeheuer, dem drei Köpfe nachwachsen, wenn man ihm einen abschlug.²⁸

Verstehen wir unseren Feind? Mir scheint, dass Intention, Kapazitäten und Dimension des islamistischen Terrorismus vielerorts verkannt wird und im Spagat von nationaler Sicherheit und demokratischer Freiheit nicht der tatsächlichen weltweiten Gefahr entspricht. Solange wir aber die Weltanschauung der islamistischen Dschihadisten nicht begreifen oder nicht verstehen wollen, können wir auch ihre Handlungen nicht verstehen.²⁹ Jedenfalls sollten wir die wortkarge Formel von Paul R. Pillar immer vor Augen haben, wenn wir von Ursachen, Folgen und Wirkung des internationalen Terrorismus sprechen:

²⁷ Vgl. zu den Querverbindungen Al-Qaidas mit anderen regionalen Terrororganisationen: Ulrich Schneckener, Netzwerke des Terrors, S. 19-40.

²⁸ Vgl. Peter Bender, Weltmacht Amerika. Das neue Rom, 2. Aufl., Stuttgart 2003, S. 58.

²⁹ Bassam Tibi, Der neue Totalitarismus, S. 53.

„Terrorism happens. It should never be accepted, but it should always be expected.“³⁰

Ausblick

Am 4. August 2005 erteilte die Welt eine neue Terrorbotschaft des Bin Laden Stellvertreters von Al-Qaida, Ayman al-Zawahiri, in der er zum einen – nach „klassischem“ Al-Qaida Muster – die jüngsten Terroranschläge in London rechtfertigte und zum anderen Washington und London mit verheerenden neuen Anschlägen drohte, die das Ausmaß der Anschläge vom 11. September 2001 weit übertreffen würden. Diese Ankündigung, auch wenn sie zunächst nur eine Drohung und (noch) keine Realität darstellt, zeigte um so deutlicher, dass Al-Qaida in hohem Maße aktiv ist und die Welt weiterhin in Atem hält. Wenn wir ehrlich gegenüber uns selbst sind, müssen wir feststellen, dass die Terroranschläge von Madrid, London oder Sharm-el-Sheik einerseits an dem Maßstab von 9/11 orientiert und daher als Anschläge „geringer Intensität“ wahrgenommen werden, so menschenverachtend und hinterhältig sie auch sein mögen und dass sie andererseits allzu schnell aus unserem Bewusstsein verschwinden. Und genau diese Entwicklung ist die verschlüsselte Botschaft der jüngsten Terrordrohungen von Ayman al-Zawahiri. Es geht für Al-Qaida um nichts weniger als mediale und damit weltweite Aufmerksamkeit und letztlich Glaubwürdigkeit ihrer Operabilität, um der westlichen Welt die Nutzlosigkeit militärischer oder nicht-militärischer Antiterrormaßnahmen aufzuzeigen. Die logische Folge dessen ist, dass uns aller Wahrscheinlichkeit nach neue Terroranschläge drohen, die das Ausmaß und die Intensität der Anschläge vom 11. September 2001 weit übersteigen werden – und zwar nicht mehr in Übersee, sondern in Europa! Großbritannien ist als engster Verbündeter der USA im Irakkrieg in das Fadenkreuz des Al-Qaida-Terrornetzwerkes geraten und gilt nunmehr als europäisches Primärziel des islamistischen Terrorismus. Aber auch weitere „Kreuzzügler“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus wie Italien und Dänemark, oder auch nachgeordnete Verbündete wie Frankreich und Deutschland werden mehr und mehr zu den möglichen Zielen Al-Qaidas in Europa zählen. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen wir anscheinend einer neuen Welle des international vernetzten Al-Qaida-Terrorismus gegenüber, der Einiges vermuten lässt. ♦

³⁰ Paul R. Pillar, *Terrorism and U.S. foreign policy*, Washington 2001, S. 218.

RENÉ S. FREYTAG

Schwedische Neutralität zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Neutral, Neutraler: schwedisches Moralin

In der Zeit des Kalten Krieges galt das schwedische Neutralitätsmodell stets als „dritter Weg“ zwischen Moskauer Sozialismus und Washingtoner Kapitalismus.¹ Eng mit dem Entwurf einer anderen Gesellschaftsordnung war die faktische Neutralität Schwedens verbunden. Sie erschien der schwedischen Bevölkerung als Garant für eine prosperierende Wirtschaft und ein einzigartiges Wohlfahrtssystem, das so genannte „Volksheim“. Die Einzigartigkeit des schwedischen Modells bestand darin, dass es über eine verhältnismäßig lange Zeit gut funktioniert hat, während andere neutrale „Kleinstaaten“, wie im Fall Belgiens und Luxemburgs, Zuflucht in militärischen, wie politischen Allianzen suchten und am Ende ihren Neutralitätsstatus aufgaben. Besonders ab den 1960er Jahren generierte die sozialdemokratische Führungselite des Landes unter Tage Erlander und seinem Nachfolger Olof Palme ein konsequentes Image als „neutraler Staat mit Weltgewissen“.²

Seit 1814 war Schweden in keinen militärischen Konflikt verwickelt – auch während des Zweiten Weltkrieges war das Land von Angriffen verschont geblieben. Die Politik der aktiven Neutralität und der militärischen Allianzfreiheit hat ihren strategischen Zweck erfüllt. „What it could not do quite as well was to protect Sweden against the peace that broke out in 1989-91, and against the new challenge: European integration“³, resümiert der Direktor der schwedischen Verteidigungsakademie und Professor für strategische Studien Bo Hultdt. Obwohl die Bemühungen der schwedischen Regierung besonders in den 1960er und 1970er Jahren darauf abzielten, eine profunde Vorstellung moralischer Überlegenheit des neutralen Staates hoch im Norden im Bewusstsein der Weltgemeinschaft zu implementieren, kam es doch bereits kurze Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dazu, dass Schweden von seinem bisherigen „moralischen Hochsitz“ hinab stieg und Kontakt zur NATO aufnahm.⁴ Daher muss die Frage gestellt werden, ob es heute tatsächlich vielleicht schon „völlig bedeutungslos“ ist, wenn Länder wie Schweden sich immer noch neutral nennen - besonders nun, wo es eigentlich niemanden mehr gibt, dem gegenüber man sich neutral verhalten könnte?

¹ Vgl. Bohn, Robert: Kommentar zu den Beiträgen Schweden und die europäische Integration 1945-1995, in: Gehler, Michael/Steininger, Rolf (Hrsg.): Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995, Wien-Köln-Weimar 2000, S. 355-356, hier: S. 356.

² Vgl. Zyndra, Markus: Die heimlichen Geschäfte der Friedensfreunde, in: Süddeutsche Zeitung, 22. Mai 1996.

³ Zit. nach: Hultdt, Bo, a.a.O., S. 48.

⁴ Vgl. Gamillscheg, Hannes: Abschied von der Neutralität: Schweden öffnet zur NATO, in: Frankfurter Rundschau 14. Februar 2002.

Genesis der schwedischen Neutralitätspolitik

Die Geschichte des schwedischen neutralpolitischen Denkens beginnt am Anfang des 19. Jahrhunderts. Ihr Begründer Karl XIV. Johan entstammte der bis heute der schwedischen Monarchie vorstehenden Bernadotte-Dynastie. Als französischer Marschall unter Napoleon hatte er als Erster mit der tradierten aggressiven Praxis schwedischer Sicherheitspolitik gebrochen und das Land aus militärischen Konflikten herausgehalten. Während des Ersten und Zweiten Weltkrieges erklärte sich Schweden „neutral“. Dennoch gab es umfangreiche Geschäfte mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Schwedens „Taktik“ bestand darin, sich ohne drastische Einschränkungen der eigenen Souveränität, an die Drohungen und Forderungen der Kriegsparteien anzupassen. Wobei dies völkerrechtlich betrachtet, ausdrücklich zu Ungunsten der Neutralität geschah. Bis zur Vernichtung der 6. Armee der Wehrmacht in Stalingrad, lagen die schwedischen Sympathien dabei eindeutig auf der deutschen Seite.⁵ Doch der markanteste Bruch der Neutralitätserklärung bestand in den Transporten deutscher Truppen über schwedisches Territorium, zuerst nach Norwegen, später von Norwegen nach Finnland.

Offiziell wurde die Neutralität schwedischer Lesart als uneingeschränkt und geradlinig beschrieben. In der politischen Realität und insbesondere während der Zeit des Zweiten Weltkrieges, stellte sie sich jedoch als recht flexible Linie zwischen den bestehenden Fronten heraus. Besonders durch die neutrale Außen- und Sicherheitspolitik des 19. Jahrhunderts war sukzessive eine breite Volksmeinung erzeugt worden, die bis heute die Neutralität als „wichtigste Medizin gegen internationales Gewitter betrachtet.“⁶ Die moderne „Erfolgsstory“ der Neutralität wurde erst nach 1945, maßgeblich von der schwedischen Sozialdemokratie, der heimlichen Hüterin der Neutralität, verfasst.⁷ Der Neutralitätsstatus - seit Anbeginn lediglich auf einer parlamentarischen Willensbekundung beruhend - war vor dem Zweiten Weltkrieg weder in der Verfassung des Landes festgeschrieben, noch durch internationale Verträge bestätigt oder garantiert worden. Daher konnte er jederzeit formal geändert oder gar ganz aufgehoben werden. Erst nach Kriegsende passte Schweden seine Neutralitätsdoktrin der herrschenden Volksmeinung an. Diese war bestimmt durch das Bewusstsein, dass im Prinzip auch ein kleines Land in Übereinstimmung mit den eigenen Werten und Ideen eine individuelle Position innerhalb der Weltgemeinschaft beziehen könne, vielmehr sogar müsse.⁸ Dies galt vor allem in den Fragen, die Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit betrafen. Daher erweiterte Schweden, seine in der Weltöffentlichkeit bisher eher als isolationistisch wahrgenommene Neutralität um ein aktives Moment zur friedlichen Ausgestaltung der neuen Weltordnung.⁹

Neutralität als Verteidigungsstrategie: Das heimliches siebzehnte Mitglied

Während der Zeit des Kalten Krieges erfolgte trotz der neutralen Haltung eine informelle militärisch-technologische Anlehnung an die NATO und eine Einbindung Schwedens in geheimdienstliche Aktivität für die USA. Als im Jahr 1949 Norwegen und Dänemark

⁵ Vgl. Malborg, Mikael af: *Neutrality and State-Building in Sweden*, New York 2001, S. 137.

⁶ Zit. nach: Abschied Schwedens von der Neutralität, in: *Neue Züricher Zeitung*, 13. Februar 2002.

⁷ Vgl. Malborg, S.145.

⁸ Vgl. Abschied Schwedens von der Neutralität, *Neue Züricher Zeitung*, 13. Februar 2002.

⁹ Vgl. Aström, Sverker: *Schwedens Neutralitätspolitik*, Stockholm 1984, S.22.

der NATO beitraten, waren die Verhandlungen über ein unabhängiges nordisches Verteidigungsbündnis mit Schweden längst gescheitert. Schwedens faktische Neutralität wurde so indirekt festgeschrieben. Einen NATO-Beitritt schloss Stockholm aus. Die Gründe hierfür entsprangen primär geostrategischen Überlegungen: Um sowjetische Sicherheitsinteressen nicht zu gefährden, war es unumgänglich, das schwedische Territorium als Operationsbasis für die westliche Allianz grundsätzlich auszuschließen, um im Krisenfall Schweden als Aufmarschgebiet auszuschließen; zum anderen wurde die Lage des neutralen Nachbarstaates Finnland berücksichtigt. Stockholm wollte das brisante Verhältnis zwischen Helsinki und Moskau nicht belasten, da die Schweden bei einer eventuellen Eingliederung in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis verstärkten Druck der UdSSR mittels ihrer vertraglich eingeräumten Militärpräsenz auf finnischem Territorium befürchteten.¹⁰

Doch in der Realität lief die flexible und geostrategisch auf den Ost-West-Konflikt ausgerichtete Sicherheits- und Verteidigungspolitik letzten Endes auf die Formel „Bündnisfreiheit im Frieden und Neutralität im Krieg“ hinaus.¹¹ Schwedens grundsätzlich sehr pragmatisches Verständnis des neutralen Status führte dazu, dass die Verteidigungsstrukturen des Landes, ausschließlich für einen Angriff durch die Sowjetunion ausgerichtet wurden. Aus diesem Grund war Schweden seit den frühen 1950er Jahren gezwungen, sich trotz ideologischen Widerspruchs, eine Hintertür zur NATO offen zu halten. Stets galt es als „heimliches siebzehntes Mitglied“ des Nordatlantikpaktes.¹² Trotz enormer finanzieller wie materieller Anstrengungen im Bereich der Rüstung, Forschung und Entwicklung, analysierte *Die Zeit* bereits 1949, dass anders als in der Vergangenheit „die schwedischen Stahlwalzen kaum in der Lage sein [werden], der Neutralität des Landes einen abermaligen wirksamen Schutzring zu schmieden.“¹³ In der ersten Hochphase des Kalten Krieges wurden deshalb bereits militärische Landebahnen an der Ostküste des Landes so umgerüstet, dass sie auch von amerikanischen Nuklearbomben als Basis für Angriffe auf die Sowjetunion hätten genutzt werden können.¹⁴

In beiden Blöcken herrschte dennoch eine fast gleichermaßen vitale Skepsis gegen das neutrale Schweden. Diese basierte nicht zuletzt auf den Erfahrungen aus der Zeit der Kooperation Schwedens mit dem Dritten Reich. Bitter war registriert worden, dass die schwedische Neutralität, ebenso wie die der Schweiz, durch eine de facto Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland erkaufte worden war. Nach dem Krieg galt Schweden deshalb als „Trittbrettfahrer“ des Sieges, den man bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung möglichst nicht dabei haben wollte. Frankreich wollte sogar allen neutralen Staaten den Zutritt zu den Vereinten Nationen verwehren.¹⁵ In der Praxis der Amerikaner überwog letztlich eine Politik stetigen Ausbaus der Beziehungen zum neutralen Schweden. Für die sowje-

¹⁰ Vgl. Gehler, Michael: Neutralität Finis?, Bonn 2001, S. 22.

¹¹ Vgl. Molin, Karl: The Central Issues of Swedish Neutrality Policy, in: Gehler/Steininger (Hrsg.), Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995, S. 261-275, hier S. 268-269.

¹² Vgl. Kramer, Heinzrudolf: Schweden - einen Schritt voraus?, in: Neue Züricher Zeitung, 13. Februar 2002.

¹³ Zit. nach: Meißner, Gustav: Schwedens bewaffnete Isolierung, in: Die Zeit, 13. März 1949.

¹⁴ In dieser Phase des Kalten Krieges waren amerikanischen Bomberstaffeln Rückgrat der NATO-Nuklearverteidigung; erst ab den 1960er Jahren wurde diese allmählich durch Raketenträgersysteme abgelöst.

¹⁵ Vgl. Loth, Wilfried: Neutralität im kalten Krieg, in: Gehler, Michael/Steininger, Rolf (Hrsg.): Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995, Wien-Köln-Weimar 2000, S. 80-83, hier: S. 81.

tischen Führer gehörten die neutralen Staaten, zumal ideologisch, zwar eindeutig zum gegnerischen Lager, gleichzeitig entwickelten sie sich aber im Zuge der Reorientierung der Außenpolitik unter Nikita Chruschtschow zu bevorzugten Kooperationspartnern.¹⁶

Den Aufgaben der Vereinten Nationen verpflichtet: Aktive Neutralität

Kleinststaaten, vor allem neutrale, hatten während der Phase des Ost-West-Konfliktes prinzipiell nur wenige Möglichkeiten ihre Souveränität zu wahren. Es bestand immer die Gefahr der Mediatisierung, Isolierung oder Satellitisierung, Okkupation, Annexion oder gar Absorption durch die beiden großen Blöcke.¹⁷ In Stockholm wurde der Neutralitätsstatus bis Anfang der 1990er Jahre zwar von keiner politischen Gruppierung ernsthaft in Frage gestellt, dennoch entschloss man sich vor der bestehenden Drohkulisse - komplementär zur bisherigen Politik - zu einer aktiveren Außen- und Sicherheitspolitik. Diese sollte vor allem durch ein starkes Engagement innerhalb der Vereinten Nationen (UN), denen Schweden 1946 beigetreten war, umgesetzt werden. Hiermit beabsichtigte Schweden eine direkte Anknüpfung an das Erbe der „Aufrechten Acht“ des Völkerbundes.¹⁸ Die Regierung unternahm in der Nachkriegszeit so den Versuch, ihre angeschlagene moralische Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen, um den schwedischen sicherheitspolitischen Vorstellungen wieder internationales Gewicht zu verleihen.¹⁹ Seit der Regierung Erlander (1946 bis 1969) galt, dass "[i]n der aktiven Außenpolitik der Regierung [...] die internationale Solidarität mit der Wahrung unserer eigenen Interessen vereint wird."²⁰ Schweden wandelte seine Nachteile als Kleinstaat geschickt um. Die Neutralitätspolitik schaffte Vertrauen und man verließ sich auf ein unabhängiges schwedisches Urteil, da es als kleines und darüber hinaus auch noch allianzfreies Land nicht automatisch im Verdacht stand, vor allem gegenüber den Ländern der Dritten Welt, die Interessen einer Großmacht zu vertreten.²¹

Der schwedische UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld (1953-1961) war es, der „in gewisser Weise [...] Schweden mit zu der Weltorganisation nahm.“²² Er insistierte auf einer engeren Zusammenarbeit der Staaten in der UNO. Aus den Erfahrungen des Völkerbundes wollte man lernen und auch die Groß- und Supermächte an einem gemeinsamen Tisch halten. Alleingänge, wie die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen 1923, galt es zu verhindern, um das fragile weltpolitische Gleichgewicht nicht zu gefährden. Schweden beteiligte sich daher trotz anfänglicher Bedenken und unter massivem Druck Hammarskjölds an der Entsendung von UNO Notstandsstreitkräften 1956 in den Nahen Osten und 1958 in den Libanon. Im Jahr 1961 stellte Schweden sogar Kampfflugzeuge in der UN Mission im Kongo zur Verfügung, die Hammarskjöld als eine Art „Chefsache“ betrieb.²³ Über den Rahmen des Aufbaus demokratischer Strukturen in den Ländern der Dritten Welt hinaus, engagierten sich zahlreiche schwedische Politiker und Diplomaten

¹⁶ Vgl. Loth, S. 82.

¹⁷ Vgl. Gehler, S.18.

¹⁸ Vgl. Aström, Sverker, Schwedens Neutralität, 1984, S. 9.

¹⁹ Vgl. Wie neutral ist Schweden, in: Neue Züricher Zeitung, 28. Januar 1999.

²⁰ Zit. nach: Abschied Schweden von der Ära Palme, in: Neue Züricher Zeitung, 29. Dezember 2001.

²¹ Vgl. Malborg, S. 156.

²² Zit. nach: Huldts, Bo, Comments on the Swedish position, in: Ojanen, Hanna (Hrsg.), Neutrality and non-alignment in Europe today, Helsinki 2003, S. 46-51, hier: S. 48.

²³ Vgl. Malborg, S. 164.

persönlich im Rahmen der UNO und erwarben dabei dem Land ein hohes Ansehen, so z. B. Folke Bernadotte als Vermittler in Palästina 1948 oder Olof Palme mit dem nach ihm benannten Palme-Bericht zur Verbesserung des Nord-Süd Dialogs. Über dieses Engagement hinaus entwickelte sich Schweden zu einem einer der größten Nettozahler für die friedenserhaltenden Maßnahmen und gehört bis heute personell und materiell zu ihren loyalsten Unterstützern.

Die neuen aktiven Grundsätze der schwedischen Außen- und Sicherheitspolitik trugen dazu bei, dass die Neutralität weder innerhalb noch außerhalb Schwedens als rein ideologisch missverstanden wurde.²⁴ Im Rahmen des von der schwedischen Sozialdemokratie propagierten Internationalismus vertrat Schweden nun eine normativ geprägte Außen- und Sicherheitspolitik mit gestaltendem Anspruch. Insbesondere engagierte sich das Land in den Bereichen der Entwicklungs- und Umweltpolitik, sowie in der Weiterentwicklung des Völkerrechts. Das Thema Abrüstung war im speziellen Fokus der Schweden, obwohl das Land selbst zu den hochgerüsteten Staaten der Welt gehörte und der Verteidigungshaushalt zeitweise bis zu 50 Prozent des Bruttoinlandproduktes verschlang.²⁵ Zum neuen Kurs gehörte auch, dass sich Schweden beim Beitritt zur Vereinten Nationen vorbehielt, jederzeit die Organisation wieder verlassen zu können, falls deren Entwicklung nicht mehr mit den Prämissen der schwedischen Neutralität in Einklang zu bringen sei. Für diesen Fall sah man in Stockholm eine Rückkehr zu einer strikten Neutralität vor.²⁶

Schweden auf dem Weg nach Europa

Trotz der Teilnahme am amerikanischen Wiederaufbauhilfeprogramm für Europa (ERP) und einer durch die Blockbildung forcierten Westorientierung der Wirtschaft, schloss Stockholm einen Beitritt zur 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) kategorisch aus. Im Jahr 1961 erklärte der damalige Ministerpräsident Tage Erlander in einer Rede warum: „Eine Mitgliedschaft in der EWG ist mit der schwedischen Neutralitätspolitik nicht vereinbar, insbesondere wegen des Grundgedankens der politischen Integration in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft [...]“. ²⁷ Doch seit den 1980er Jahren waren die Spuren der Globalisierung auch in Schweden immer deutlicher geworden. Der Beitritt zum gemeinsamen europäischen Markt durch eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) erschien den Verantwortlichen in Stockholm als notwendiger Schritt aus der Wirtschaftskrise. Im Herbst des Jahres 1990 überließ die Sozialdemokratische Partei (SAP) aus ideologischen Gründen die Regierungsbank einer bürgerlichen Koalitionsregierung.²⁸ Diese sollte unter ihrem Führer Carl Bildt als Quasi-Sachwalter der schwedischen Sozialdemokraten einen Beitrittsantrag zur EG stellen.²⁹ Die Frage nach der Zukunft der Neutralität spielte jedoch in der Beitrittsdebatte nur eine untergeordnete Rolle. Die schwedische Souveränität stand bei den Verhandlungen eindeutig im Vordergrund. Die Befürchtungen, fortan von Brüssel und Frankfurt dominiert

²⁴ Vgl. Malborg, S.158.

²⁵ Vgl. Gatermann, Reiner: Kosovo macht die Rechnung hinfällig, in: Die Welt, 21. Mai 1999.

²⁶ Vgl. Malborg, S. 151.

²⁷ Nach Bjurulf, Bo: How did Sweden Manage the European Union?, Bonn 2001, S. 18.

²⁸ Vgl. von Altenbockum, Jasper: Der große Bluff, Schweden und seine Neutralität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. August 1998.

²⁹ Vgl. Huldt, Bo, Comments on the Swedish position, in: Ojanen, Hanna (Hrsg.), Neutrality and non-alignment in Europe today, Helsinki 2003, S. 46-51, hier: S. 47.

zu werden, überwogen die Sorge um den Fortbestand des Neutralitätsstatus.³⁰ Nach dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) am 1. Januar 1995 rückte der Begriff der Neutralität dann auch immer weiter in den Hintergrund. Supranationale Entscheidungsgremien, unabhängig ob militärischer oder politischer Natur, außerhalb der Vereinten Nationen waren bis dato unvereinbar mit seiner Neutralitätspolitik gewesen. In Stockholm wie in Brüssel war man deshalb darum bemüht, in öffentlichen Debatten das Wort „Neutralität“ durch den Begriff „militärischen Allianzfreiheit“ zu ersetzen.³¹

1994 hatten die Sozialdemokraten wieder die Regierungsgeschäfte übernommen, doch auch die Regierung Ingvar Carlsson unternahm keine Anstrengungen, den Missstand – die scheinbare Nichtberücksichtigung der schwedischen Neutralitätsdoktrin - zu korrigieren.³² Als sich im Zuge der Militärmissionen auf dem Balkan seit der Mitte der 1990er Jahre immer deutlicher herauskristallisierte, dass eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU unerlässlich werden würde, präsentierte Schweden ein Programm für ein gemeinsames europäisches Krisenmanagement nach dem Vorbild Charta der Vereinten Nationen. Dieses Programm sollte - so der Wunsch der Schweden - anstelle der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (CFSP) diskutiert werden.³³ Doch eine endgültige Abkehr vom bisherigen Neutralitätsstatus, sowie von der „neuen Formel“ der militärischen Allianzfreiheit, schien immer unausweichlicher, da die Befürchtungen in Stockholm zunehmend größer wurden, man könnte in die europäische Zweitklassigkeit absteigen, nehme man nicht an der Ausgestaltung der CFSP teil.³⁴ Hinzu kam die Möglichkeit durch die Mitarbeit am CFSP, die schwedische Rolle innerhalb der gemeinsamen Verteidigung selbst zu bestimmen. Vom Verbot der Mitgliedschaft in militärischen Allianzen, in der Form einer permanenten Vereinigung mit festen Grundsätzen, rückte man in Stockholm jedoch nicht ab. Nach wie vor diente diese Argumentation der sozialdemokratischen Regierung, um sich einer festen NATO-Mitgliedschaft zu widersetzen.³⁵ In den zivilen Maßnahmen zur Prävention von Konflikte im Rahmen des neunten Krisenmanagements, hatte man in Stockholm politisch wieder Anknüpfungspunkte zum „alten schwedischen Aktivismus“ der Palme-Ära und den traditionellen Prämissen der Neutralität gefunden.³⁶

Ein Abschied von der Neutralität?

Spätestens nach dem EU-Beitritt, war es an der Zeit, mit ein paar Wahrheiten über die „wirkliche“ Neutralität an die schwedische Öffentlichkeit heranzutreten: Weder Neutralität, noch Bündnisfreiheit waren je „eine Garantie dafür gewesen, dass sich Schweden aus einem Krieg hätte heraushalten können. Im Zweiten Weltkrieg habe man Glück gehabt. Im Kalten Krieg sei Schwedens Sicherheit ganz und gar von der Bereitschaft Amerikas abhängig gewesen, das freie Europa zu verteidigen.“³⁷ Doch Schweden bewegte sich nach wie vor in einem Balanceakt zwischen der militärischen Westintegration und dem „Dog-

³⁰ Vgl. Bjurulf, Bo, *How did Sweden Manage the European Union?*, Bonn 2001, S. 8.

³¹ Vgl. Abschied Schweden von der Ära Palme, *Neue Züricher Zeitung*, 29. Dezember 2001.

³² Vgl. Bjurulf, S. 10.

³³ Vgl. Huldt, S. 49.

³⁴ Vgl. Gehler, S. 64.

³⁵ Vgl. von Altenbockum, Jasper: *Der große Bluff, Schweden und seine Neutralität*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14. August 1998.

³⁶ Vgl. Bjurulf, S. 23.

³⁷ Zit. nach: Zänkler, Alfred, *Außenpolitik auf vorsichtigem Kurs*, in: *Die Zeit*, 25. Januar 1995.

ma“ der Neutralität. Der sicherheitspolitische Kurs der EU war bereits 1992 im Vertrag von Maastricht vorgezeichnet worden. Als 1999 in Köln die Deklaration über die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) verabschiedet wurde beschwichtigte der damalige Premier Göran Persson die kritischen Stimmen der schwedischen Friedensbewegung damit, dass es sich hierbei lediglich um Aufgaben in dem Bereich der Minenbeseitigung handeln würde.³⁸ Doch das wahre Aufgabenspektrum sollte von konfliktpräventiven Maßnahmen und Krisenintervention bis hin zu friedens erzwingenden Maßnahmen reichen. Zu diesem Zweck sollte „die Fähigkeit zu selbständigem Handeln, das sich auf glaubwürdige militärische Truppen [und] auf die Möglichkeit, sich zu deren Einsatz zu entschließen stützt“³⁹ gestärkt werden. Was folgte war eine umfassende Streitkräftetransformation im Jahr 2000, mit dem Ziel der teilweisen Integration in eine europäische Einsatztruppe. An ihr sollte sich Schweden mit 1900 Mann, Kampfflugzeugen, Panzern und U-Booten beteiligen. Die ehemalige Truppenstärke wurde halbiert und der Ausbau eines flexibleren Kampfverbands forciert. Die dreizehn schwedischen Brigaden wurden auf vier verringert, das Offizierskorps von 14000 auf 10000 verkleinert, die Hälfte der 24 Kampfschiffe und der 13 U-Boote wurden außer Dienst gestellt. „Ein General für jedes Schiff“⁴⁰ lauteten die spöttischen Stimmen aus der Presse. Parallel zu dieser Entwicklung wurde die Luftwaffe modernisiert und zwei neue Helikopterbataillone für effektive Luft-Boden-Einsätze und schnellen Truppentransport für den Kriseneinsatz geschaffen.⁴¹

Die Liberale Partei Schwedens war im Oktober 1996 die erste des Landes, die sich auch offen für eine NATO-Mitgliedschaft aussprach. Dieser Meinung schloss sich auch die Gemäßigte Sammlungspartei unter ihrem Führer Carl Bildt an.⁴² Die schwedische Öffentlichkeit hingegen stand noch immer nahezu geschlossen hinter der Maxime der Allianzfreiheit. Sie sahen in einer offenen NATO-Mitgliedschaft nicht die besseren Sicherheitsgarantien für Schweden.⁴³ In den sicherheitspolitischen Überlegungen seit Beginn der 1990er Jahre, wurde deutlich, dass Stockholms Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach wie vor von einer latenten „Russophobie“ geprägt war.⁴⁴ Doch man hatte in Schweden früh den sicherheitsfördernden Kooperationsrahmen des NATO-Programms Partnerschaft für den Frieden (PfP) erkannt. Im euro-atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC), dem Schweden 1997 beigetreten war, verkündete die schwedische Außenministerin Anna Lindh im Dezember 1998, dass es von größter Wichtigkeit wäre, Russland in die vertrauensbildenden Aktivitäten des PfP gerade im Baltikum einzubinden: „Russland ist keine Weltmacht mehr, wohl aber eine Regionalmacht mit militärischem Übergewicht, ein Nachbar, den man nicht ignorieren darf.“⁴⁵ De facto hatte sich Schweden schon durch seinen Beitritt zum PfP am 9. Mai 1994 weit von seiner Neutralitätsdoktrin gelöst. Denn

³⁸ Vgl. Was von der Neutralität Schwedens übriggeblieben ist, Artikel 21, Zeit-Fragen Nr. 28, 8. 7. 2002.

³⁹ Zit. nach: Was von der Neutralität Schwedens übriggeblieben ist, Artikel 21, Zeit-Fragen Nr. 28, 8. 7. 2002.

⁴⁰ Zit. nach: von Lucius, Robert: Ein Admiral für jedes Schiff, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Dezember 2004.

⁴¹ Vgl. Schweden - einen Schritt voraus?, Neue Züricher Zeitung 13. Februar 2002.

⁴² Vgl. Gehler, S. 66.

⁴³ Gehler, S. 91.

⁴⁴ Vgl. von Altenbockum, Jasper: Allianzfrei und zwischen den Stühlen: Schwedens Doppelrolle schmerzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. April 1999.

⁴⁵ Zit. nach: Bjuner, Andreas: Sweden, in: Ojanen, Hanna (Hrsg.): Neutrality and non-alignment in Europe today, Helsinki 2003, S. 41-46, hier: S. 43.

die Teilnahme am NATO- Partnerschaftsprogramm beinhaltete einen semi-automatischen Konsultationsmechanismus im Verteidigungsfall. Legt man den Maßstab einer faktischen Neutralität an, bedeutete dies bereits die Teilnahme an einem Verbund kollektiver Verteidigung.

Nach den Anschlägen auf das Pentagon und das World Trade Center 2001, begann auch in Schweden der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. „Heute sind wir alle Amerikaner!“ verkündete der schwedische Premier Göran Persson am Abend des 11. September und fügte hinzu, dass es „das natürliche Recht der Amerikaner sei, Angriffe gegen Länder zu führen, die Terroristen beherbergten“.⁴⁶ Schweden unterstützte die amerikanische Kriegsführung gegen Afghanistan noch im selben Jahr. Um einer erneuten öffentlichen Debatte entgegenzuwirken beschloss die sozialdemokratische Regierung mit den drei bürgerlichen Parteien mittels einer Übereinkunft am 11. Februar 2002 den Abschied von der bisherigen Leitlinie der Neutralität. Im Februar 2002 hieß es aus Stockholm: „Die Möglichkeit der Neutralitätspolitik und Allianzfreiheit [...] hat uns in der Vergangenheit gut gedient.“⁴⁷ In der Zukunft sollten aber Bedrohungen von Frieden und Sicherheit, so der neue politische Konsens, „in Gemeinschaft und in Zusammenarbeit mit anderen Ländern abgewehrt werden.“⁴⁸ Der schwedischen Öffentlichkeit wurde die Neutralität lediglich noch als „Option für schlechte Zeiten“ angeboten. Die Liberale Partei Schwedens konstatierte im Anschluss an die Erklärung der Regierung, dass das Land nun endlich einen „organischen“ Platz in der Weltgemeinschaft eingenommen hätte.⁴⁹ Dieser Aussage ist zu entnehmen, dass die schwedische Neutralitätspolitik seit jeher künstlicher Natur war. Aber hatte die kämpferische Maxime aus dem schwedischen Verteidigungsministerium nicht noch im Jahr 1999 gelautet: „Wir müssen allein so stark sein, dass die Kosten an Material und Menschen jeden potentiellen Angreifer abschrecken.“⁵⁰ Dass dies offensichtlich bereits in den 1950er Jahren misslungen war, zeigte die realpolitische Wende in der schwedischen Neutralitätspolitik. Als sträfliche Doppelmoral ist festzuhalten, dass die Regierung dessen ungeachtet an der Neutralitätsdoktrin festhielt und sich für den Verteidigungsfall bis zum Ende des Kalten Kriegs nur auf informelle Verbindungen zur NATO verließ. Zu Recht bezeichnet Die *Neue Züricher Zeitung* dieses Verhalten nachträglich als „monströses Vabanquespiel“, zu Lasten der schwedischen Bevölkerung.⁵¹ ♦

⁴⁶ Zit. nach: Gamillscheg, Hannes, Abschied von der Neutralität: Schweden öffnet zur NATO, in: Frankfurter Rundschau, 14. Februar 2002.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Vgl. Schweden - einen Schritt voraus?, Neue Züricher Zeitung, 13. Februar 2002.

⁵⁰ Schwedischer Verteidigungsminister Björn von Sydow zitiert nach: Gatermann, Reiner: Kosovo macht die Rechnung hinfällig, in: Die Welt, 21. Mai 1999.

⁵¹ Zit. nach: Kramer, Heinzrudolf: Schweden - einen Schritt voraus?, in: Neue Züricher Zeitung, 13. Februar 2002.

JOSEF BORDAT

Vom *bellum iustum* zum *just war*

Ideengeschichtliche Anmerkungen zur aktuellen Interventionismusdebatte.

Einleitung

Eine der größten Herausforderungen der Globalisierung besteht darin, der Depotenziierung des Nationalstaats, die sich in einem Paradigmenwechsel von der stets und überall intervenierenden Subordination zur distanzierten, eingeschränkten Koordination zeigt, wirkungsvoll zu begegnen, wenn diese Schwächung nicht gewollt ist. Denn nicht immer erfolgt sie kontrolliert, als selbstinduzierte und legitimierte Beschränkung der Staatsaufgaben auf ein bescheidenes, zurückhaltendes Steuern und Überwachen gleichgeordneter Funktionssysteme. Bisweilen wird sie auch erzwungen, erscheint als unkontrollierte Aufgabe des Staates, als Ergebnis chaotischer Zustände, die ihrerseits wiederum daraus resultieren, dass Regierungen in ihrem Hoheitsgebiet demokratische, menschenrechtskonforme Herrschaft nicht mehr ausüben *wollen*, was letztlich dazu führt, dass sie diese nicht mehr ausüben *können*. Die sich in diesem Kontext verdichtenden Ansätze eines neuen Staatsbegriffs führen den Nationalstaat von der *Souveränität* zur *Permeabilität* und haben für den unwilligen respektive unfähigen Staat die Begriffe *rogue state* („Schurkenstaat“) bzw. *failed state* („gescheiterter Staat“) hervorgebracht. Otto Kimminich prognostizierte schon vor einigen Jahren: „Die Kulturepoche, die sowohl den modernen Staatsbegriff als auch das Völkerrecht hervorgebracht hat, geht offenbar ihrem Ende entgegen. Möglicherweise befindet sich die ganze Welt in einem epochalen Umbruch, der ebenso tief greifend ist wie der Wandel vom Personenverband des Mittelalters zum Territorialstaat der Neuzeit“¹.

Mit dem Wandel des Staatskonzepts korrespondiert ein Wandel des Kriegesbegriffs. Krieg ist nicht mehr nur die Clausewitz'sche Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln in Form der gewaltsamen Auseinandersetzung souveräner Staaten, sondern immer mehr erscheint Krieg als Gewalt, die von nicht-staatlichen Gruppen (Bürgerkriegsparteien, Clans, Terroristen) bzw. gegen diese („War on terror“, humanitärer Interventionismus) ausgeübt wird. Nach Ulrich Beck geht es beim Interventionskrieg, der das Souveränitätsparadigma, welches nicht nur den Staatsbegriff, sondern auch das Völkerrecht seit 1648 geprägt hat, in Frage stellt, nicht um nationale Interessen, sondern um eine „neue Ethik globaler Demokratie und Menschenrechte“, die den Übergang zweier Zeitalter symbolisiere, „von einer nationalstaatlichen zu einer kosmopolitischen Weltordnung“².

¹ Otto Kimminich: *Einführung in das Völkerrecht*. Tübingen (1997), S. 96.

² Ulrich Beck: *Über den postnationalen Krieg*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 24 (1999), Nr. 8, S. 985 f.

Diesem grundlegenden Wandel des Verständnisses von *Staat* und *Krieg* trägt der Versuch Rechnung, Grundpositionen des geltenden Völkerrechts in Frage zu stellen: Das *Gewaltverbot* (Art. 2, 4) und das Gebot der *Nichteinmischung* (Art. 2, 7) in der UN-Charta, die noch den alten Staats- und Kriegsbegriff unterstellt, soll nach Vorstellung vieler, die um eine Reform der UNO bemüht sind, einem Interventionsrecht weichen, wie es die *International Commission on Intervention and State Sovereignty* (ICISS) in ihrem Gutachten *The Responsibility To Protect* (2001) vorschlägt. Ich möchte im folgenden diesen Vorschlag an den ideengeschichtlich entwickelten Kriterien des „gerechten Krieges“ (*bellum iustum*) messen, denn auch wenn sich die Formen der Krieges ändern, bedeutet das nicht, dass damit zugleich auch die Bedingungen dafür, wann ein Krieg als „gerecht“ bezeichnet werden kann, revidiert werden müssen. Im Gegenteil: die „Ethik des Krieges“ lässt sich nur historisch ergründen.

Christentum und Missionierung: Gerechter Krieg in der Geschichte des Mittelalters

Zur Beantwortung der Frage, ob es einen „gerechten Krieg“ geben kann und - wenn ja -, an welche Bedingungen die „Gerechtigkeit“ dieses Krieges geknüpft ist, bezieht sich die aktuelle Debatte auf die Geschichte des europäischen Mittelalters bzw. der frühen Neuzeit. In diesem Sinne möchte ich die patristisch-scholastische Tradition, also namentlich Augustinus und Thomas von Aquin, heranziehen, die auch dem Diskurs der spanischen Barockscholastik um die Legitimität der *Conquista*, der Eroberung Amerikas in der ersten Hälfte des 16. Jh., zugrunde liegt. Hierzu werde ich auf Juan Ginés de Sepúlveda und Bartolomé de Las Casas eingehen.

Der *bellum iustum*-Topos lässt sich dabei in zwei Fragen unterteilen: 1. Wann hat wer das Recht, in einen Krieg einzutreten (*ius ad bellum*)? und 2. Wie ist ein Krieg gerechterweise zu führen (*ius in bello*)? Die erste Frage zum *ius ad bellum* zielt darauf ab, gerechte Kriegsgründe (*causae iustae*) zu definieren, die hinreichend für den Kriegseintritt sind. Ferner soll bestimmt werden, wer zur Kriegsführung berechtigt ist, wer also die *auctoritas legitima* darstellt. Die zweite Frage des *ius in bello* beschäftigt sich mit der Art und Weise der Kriegsführung. Hier werden unter dem Begriff des *debitus modus* das Diskriminations- und das Proportionalitätsprinzip eingeführt.

Augustinus reflektiert über die Frage, ob auch Christen an einem Krieg teilnehmen dürfen und kommt zu einer bejahenden Antwort für den Fall, dass mit dem Krieg die Friedensordnung wiederhergestellt wird, die auf der von Gott gesetzten Schöpfungsordnung beruht.³ Die Aufforderung Jesu zum radikalen Gewaltverzicht⁴ relativiert er dahingehend, dass er sie nicht auf konkrete Handlungen bezieht, sondern auf die innere Bereitschaft des Menschen, die *praeparatio cordis* (Haltung des Herzens). Die Voraussetzung eines gerechten Krieges ist also immer die Verfehlung des anderen, denn „nur die Ungerechtigkeit der Gegenpartei nötigt dem Weisen gerechte Kriege auf“⁵.

Dabei ist Krieg, so gerecht er auch sein mag, für Augustinus ein Übel, auf das nur

³ Anselm Hertz: *Die Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ als ethischer Kompromiß*. In: Ders. (Hrsg.): *Handbuch der christlichen Ethik*. Bd. 3, Freiburg i. Br. (1982), S. 430.

⁴ In der so genannten *Bergpredigt* (Mt 5, 38 ff.).

⁵ Augustinus: *De Civitate Dei*, l. XIX, c. 7.

„nach Ausschöpfung aller friedlichen Mittel“⁶ als *ultima ratio* zurückgegriffen werden darf. Kernelement des *bellum-iustum*-Topos bei Augustinus ist die Funktion des Krieges im Sinne einer *iustitia vindicativa* (strafende Gerechtigkeit). Hier erreicht Augustinus den Brückenschlag zum evangelikalischen Auftrag Christi: Durch Krieg trägt man indirekt zur Feindesliebe bei, denn die ungerechte Gegnerschaft wird durch den Krieg wieder auf Gott hin orientiert. Ließe man den Ungerechten gewähren, entfernte er sich in dem Irrglauben, seine Ungerechtigkeiten seien lohnenswert, mehr und mehr von Gott und wäre so - eschatologisch verstanden - einer viel grausameren Strafe ausgesetzt als diese ihn im Krieg erwartet.

In Augustinus' Konzept setzt die *recta intentio* (rechte Absicht) der Art und Weise der Kriegsführung ihre Grenze. So sind nach Augustinus nur Mittel erlaubt, die zur Umkehr des Sünders beitragen, nicht aber solche, die Rachegefühle befriedigen oder von Gier, Grausamkeit und Unversöhnlichkeit zeugen.⁷ Das Gewaltmonopol für den Fall eines gerechten Krieges liegt immer bei der staatlichen Autorität (*auctoritas belli*).⁸

Thomas von Aquin fragt, ob Kriegführen immer Sünde sei. Unter drei Bedingungen sei diese Frage zu verneinen: Eine Autorisierung durch den bevollmächtigten Fürsten (*auctoritas principis*), ein gerechter Grund (*causa iusta*) und eine rechte Absicht (*recta intentio*) müssten gleichzeitig vorliegen, um von einem gerechten Krieg sprechen zu können.⁹ Zu den drei Bedingungen tritt die des *debitus modus*, des geringsten Mittels, faktisch hinzu, das moraltheologische Prinzip¹⁰ wird so zu einem *ius in bello*.

Ausgehend von Augustinus und Thomas entfachte sich im Zusammenhang mit der Frage *Ist die Conquista ein bellum iustum?* die größte Kontroverse zwischen den *Kolonisten* um Hofchronist Sepúlveda, welche die Conquista argumentativ unterstützten und den *Indio-Verteidigern* um Las Casas, dem „Apostel der Indios“, denen eine missionszentrierte Kolonialisierung mit friedlichen Mitteln vorschwebte.

Hinsichtlich der Frage, *wer* das Recht zur Kriegsführung hat, sind sich Sepúlveda und Las Casas weitgehend einig: Allein der Fürst hat als *auctoritas legitima* das Recht, einen Krieg zu führen. Ausdrücklich bezieht Sepúlveda den obersten Kirchenfürsten, den Papst, mit ein, denn im Fall der Conquista habe Papst Alexander VI. von diesem Recht der *auctoritas legitima* Gebrauch gemacht, indem er den kastilischen Königen den Auftrag gab, die Indios zu unterwerfen.

Keine Einigkeit hingegen lässt sich bei der Frage nach den *causae iustae* der Conquista ausmachen. Für Sepúlveda gibt es der Tradition folgend grundsätzlich drei *causae iustae* für einen gerechten Krieg: Erstens die *Verteidigung* gegen einen ungerechten Angriff, zweitens die *Rückgewinnung* ungerecht einverleibter Kriegsbeute und drittens die *Bestra-*

⁶ Stanislav Budzik: *Doctor pacis. Theologie des Friedens bei Augustinus*. Innsbruck (1988), S. 300.

⁷ Augustinus: *Contra faustum*. In: *Corpus Scriptorum Ecclesiasticorum Latinorum* 25. Prag (1891), S. 672.

⁸ Hertz: S. 432. Augustinus verweist in diesem Zusammenhang auf die Ableitung weltlicher Herrschaft von Gott (vgl. Röm 13, 1 ff.).

⁹ Thomas v. Aquin: *Summa theologica*, II-II, 40, 1.

¹⁰ Thomas nimmt Bezug auf das Lukas-Evangelium, in dem es heißt: „Auch die Soldaten fragten ihn: Was sollen denn wir tun? Und er sagte zu ihnen: Mißhandelt niemand, erpreßt niemand, begnügt euch mit eurem Sold;“ (Lk 3, 14).

fung eines bislang ungesühnten Rechtsbruchs.¹¹ Wichtig für die *gerechte Verteidigung* sei dabei die Klassifizierung des Angriffs als *ungerecht*. Bei der *Rückgewinnung* ungerecht einverleibter Kriegsbeute bezieht sich Sepúlveda auf das Buch Genesis, in dem beschrieben wird, wie Abraham gegen den König von Elam Krieg führt¹², der zuvor Abrahams Neffen Lot, dessen Frauen und Besitz geraubt habe und erweitert das Recht zur Kriegsführung aus diesem zweiten Grunde auf die Rehabilitierung Verbündeter. Die *Bestrafung* eines Rechtsbruchs schließlich sei aus Gründen der Abschreckung geboten.¹³ Da im Fall der Conquista keiner der drei traditionell genannten gerechten Kriegsgründe verfängt, bemüht sich Sepúlveda um die Beschreibung weiterer *causae iustae*: Erstens die *natürliche Inferiorität*, zweitens die *Sünden wider die Natur*, drittens die *Bewahrung Unschuldiger* vor Anthropophagie und Opfertod sowie viertens die *schnellere Verbreitung* der christlichen Religion.

Im Zusammenhang mit der Interventionsthematik ist hier v. a. die *Bewahrung Unschuldiger* bedeutsam. Aus den Riten und Praktiken, die nach Sepúlveda der Natur zuwider laufen, entsteht eine *Nothilfesituation*, d. h. es geht nicht nur um die Bestrafung der Täter, sondern auch um den Schutz der (potentiellen) Opfer. Sepúlveda argumentiert sowohl theologisch-ethisch mit der *societas* (Gemeinschaft) des Menschengeschlechts, als auch biblisch mit dem *Hilfeschrei* aus dem Buch der Sprichwörter¹⁴ und dem im Lukas-Evangelium verzeichneten *Fürsorgegebot* für den Nächsten¹⁵.

Las Casas, der den Krieg nicht bloß als akademisches Problem betrachtet, sondern im Gegensatz zu Sepúlveda seine Kriegserlebnisse mit in die Analyse einbringt, weist die *causae iustae* der *natürlichen Inferiorität* der indigenen Bevölkerung, der *Sünden wider die Natur* sowie der schnelleren und sichereren Verbreitung des Christentums zurück. Allein hinsichtlich des Aspekts „Schutz der Opfer“ ist er prinzipiell mit Sepúlveda einig: die *Befreiung Unschuldiger* sei in der Tat grundsätzlich ein möglicherweise gerechter Kriegsgrund¹⁶. Las Casas weist jedoch die Applikation dieser *causa iusta* auf den Krieg gegen die Indios zurück, da zum einen nur einige wenige Völker Amerikas von der Notwendigkeit zum Opferschutz betroffen sind¹⁷ und zum anderen ein Befreiungskrieg gegen die Indios seinen gerechten Grund konterkarieren würde, wenn hinsichtlich des *ius in bello* keine Gerechtigkeit der Kriegsführung zu erzielen sei.

Der *debitus modus* (gebotes Maß) des gerechten Krieges liegt nach Sepúlveda in der Mäßigung hinsichtlich der Mittel. Mit Augustinus verurteilt er die möglichen Auswüchse eines Krieges in Racheakten und willkürlichen Grausamkeiten. Stattdessen gemahnt er zur Einhaltung des Diskriminations- und des Proportionalitätsprinzips. Beim *Diskri-*

¹¹ Juan Ginés de Sepúlveda: *Democrates segundo o de las justas causas de la guerra contra los indios*. Madrid (1951), S. 19.

¹² Beschrieben in Gen 14.

¹³ Sepúlveda: S. 17. Auch hier bezieht er sich auf das Alte Testament, das Vergeltungsschläge in bestimmten Fällen als rechtmäßig beschreibt (vgl. Ri 19 ff. und 1 Makk 9, 32 ff.).

¹⁴ „Befreie jene, die man zum Tod schleppt; die zur Hinrichtung wanken, rette sie doch!“ (Spr 24, 11).

¹⁵ Gemeint ist das so genannte „Gleichnis vom barmherzigen Samariter“ (Luk 10, 30 ff.).

¹⁶ Bartolomé de Las Casas: *Apología*. In: Paulino Castañeda Delgado (Hrsg.): Bartolomé de Las Casas. *Obras completas*. Bd. 9, Madrid (1988), S. 360.

¹⁷ Vgl. Matthias Gillner: *Bartolomé de Las Casas und die Eroberung des indianischen Kontinents. Das friedensethische Profil eines weltgeschichtlichen Umbruchs aus der Perspektive eines Anwalts der Unterdrückten*. Stuttgart (1997), S. 233.

minationsprinzip geht es darum, Unschuldige zu schonen, wobei er damit nicht wie das moderne Kriegsrecht zwischen Soldaten des Gegners und Zivilisten unterscheidet, sondern zur Schonung von Botschaftern, Ausländern und Klerikern sowie sakralen Gegenständen¹⁸ aufruft. Die Einhaltung des *Proportionalitätsprinzips* wird hier nicht nur für die Kampfhandlungen, sondern auch für das Verhalten gegenüber dem Feind nach Beendigung des Krieges gefordert.¹⁹ Übertragen auf die Conquista und den Kriegsgrund „Opferschutz“ bedeutet das, die zu erwartende Zahl der Kriegsoffer solle kleiner sein als die Zahl zukünftiger Opfer naturrechtswidriger Praktiken. Das Proportionalitätsprinzip bleibe, so Sepúlveda, gewahrt, da bei einer jährlichen Opferzahl von 20.000 Menschen jeder noch so blutige Krieg gerechtfertigt sei.²⁰

Wie Sepúlveda geht auch Las Casas grundsätzlich davon aus, dass die Zahl der Opfer eines Krieges geringer sein muss als die Zahl der potentiellen Opfer des Vorkriegszustands, nur kommt er im Fall der indianischen Völker auf eine völlig andere Zahl: Er spricht von „nicht einmal 50“²¹.

Ich möchte nun die wichtigsten Begriffe des *bellum iustum*-Topos auf Interventionskriege in unserer Zeit beziehen und einen aktuellen Vorschlag zur Verrechtlichung des „humanitären Interventionismus“ anhand der historischen, aber nicht veralteten Kriterien zum *ius ad bellum* und *ius in bello* prüfen. Es handelt sich um einen Vorschlag aus dem Jahre 2001, um das Gutachten *The Responsibility To Protect* der *International Commission on Intervention and State Sovereignty* (ICISS). Die Frage ist, ob das, was dort vorgeschlagen wird, vor dem Hintergrund des historischen *bellum iustum*-Topos tatsächlich geeignet ist, zur Grundlage einer Normierung des „gerechten Interventionskrieges“ gemacht zu werden? Hält der Vorschlag einer kritischen Reflexion auf die lascasianischen Kriterien des *bellum iustum* stand? Ich möchte insbesondere diese betrachten, da sie in ihrem friedensethischen Duktus am besten zur Richtschnur eines Interventionsrechts taugen.

Menschenrechte und Demokratisierung: Gerechter Krieg heute

Interventionen in Fällen von ethnischen Säuberungen und Völkermord brauchen eine Rechtsgrundlage, welche die willkürliche Kasuistik ersetzt, die momentan die Entscheidungskultur des UN-Sicherheitsrats prägt. Bei allen skeptischen Vorbehalten gegen einen „Weltstaat“ und eine „Weltregierung“ denke ich an eine verbindliche Pflicht der Weltgemeinschaft, über den Sicherheitsrat klare Kriterien für Gründe, Verlauf, Ziel und Nachbereitung einer Intervention zu erarbeiten und in geeignete Rechtsform zu bringen, die auch zu Verfahrensfragen Regelungen trifft, damit die Graubereiche klarere Konturen bekommen und Unilateralismen wie die *Nationale Sicherheitsstrategie* der USA (2002) künftig vermieden werden. Je weniger politisiert der Sicherheitsrat ist, je mehr er sich von Rechtsnormen leiten lässt, desto eher kann sich Gerechtigkeit in den Entscheidungen einstellen, die heute noch unverkennbar von den Interessen der Mitglieder bestimmt sind. Hier ist der Reformbedarf unverkennbar, nicht nur in einer Ausweitung des Gremiums - auch auf

¹⁸ Sakral selbstverständlich aus Sicht des christlichen Glaubens. Die Tempelanlagen und Heiligtümer der Indios wurden im Zuge des „heiligen Krieges“ gegen den Blasphemie, Irrglauben und Götzendienst zerstört.

¹⁹ Interessanterweise erscheint hier erstmals die neutestamentliche *lex nova* der Liebe, die dem Feind nach Beendigung des Krieges entgegenzubringen sei.

²⁰ Sepúlveda: S. 61.

²¹ Vgl. Las Casas: S. 368 f.

einer breiteren Basis bleibt das Problem prinzipiell erhalten -, sondern auch hinsichtlich einer veränderten Grundlage der Entscheidungsfindung. Dem trägt die ICISS²² mit dem Gutachten *The Responsibility To Protect*²³ Rechnung.

Gleich zu Beginn des Gutachtens zeigt sich sowohl der Bezug zum aktuellen Schrecken des Terrors, als auch zugleich die abwägend-distanzierte Grundhaltung, die den ganzen Bericht prägt: „This report is about the so-called ‚right of humanitarian intervention‘: the question of when, if ever, it is appropriate for states to take coercive – and in particular military – action, against another state for the purpose of protecting people at risk in that other state. At least until the horrifying events of 11 September 2001 brought to center stage the international response to terrorism, the issue of intervention for human protection purposes has been seen as one of the most controversial and difficult of all international relations questions.“²⁴ Es folgt eine weitere historische Motivierung und die Konkretisierung der Aufgabenstellung: „With the end of the Cold War, it became a live issue as never before. Many calls for intervention have been made over the last decade – some of them answered and some of them ignored. But there continues to be disagreement as to whether, if there is a right of intervention, how and when it should be exercised, and under whose authority.“²⁵ Die Frage lautet also: *Sind militärische Interventionen erlaubt, und wenn ja: wann, wie und unter wessen Führung?* Damit steht das Vorgehen ganz in der Kontinuität der *bellum iustum*-Tradition, indem zunächst die Frage des *ius ad bellum* und dann die des *ius in bello* adressiert wird.

In Anlehnung an die historische *recta intentio* fasst der Bericht die „right intention“ in folgendem Leitsatz zusammen: „The primary purpose of the intervention, whatever other motives intervening states may have, must be to halt or avert human suffering. Right intention is better assured with multilateral operations, clearly supported by regional opinion and the victims concerned.“²⁶ Der *Schutz Unschuldiger* – bei Las Casas einziger Interventionsgrund – wird im Kommissionsbericht zum „wichtigsten“ Grund. Gefährlich und ganz unlasceanisch ist der Zusatz „whatever other motives intervening states may have“, hatte Las Casas doch in klaren Worten definiert, was eine Intervention auszeichnet: Unter den strengen Grenzen des *ius in bello* darf nur zum *Schutz Unschuldiger* interveniert werden. Die *causa iusta* des *ius ad bellum* ist freizuhalten von geostrategischen und ideologischen Partikularinteressen – und seien diese noch so löblich, wie etwa seinerzeit die vom Antipoden Sepúlveda vorgebrachte „schnelle Missionierung“.

Nur für den Fall von „serious and irreparable harm occurring to human beings, or imminently likely to occur“, einhergehend mit „large scale loss of life, actual or apprehended,

²² Mitglieder der Kommission waren Gareth Evans und Mohamed Sahnoun als Vorsitzende sowie Gisèle Côté-Harper, Lee Hamilton, Michael Ignatieff, Vladimir Lukin, Klaus Naumann, Cyril Ramaphosa, Fidel Ramos, Cornelio Sommaruga, Eduardo Stein und Ramesh Thakur als einfache Mitglieder. Insgesamt traf sich die Kommission fünfmal, in Ottawa (5./6. November 2000), in Maputo (11./12. März 2001), in Neu-Delhi (11./12. Juni 2001), in Wakefield (5.–9. August 2001) und in Brüssel, wenige Tage nach dem Attentat auf das WTC und das Pentagon (30. September 2001).

²³ Das im Dezember 2001 erschienene Gutachten wurde von der kanadischen Regierung im Herbst 2000 – also vor dem 11. September 2001 – in Auftrag gegeben. Herausgeber ist das International Development Research Centre (IDRC).

²⁴ IDRC (Hrsg.): *The Responsibility to Protect. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty*. Ottawa (2001), S. VII.

²⁵ Ebd., S. VII.

²⁶ Ebd., S. XII.

with genocidal intent or not“ sind militärische Interventionen gerechtfertigt.²⁷ Dann allerdings folgt aus diesem „just cause“ – und diese Implikation erinnert an Las Casas' pathetische Rede von der „völkerrechtlichen Pflicht“ der Indios, sich gegen die spanischen Aggressoren zur Wehr zu setzen – die *Pflicht* zum Eingriff mit sich, die sich - gegen geltendes Völkerrecht - über Souveränität, Nichteinmischung und Gewaltverbot erhebt: „The principle of non-intervention yields to the international responsibility to protect.“²⁸ Von „responsibility“ (Verantwortung) ist die Rede, nicht etwa von „possibility“ (Möglichkeit). In der Praxis kann daraus nur eine „duty“, eine *Pflicht*, werden, die eigentlich dem Staat selbst obliegt - als Träger der Gewalt auf seinem Hoheitsgebiet -, in Fällen des Staatsvertragens aber auf die Weltgemeinschaft übergeht.

Doch wer kann im Auftrag der Weltgemeinschaft diese Pflicht erfüllen? Wer kann unter den Bedingungen dieses Anspruchs heute die Autorität sein, die – um im Tenor der Barockscholastik zu sprechen - im weltlichen Bereich keine höhere über sich hat? Wohl nur die *Vereinten Nationen*. Ihnen allein gebührt im 21. Jahrhundert das Kriegseintrittsrecht. Sie sind die *legitima potestas* („legitimate authority“), die allein kriegsführungsberechtigt ist. Auch hier kann zur ersten Orientierung auf das Gutachten der ICISS zurückgegriffen werden, das in der Frage nach der zum Krieg rechtmäßig autorisierenden Instanz eindeutig Stellung bezieht: „The UN, whatever arguments may persist about the meaning and scope of various Charter provisions, is unquestionably the principal institution for building, consolidating and using the authority of the international community.“²⁹ Konkret bedeutet das: „There is no better or more appropriate body than the United Nations Security Council to authorize military intervention for human protection purposes.“³⁰ Dabei muss es allerdings auch um die globale Anerkennung einer UN-Ethik gehen, d. h. um „die Bereitschaft, die UN-Autorität nicht für eine Durchsetzung illegitimer Interessen zu instrumentalisieren und [...] an der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen mitzuwirken“³¹.

Auch unter einem UN-Mandat dürfen Interventionen nur dann in Angriff genommen werden, wenn sie das äußerste Mittel, also die *ultima ratio* („last resort“) darstellen. Die ICISS schreibt dazu: „Military intervention can only be justified when every non-military option for the prevention or peaceful resolution of the crisis has been explored, with reasonable grounds for believing lesser measures would not have succeeded.“³² Hier wird noch einmal deutlich, dass nicht alles zuvor durchexerziert werden muss, sondern die Erfolgsprognostik zum Zeitpunkt der Erwägung entscheidet, ob sich die nicht-militärische, also diplomatische, politische oder wirtschaftliche Möglichkeit zu ergreifen lohnt. Das Handeln in Notsituationen hat nicht endlos Zeit, irgendwann müssen Maßnahmen ergriffen werden.

Sind diese militärischer Art, dann tritt für die schwierige Frage des *Wie (ius in bello)* die

²⁷ Ebd., S. XII.

²⁸ Ebd., S. XI. Grundsätzlich bleibt die Zuständigkeit und Verantwortung beim Staat. Erst wenn sich zeigt, dass dieser nicht in der Lage oder nicht willens ist, dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist die Weltgemeinschaft am Zug.

²⁹ Ebd., S. 48.

³⁰ Ebd., S. XII.

³¹ Gerhard Beestermöller: *Krieg gegen den Irak – Rückkehr in die Anarchie der Staatenwelt? Ein kritischer Kommentar aus der Perspektive einer Kriegsächtungsethik*. Stuttgart (2003), S. 83.

³² IDRC: S. XII.

Problematik des *debitus modus* auf. Eine noch so gerechte Begründung wird zur Farce, wenn der Kriegsverlauf Gräueltaten hervorruft, die selbst das Maß an Menschenrechtsverletzungen übersteigen, das einst die Intervention nötig machte. Las Casas sieht diese Gräueltaten mit eigenen Augen und verweigert der Conquista infolgedessen das Attribut „iusta“. Wie Las Casas verlangt auch die ICISS *Proportionalität*, die sich ausdrückt in „proportional means“ („The scale, duration and intensity of the planned military intervention should be the minimum necessary to secure the defined human protection objective.“³³) und „reasonable prospects“ („There must be a reasonable chance of success in halting or averting the suffering which has justified the intervention, with the consequences of action not likely to be worse than the consequences of inaction.“³⁴). Die Entscheidung, ob Proportionalität gewährleistet ist, sollte – auch das ist ganz im lascasianischen Sinne – unter Einbeziehung von NROs geschehen, die vor Ort sind und bei der Beurteilung auf empirische Daten zurückgreifen können, die den Entscheidungsträgern im Sicherheitsrat fehlen. Insofern ist es nur konsequent, wenn die Kommission unter ihren „operational principles“ u. a. eine „maximum possible coordination with humanitarian organizations“³⁵ fordert. Wären die Erfahrungen des Las Casas und seiner Gesinnungsfreunde früher in den Diskurs um die Legitimität der Conquista eingeflossen, hätten also die Entscheidungsträger des Indienrats im fernen Spanien gewusst, was wirklich geschieht, hätten u. U. viele Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika verhindert werden können.³⁶

Die Verantwortung der Weltgemeinschaft ist jedoch in den Augen der ICISS nicht nur eine reaktiv-militärische („responsibility to react“), sondern eine weitergehende. Sie erstreckt sich auf die Prävention („responsibility to prevent“) und den Wiederaufbau nach dem Krieg („responsibility to rebuild“), was eine ganz entscheidende Erweiterung der Interventionskonzeption darstellt und im Einklang mit Las Casas' christlicher Friedensorientierung steht.

Fazit

Insofern enthält der Vorschlag vieles, das auch gemessen an den strengen Kriterien des Bartolomé de Las Casas ernsthaft in Erwägung gezogen werden muss, um ein Interventionsrecht zu schaffen, das herausführt aus dem völkerrechtlichen Dilemma unserer Zeit, also dem unerträglichen Zustand, entweder einem Genozid tatenlos zusehen zu müssen (wie in Ruanda 1994) oder militärische Interventionen zu dulden, die gemessen an Begründung, Verlauf und Erfolg allem spotten, was sich „humanitär“ nennt und bei denen offensichtlich ist, dass es ausschließlich um wirtschaftliche bzw. strategische Interessen geht (wie etwa derzeit im Irak). Las Casas' bittere Analyse der Conquista, die Offenle-

³³ Ebd., S. XII.

³⁴ Ebd., S. XII.

³⁵ Ebd., S. XIII.

³⁶ Tatsächlich zeitigten die Eingaben und das persönliche Engagement des Las Casas am Hof Karls V. Erfolge. Die Verabschiedung der *Leyes Nuevas* (1542) geht etwa auf lascasianische Interventionen zurück. Wenn diese neuen Gesetze auch viel zu spät erlassen wurden und auch nicht zu grundlegenden Änderungen in der Praxis der Kolonialverwaltung führten, waren sie doch ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ohne die Arbeit des Dominikaners wären wohl die Missstände in Lateinamerika ganz am vielbeschäftigten Kaiser vorbeigegangen, stand der doch vor der gewaltigen Aufgabe, sein (europäisches) Reich politisch zu einen, territorial zusammen zu halten, militärisch vor den einfallenden Türken zu verteidigen sowie konfessionell wieder unter die päpstliche Oberherrschaft zu versammeln. Dabei musste er dann noch die Kredite an die deutschen Banken der Fugger und Welser zurückzahlen – da blieb für Kolonialetik wenig Zeit.

gung der grausam-profanen Wirklichkeit hinter der Maske „christlicher“ Missionierung kann auch heute Maßstäbe liefern für eine gerechte Intervention als Widerstand gegen Unterdrückung, aber auch für den Widerstand gegen ein zu umfassendes Interventionsrecht. Es lohnt daher der Blick zurück, wenn es darum geht, die UNO für die Zukunft aufzustellen. ♦

KAI HIRSCHMANN

Was der Kinofilm nicht zeigt

Der „Schwarze September“ und die Hintergründe von München 1972

Der 05. September 1972 ist seit Beginn des Jahres 2006 wieder in aller Munde. Der neueste Film 'München' des Star-Regisseurs *Steven Spielberg* ist der Grund dafür. An diesem Tag dringen Mitglieder der palästinensischen Terror-Organisation 'Schwarzer September' in das Olympische Dorf in München ein und nehmen elf israelische Sportler als Geiseln. Bei einem Befreiungsversuch auf dem Flugfeld in Fürstenfeldbruck starben später alle Athleten und fünf der Terroristen. Was darauf folgt, ist das eigentliche Thema von *Spielbergs* Film: Die Vergeltungsaktionen des israelischen Auslandsgeheimdienstes 'Mossad', welcher die überlebenden palästinensischen Täter und ihre Hintermänner quer durch Europa verfolgt.¹ Aber welche Vorgeschichte hat München 1972? Wie ist der Terroranschlag einzuordnen? Welche Konsequenzen hatte er?

Was ist der „Schwarze September“?

Der 'Schwarze September' bezeichnet einen blutig niedergeschlagenen Aufstand von Palästinensern unter Führung der PLO gegen den König von Jordanien 1970. Die PLO bildete spätestens nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 in Jordanien einen Staat im Staate und suchte die Konfrontation mit König *Hussein* von Jordanien. Die PLO-Gruppe 'Volksfront zur Befreiung Palästinas' (PFLP) verübte am 02. September 1970 ein Attentat auf den König, das fehlschlug, aber zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen den PLO-Milizen und der jordanischen Armee führte. Um Gesinnungsgenossen aus israelischen und westlicher Gefängnissen freizupressen, entführte die PFLP am 6. September 1970 eine *Swissair* DC-8 (auf dem Flug von Zürich nach New York) und eine *TWA* Boeing 707 (auf dem Flug von Frankfurt nach New York) nach Jordanien. Die Flugzeuge wurden gezwungen, auf einer Landepiste in der Wüste (*Dawsons Field*) 50 Kilometer von Amman entfernt zu landen, die die Entführer in 'Flughafen der Revolution' umbenannten. Ebenfalls am 06. September 1970 versuchte ein weiteres Terrorkommando der PFLP, ein *El Al*-Flugzeug auf dem Flug von Amsterdam nach New York zu kidnappen. Nur zwei der Luftpiraten, darunter *Leila Khaled*, konnten in Amsterdam beim Start in der Maschine verbleiben. Zwei weitere PFLP-Aktivisten afrikanischen Ursprungs wurden noch auf dem Rollfeld als verdächtige Personen aus der Maschine verwiesen. Die zwei an Bord verbliebenen Hijacker scheiterten an den beherzten Manövern des Piloten und einigen Passagieren, die sie schließlich überwältigten, so dass das Flugzeug in London zwischenlanden konnte. Dem unfreiwillig in Amsterdam verbliebenen PFLP-Kommando gelang es statt dessen noch am gleichen Tag, ein anderes Flugzeug, eine *Pan American* Boeing 747, zu entführen, die schließlich in Kairo landete, da der Pilot erfolgreich darauf bestand, mit seinem großen Jet nicht auf dem 'Flughafen der Revolution' (*Dawsons Field*) in Jordanien

¹ Siehe zu dieser Thematik auch das sehr empfehlenswerte Buch 'Schwarzer September – Der Mossad im Einsatz' von *George Jonas* (2005, Knauer), das die Reaktion Israels auf des Geiseldrama von München beschreibt.

landen zu können. Um den Druck zur Freilassung von Gesinnungsgenossen in europäischer Haft zu erhöhen (Israel hatte jeden Austausch von Gefangenen abgelehnt), folgte sechs Tage später die Entführung einer BOAC VC-10 auf dem Flug nach London durch Sympathisanten der PFLP, ebenfalls nach Jordanien.

Nachdem kurz darauf alle Passagiere aus den drei Flugzeugen auf *Dawsons Field* evakuiert waren, wurden die Flugzeuge gesprengt und die verbliebenen Geiseln getrennt. Einige wurden von den PFLP-Aktivisten nach Amman gebracht, einige innerhalb Jordaniens in Verstecke auf dem Land. Am 16. September eskalierte die Situation weiter, als König *Hussein* den Befehl zur endgültigen Niederschlagung des Aufstandes gab und palästinensische Flüchtlingslager in Amman bombardieren ließ. Syrien entsandte zur Unterstützung der PLO Panzer nach Jordanien, die aber am 22. September zurück geschlagen wurden. Unter Vermittlung des ägyptischen Präsidenten *Gamal Abdel Nasser* kommt es am selben Tag zu einem Abkommen zwischen Jordanien und den Gegnerstaaten. Die PLO hatte die Bereitschaft Libyens, Ägyptens, Syriens und des Irak überschätzt, einen Krieg gegen Jordanien zu beginnen. Als Ergebnis der Entwicklungen musste die PLO ihre Stützpunkte in den Libanon verlegen und *Jassir Arafat* nach Kairo fliehen.

Das palästinensische Terror-Kommando benannte sich nach diesen Ereignissen des September 1970, die von Palästinensern 'Schwarzer September' genannt werden. Die gleichzeitige Entführung von mehreren Passagiermaschinen am 11. September 2001 durch 'Dschihad-Fanatiker' der 'Al-Qaida' war also operativ nicht neu, sondern eine Kopie der terroristischen Aktionen der PFLP. Freilich hatten diese 1970 einen glücklicheren Ausgang, da schließlich alle Passagiere, teilweise nach mehr als einem Monat, freikamen.

Die Terrorgruppe 'Schwarzer September' rekrutierte ihre Kämpfer aus militanten Mitgliedern der palästinensischen Organisationen *Al-Saikah* in Syrien und der *Al-Fatah* der PLO von *Jassir Arafat* im Libanon. Der 'Schwarze September' war keine Organisation, sondern ein Geheimbund ohne zentrale Führung, der Israel und alle, die für eine Verständigung mit Israel eintraten, bekämpfte. Die Mitgliederzahl wurde im Jahr 1972 auf 300 bis 500 Aktive geschätzt, die in kleinen Kommandotrups operierten. Das Aktionsfeld des 'Schwarzen September' beschränkte sich nicht auf den Nahen Osten. Auch in Europa, Nordafrika und den USA wurden geheime Stützpunkte eingerichtet, die als Ausgangspunkt weltweiter Terroranschläge dienten. Palästinenser wurden an die Universitäten der entsprechenden Länder geschickt, lernten Sprachen und Sitten des Gastlandes kennen und brachten damit die besten Voraussetzungen mit, eines Tages für ein Kommandounternehmen eingesetzt zu werden. Auch der Anführer der Münchner Attentäter hatte in Deutschland studiert. Hier rekrutierten die Aktivisten des 'Schwarzen September' ihren Nachwuchs aus zwei legalen Organisationen, die auch in anderen europäischen Ländern vertreten waren: der 'General Union of Palestinian Students' (GUPS) und der 'General Union of Palestinian Workers' (GUPW). In ihnen waren 30.000 Palästinenser registriert, die Hauptquartiere beider Organisationen befanden sich in Ägypten.

Der Auftakt der Terrorismus-Aktionen des 'Schwarzen September' war die Erschießung des jordanischen Ministerpräsidenten *Wasfi al-Tel* am 28. November 1971 im Eingangsbereich des Kairoer Luxushotels Sheraton. Es folgten Schüsse auf den jordanischen Botschafter in London, *Said al-Rifai*, und die Explosion einer Bombe in der jordanischen UN-Mission in Genf.

München 1972: Vorgeschichte und Anschlag

Das Olympia-Attentat in München war nicht die erste Aktion der palästinensischen Terrorgruppe 'Schwarzer September' auf internationalem, speziell deutschem Parkett. Es wurde intensiv für die Stunde Null geprobt: In der Nacht zum 6. Februar 1972 verübten sie in Hamburg einen Sprengstoffanschlag auf die Fabrikhalle der 'Ad. Strüver KG', einer Firma, die Schaltanlagen und Spezialaggregate nach Israel lieferte. Wenige Stunden später flog bei der Esso-Raffinerie in Hamburg-Harburg ein Tank in die Luft, und noch in derselben Nacht explodierten in der holländischen Provinz Brabant zwei Erdgasschaltstellen. Als Racheakt für die Erstürmung eines gekaperten Sabena-Flugzeuges auf dem Rollfeld in Tel Aviv am 8. Mai 1972 durch israelische Sicherheitskräfte, bei der zwei Terroristen getötet wurden, explodierten am 4. August 1972 in Triest bei einem Sprengstoffanschlag auf die Pipeline nach Ingolstadt fünf Öltanks (Schaden ca. 22 Mio. DM). Die Spur der Attentäter führte nach Deutschland.

Vier Wochen vor dem Olympia-Attentat soll der stellvertretende Chef des syrischen Geheimdienstes, *Ali Duba*, zehn Tage lang in Deutschland unterwegs gewesen sein, u.a. in Bonn, Düsseldorf und Frankfurt. Der syrische Geheimdienst unterstützte zur damaligen Zeit die syrische Palästinenser-Organisation *Al-Saikah* - und damit den 'Schwarzen September'. An Hinweisen und Warnungen auf bevorstehende Aktionen arabischer Terroristen in Europa während der Zeit der Olympischen Spiele hatte es nicht gefehlt. Spezielle Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der israelischen Mannschaft wurden nicht ergriffen; es gab z.B. lediglich eine Inspektion der von den Israelis genutzten Olympia-Einrichtungen und eine zusätzliche Ortsbesichtigung durch Beamte des Staatsschutzes.

Dann kam der große Schlag: Acht palästinensische Terroristen des 'Schwarzen September' überwandern in den frühen Morgenstunden des 5. September 1972 den Zaun zum Olympischen Dorf, töteten im israelischen Mannschaftsquartier zwei Sportler und nahmen neun weitere als Geiseln. Kurz darauf setzte eine intensive Fernseh- und Medienberichterstattung ein, die auf Grund der Bedeutung der Olympischen Spiele die Menschen weltweit zu Augenzeugen machte, wie die größte Sportveranstaltung der Welt mittels einer terroristischen Aktion zu einem Nebenkriegsschauplatz des israelisch-palästinensischen Konflikts wurde. Die Terroristen verlangten die Freilassung von 236 in Israel gefangen gehaltenen Palästinensern und fünf Terroristen in deutschen Gefängnissen (darunter *Andreas Baader* und *Ulrike Meinhof*) sowie den ungehinderten Abflug mit den Geiseln in eine arabische Hauptstadt nebst freiem Geleit. Es folgten lange Verhandlungen und eine Vereinbarung, die gestatten sollte, mit den Geiseln nach Kairo zu fliegen und dort einen Gefangenenaustausch durchzuführen. Die Terroristen und ihre Geiseln flogen mit Hubschraubern zum Militärflughafen Fürstenfeldbruck. Dort wartete eine abflugbereite Lufthansa-Boeing 727. Zwei Terroristen gingen außerhalb der Hubschrauber in Stellung, vier verblieben in den Maschinen. Zwei weitere, einer von ihnen der Anführer, inspizierten das leere Flugzeug. Auf deren Rückweg eröffneten Scharfschützen der Polizei das Feuer. Die vom Flugzeug kommenden Terroristen konnten zunächst entkommen. Es folgte ein Feuergefecht. Ein Terrorist wirft eine Handgranate in einen der Hubschrauber, der komplett zerstört wird. Ein weiterer Terrorist erschießt die im anderen Hubschrauber sitzenden gefesselten Geiseln. Fünf der acht Terroristen wurden erschossen, die anderen verhaftet. Insgesamt 11 israelische Sportler wurden ermordet.

Die Bedeutung des Anschlags von München

Mit dem ideologischen 'Dschihad-Kampf' des islamistischen Extremismus und seiner 'Provider-Organisation' Al-Qaida hat der internationale Terrorismus im 21. Jahrhundert eine neue Stufe erreicht, während der ethnonationale, linksorientierte Terrorismus der 1970er Jahre heute völlig verschwunden ist. Terroristische Entwicklungen haben aber immer auch eine Vorgeschichte, folgen den jahrelangen Entwicklungen im extremistischen Bereich. So auch der 'Dschihad-Terrorismus' und die 'Al-Qaida'. Obwohl die inhaltliche Ausrichtung, die politische Ideologie und die Dimensionen völlig anders sind, finden sich doch Elemente im strukturellen Aufbau und im terroristischen Kalkül, die in München 1972 und dem 'Schwarzen September' ihren Ausgangspunkt hatten. Oder anders formuliert: Die heutige 'Dschihad-Bewegung' und die 'Al-Qaida' bedienen sich auch 'erfolgreicher' Elemente aus der Geschichte des Terrorismus, wie etwa die dezentrale Organisation und die Kommandotrupps aus der Geschichte des palästinensischen Terrorismus.

Die gleichzeitige Entführung mehrerer Flugzeuge hatte bereits die PFLP 'erfolgreich' durchgeführt. Aber insbesondere München 1972 hat als 'Highlight' des sich intensivierenden, ethno-nationalistischen Terrorismus Orientierungspunkte für die Zukunft geliefert:

- Zum ersten Mal fand eine umfangreiche terroristische Kommando-Aktion komplett außerhalb der Region statt, um die es eigentlich ging und wurde ausgeführt von einer Organisation ohne feste Struktur. Insgesamt muss man feststellen, dass die Palästinenser der PLO Pioniere beim Aufbau von Netzwerken im internationalen Terrorismus waren. Gemeinsame Ausbildung, Austausch und Kooperation mit westeuropäischen Gruppen des revolutionär-ideologischen Linksterrorismus (z.B. RAF) sicherten eine internationale Operationsbasis. Man geht auch davon aus, dass deutsche Terroristen der RAF logistische Hilfe für den 'Schwarzen September' bereitstellten. Auch die Idee der 'Al-Qaida' für eine gemeinsame Ausbildungsplattform ist nicht neu. Die PLO als damaliger Tutor des internationalen Terrorismus unterhielt Ausbildungslager in Jordanien, Libanon und Jemen, in denen bis Anfang der 1980er Jahre vermutlich mindestens 40 verschiedene Terrorgruppen aus Asien, Afrika, Nordamerika und Europa ausgebildet worden sind. Der terroristische Grundkurs, ein sechswöchiges Ausbildungsprogramm, kostete für ausländische Teilnehmer zwischen 5000 und 10.000 US-Dollar.
- Darüber hinaus führte die intensive, weltweite Berichterstattung der Medien dazu, dass die Terroristen ein extrem großes Forum zur Kommunikation ihrer Anliegen erhielten. In operativer Hinsicht war München 1972 ein Reinfall. Keines der Ziele der Terroristen wurde erreicht. Der Olympia-Überfall lieferte allerdings den ersten Beweis, dass ein Anschlag auch in anderer Hinsicht erfolgreich sein konnte, nämlich dann, wenn er durch seine Dramatik und seine Zielauswahl die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zog. Die Tat von München stellte durch die Berichterstattung einen spektakulären Publizitätserfolg dar. Das Anliegen der Palästinenser wurde in die Mitte der politischen Weltbühne geschossen. Das Ereignis und seine Hintergründe, von ca. 1 Milliarde Menschen in über 100 Ländern intensiv verfolgt, konnte politisch nicht ignoriert werden. Seit diesem Tag wissen Terroristen um die Bedeutung internationaler Medien, deren Konkurrenzsituation und Entwicklung sie fortan perfekt für ihre Absichten einer globalen Berichterstattung nutzten. Dieses 'Verhältnis auf Gegenseitigkeit' ist bedeutsam in den Strategien aller relevanten Terrorgruppen und reicht bis in die Gegenwart durch die Ausstrahlung von 'Al-Qaida'-Propaganda-Botschaften im arabischen Nachrichtenkanal 'Al-Dschasira'.

- Weiterhin wurde zum ersten Mal die Symbolkraft eines Zieles deutlich und führte dazu, dass in der Folge Terroristen verstärkt nicht nur den Gegner direkt, sondern auch bedeutende Symbole des Gegners angriffen. Für Terroristen geht es darum, Angst und Verunsicherung in der Zielbevölkerung zu verbreiten, um dadurch politischen Druck auf den Gegner ausüben zu können. Jeder soll sich als potenzielles Opfer fühlen. Dies erreicht man am Besten mit der Wahl eines Ziels quasi aus dem gesellschaftlichen Leben des Feindes; ein Ziel, das jeder kennt, das für jeden etwas repräsentiert und bei dem die gesellschaftliche Schockwirkung daher maximal ist. Die Wahl symbolischer Ziele wird insbesondere im Terrorismus der 'Al-Qaida' deutlich: Politische, diplomatische und kulturelle Einrichtungen, Touristenmetropolen, Wirtschaftsgebäude, öffentlicher Nahverkehr, gesellschaftliche Treffpunkte und andere 'weiche Ziele'.

Das „Nachspiel“

Das meiste, was auf dem Flugfeld in Fürstenfeldbruck schief gehen konnte, ging auch tatsächlich schief. Für die acht Terroristen standen nur fünf Polizei-Schützen bereit. Sie zielten offenbar so schlecht, dass die Bundeswehrsoldaten im Tower, die nur zusahen, Angst um ihr Leben hatten. Verstärkung traf erst ein, als alles vorbei war. Es waren keine Extrascheinwerfer für den Fall vorhanden, dass das Licht ausging. Infrarot-Nachtsichtgläser, mit denen bei Dunkelheit besser hätte gezielt werden können, waren nicht beschafft worden. Zudem hatte die Einsatzleitung zu keiner Zeit einen Überblick über den Verlauf der Aktion.

Doch die Geschichte war noch nicht ganz zu Ende: Am 29. Oktober 1972 wurde eine Lufthansa-Maschine auf dem Flug von Beirut nach Frankfurt entführt. Die Kidnapper verlangten die Freilassung der drei überlebenden Terroristen von München, worauf die Bundesregierung sehr schnell einging. Um diesen Vorgang ranken sich viele Spekulationen und Gerüchte in den Medien, die alle eine Art abgekartetes Spiel beschrieben. Kritiker, die daran glaubten, argumentierten: Für ein Flugzeug von dieser Größe hätten sich nur sehr wenige Passagiere und vor allem weder Frauen noch Kinder an Bord befunden. Ein Vorwurf lautete, dass es sich im Grunde um ein 'Geschäft' mit palästinensischen Extremisten gehandelt hätte, um Deutschland aus dem Zielfokus des palästinensischen Terrorismus zu bekommen und zukünftige Anschläge in der Bundesrepublik zu verhindern. Gleichzeitig wären die Behörden auf diese Weise, so die weitere Argumentation der Medien, drei unliebsame Zeugen losgeworden, die das "Versagen der Sicherheitskräfte" bei dem Einsatz in Fürstenfeldbruck hätten belegen können.

Auf jeden Fall hatte das Ereignis 'München 1972' deutlich gemacht, dass derartige Aktionen in die Hände von Profis gehören; sowohl im Hinblick auf die Einsatzleitung als auch den Einsatz von Spezialkräften der Polizei. Daher wurde ebenfalls im Oktober 1972 auf Initiative von Bundesinnenminister *Genscher* die Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes zur gezielten Terrorbekämpfung gegründet. Diese wurde dann fünf Jahre später 1977 berühmt durch die Erstürmung der entführten Lufthansa-Maschine 'Landshut' auf dem Rollfeld von Mogadischu, Somalia.

München 1972 hat vieles verändert. Es war Orientierungspunkt und Wegweiser für folgende terroristische Aktionen. Der internationale Terrorismus hat eine Geschichte, und er hat auch ein gewisses Maß an Kontinuität. Einen Teil dieser Geschichte wieder in die öffentliche Diskussion gebracht zu haben, ist das Verdienst des Hollywood-Films von Steven Spielberg. ♦

Rezensionen

Selbstmordattentäterinnen als Opfer

Wie tschetschenische Frauen zu lebenden Bomben werden

Julia Jusik: Die Bräute Allahs. Selbstmord-Attentäterinnen aus Tschetschenien, NP Buchverlag 2005
173 Seiten, 17,90 €, ISBN 3-85326-373-9.

Sabine Adler: Ich sollte als Schwarze Witwe sterben. Die Geschichte der Raissa und ihrer toten Schwestern, Deutsche-Verlags-Anstalt 2005
348 Seiten, 19,90 €, ISBN 3-421-05871-7.

Im Juni 2000 sprengt sich die 17-jährige Tschetschenin Chawa Barajewa in die Luft während sie einen LKW in einen russischen Militärposten hineinsteuert.

Bereits mit dem Namen und dem Alter der Attentäterin enthält dieser Satz zwei Informationen mehr, als man aus den Nachrichten über Terroranschläge heute gewohnt ist. Die Anzahl der Opfer oder die politische Wirkung hingegen erfährt man in Julia Jusiks Buch wenn, dann nur am Rande. Dafür allerdings umso mehr von der Frau, die diesen Anschlag verübte, denn der Anspruch der Autorin ist, die Frage zu beantworten, „wer sie sind“, die zu solchen Taten fähig sind.

Chronologisch schildert das Buch daher nicht die Anschläge an sich, die durch die so genannten „Bräute Allahs“ verübt wurden, sondern den Weg der Attentäterinnen selbst bis zu dem Zeitpunkt der Explosion. Die Lebensgeschichten, die dabei aufgedeckt werden sind teils erschreckend und die Grausamkeiten und Tragödien des Kriegsalltags rütteln den Leser ein ums andere Mal wach. Im flotten Stil einer großen

deutschen Boulevardzeitung wird man von einem tragischen Schicksal zum nächsten gescheucht, immer wieder auf die Frage „Warum?“ gestoßen und bald fragt man sich wahrlich selber, wieso es soweit kommen konnte. Am Schluss beginnt allerdings das Nachdenken, was während des Lesens nicht nötig war, denn Julia Jusik schreibt, wenn man es positiv formulieren will, für jeden verständlich. Die Fragen, die wirklich bleiben sind allerdings nicht: Warum Krieg? Wie kommt es zu einer solchen Gewaltspirale? Wie kann man das alles stoppen? Stattdessen fragt man sich vielmehr: Was weiß ich nun mehr als zuvor? Was bedeutet die Lektüre nun für mich? War dieses Buch ein Gewinn für mich?

Der fade Nachgeschmack, den der hier genutzte Stil zu verantworten hat, will einfach keine Befriedigung aufkommen lassen. Die Autorin zeichnet bunte Bilder des Krieges, erklärt anfänglich zwischen den Zeilen, später ganz offen, ihre negative Beurteilung des russischen Geheimdienstes und der russischen Regierung und schreit das große Unrecht eines Krieges heraus, den sie nicht akzeptieren will. Das ihr

Buch in Russland verboten wurde, scheint sie sowohl zu ärgern als auch zu befriedigen, weil es ihr Bild des russischen Staates stützt. Dies alles sind nachvollziehbare Dinge und jedes geschilderte Einzelschicksal berührt einen und dennoch: Es mag im besten Willen geschehen, aber muss man Frauen, die aus welchem Grund auch immer mit einem Sprengstoffgürtel bewaffnet mehrere Menschenleben mit sich in den Tod nahmen, wirklich ihre letzten Gedanken in den Mund legen? Muss man spekulieren, was sich diese Frauen, zugleich Täter und Opfer, während ihrer letzten Tage dachten oder worüber sie sich unterhielten? Das erzeugt eine Nähe zum Leser, die keinem zweiten Blick standhält, denn solche Situationen sind nicht nachvollziehbar. Der Druck auf die viel zitierte Tränendrüse ist zu offensichtlich.

Ich habe dieses Buch dennoch mit Gewinn gelesen, weil es durchaus möglich ist, sich aus den einzelnen Geschichten ein recht korrektes Bild der tschetschenischen Familien und ihrer Frauen zu machen. Dabei bleibt es dann allerdings, denn stilistisch und formal ist das Buch schwach und überschreitet, bei allem Respekt vor der Recherche, die Grenze zum Spekulativen zu häufig.

Dabei geht es auch anders, wie Sabine Adler zeigt. Die Geschichte einer einzelnen Familie, an der alle Seiten das Krieges geschildert werden, ist spannend und erschüttert auch ohne Stammtischparolen und die ständige Schuldfrage im Hinterkopf. Alle Fraktionen sind hier vertreten: Der Vater, gebrochen durch die Arbeit im Ausland und schon lange nicht mehr Herr im eigenen Haus, die Mutter, immer besorgt und doch machtlos gegenüber den Söhnen, die sich den Rebellen in den Bergen angeschlossen haben. Zwei Töchter,

die durch persönliche Tragödien zu Marionetten eben dieser Rebellen werden und die letzte Tochter (Raissa), die schon immer anders war und deren Geschichte den roten Faden bildet, der den Leser durch diese tragische Geschichte führt.

Als die älteste der drei Schwestern ihren eben erst geheirateten Mann an die russischen Militärs verliert verändert sich die Familie. Die Brüder, welche hin und wieder aus den Bergen kommen um eine Geisel abzuliefern, die die Familie versorgen muss, erkennen den Zorn und die Hoffnungslosigkeit ihrer eigenen Schwester und heuern sie für die Rebellen an. Die zweite Tochter folgt ihrer großen Schwester, so dass Raissa und ihre Mutter plötzlich alleine Zuhause sind. Während Raissa im Gespräch mit einem Journalisten, der in ihrem Keller festgehalten wird, zum Nachdenken gebracht wird, finden sich die beiden anderen Schwestern bald bei der „Nord-Ost“-Geiselnahme wieder. Das die Geschichte kein gutes Ende nehmen kann ist schon früh klar und Raissas Beispiel zeigt, wie schwer es für eine tschetschenische Frau ist sich dem Krieg zu entziehen. Die Frage, ob man zu Gewalt nicht „Nein“ sagen könne setzt voraus das man eine Wahl hat. Dies wird aus unserer Sicht oft vergessen. Wer die Geschichte Raissas und ihrer Schwestern gelesen hat wird sich bewusst, dass es Menschen gibt, die eine solche Wahl nicht haben.

Die Geschichte ist bewegend und einnehmend und doch schafft Sabine Adler den Spagat, den Leser nicht vergessen zu lassen, dass diese Geschichte in dieser und ähnlicher Form in Tschetschenien tatsächlich passiert ist oder noch passiert und eben nicht reine Fiktion ist.

CHRISTIAN WOPEN*

* Christian Wopen studiert u.a. Politische Wissenschaft an der Universität Bonn und ist studentische Hilfskraft bei Professor Dr. Gerd Langguth.

Unterwegs mit Al-Qaida

Oliver Schröm erklärt seinen Lesern das islamistische Terrornetzwerk - im Krimiformat

Oliver Schröm: Al-Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Aufbau Taschenbuch Verlag 2005

213 Seiten, 8,95 €, ISBN 3-7466-8136-7.

Man kann nicht gerade sagen, es mangle an Publikationen über Al-Qaida. Fast jeden Monat finden sich neue Werke auf den Stellagen unserer Buchläden, und irgendwie scheinen viele Autoren auf der Stelle zu treten, denn: Gibt es wirklich so viele neue Erkenntnisse, dass es gleich Dutzende selbsternannte Experten bedarf, um das Thema aus möglichst allen Richtungen zu „durchleuchten“ wie es so schön heißt? Die Antwort ist nein, und so geht man zunächst mit begründeter Skepsis an das Büchlein von Oliver Schröm mit dem alles und nichtssagenden Titel: „Al Qaida - Akteure, Strukturen, Attentate.“ Der Blick ins Inhaltsverzeichnis macht deutlich, dass es sich hierbei nicht um ein primär wissenschaftliches Produkt handelt, sondern um das Rechercheergebnis eines Journalisten.

Schröm, der sich bereits mit Veröffentlichungen über den Terroristen Carlos und einem Buch über den CDU-Spendenskandal Respekt verschafft hat, bezieht seine Informationen aus Zeitungsartikeln, Protokollen des FBI, Zeugenaussagen, Prozessakten und einigen Standardwerken zum islamistischen Terrorismus. Das sind gute Voraussetzungen für eine interessante Lektüre, und schon gleich bei den ersten Seiten fühlt sich der Leser als Beobachter eines Krimis, einer Geschichte, die sich fast direkt vor seinen Augen abzuspielen scheint. Die Sätze sind kurz und prallgefüllt mit Informationen. Durch die intensiven Recherchen konnte Schröm viele Tatbestände sehr detailliert darstellen - von den Uhrzeiten bis hin zu Telefon-

gesprächen islamistischer Attentäter. Hier und da wirkt dieses Stilmittel etwas überladen, und auf das ein oder andere Adjektiv hätte sicher verzichtet werden können.

So aber schafft es der Autor die Geschichte der islamistischen Terrorbewegung Al-Qaida in groben Zügen darzustellen. Hierbei geht es nicht um eine möglichst umfassende Schilderung - wenn diese nach heutigem Kenntnisstand überhaupt möglich wäre, sondern Schröm stellt anhand verschiedener Beispiele einige Charakteren des „Netzwerks“ in den Vordergrund und macht sie auf diese Weise umso verständlicher. Gibt es eine Kommandostruktur wie bei den klassischen Terrororganisationen ETA, IRA oder RAF? Nein, selbst die Attentäter des 11. Septembers wussten lange nicht, für welche Zwecke sie sich ausbilden lassen. Wir haben es eher mit relativ autonom agierenden Zellen zu tun, die sich primär durch eine Idee leiten lassen. Sind es wirklich die Armen und Verzweifelten der muslimisch-arabischen Welt, die es dem Erzfeind USA mit allen Mitteln heimzahlen wollen. Nein, bei den Protagonisten handelt es sich um gut (aus)gebildete Überzeugungstäter, die selbst ihre Familie zurücklassen, um ihren Auftrag durchzuführen. Haben wir eine Chance Al-Qaida zu besiegen? Mit dem bisher primär auf militärischen Mitteln fußenden so genannten „War on Terrorism“ bestimmt nicht. Aber Schröm zeigt auch, dass sich mit gut koordinierten Polizeiaktionen die Anzahl der Attentate durchaus eindämmen lassen. Wir können die Pläne militanter Islamis-

ten durchkreuzen. Ein hundertprozentiger Schutz wird aber nie zu gewähren sein. Das wussten wir schon vorher, wird mancher sagen, und recht hat er. Schröms etwa 215 Seiten starkes Buch kennzeichnet sich mehr durch den an einen Krimi erinnernden

den Schreibstil, der die Vermittlung des Stoffs vereinfacht. Wesentlich Neues über Al-Qaida gibt es nicht - aber welcher Autor, welches Werk kann das schon von sich behaupten?

CARSTEN MICHELS*

Weltmacht ohnegleichen

Lothar Rühl über die Machtpolitik und globale Strategie der USA

Lothar Rühl: Das Reich des Guten. Machtpolitik und globale Strategie Amerikas, Klett-Cotta Verlag 2005

382 Seiten, 19,50 €, ISBN 3-608-94130-4.

Wie kein Zweiter seiner „Zunft“ in Deutschland verfügt Lothar Rühl über eine starke Urteilskraft in Fragen internationaler Sicherheit und über ein feines Gespür für geopolitische und strategische Problemzusammenhänge. Dies kommt nicht von ungefähr. So kann der Kölner Professor für Internationale Beziehungen seit langem auf ein bewegtes berufliches Leben zurückblicken: als Journalist (u. a. stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung „DIE WELT“ [1969-73]), als politischer Beamter (beamteter Staatssekretär für Internationale Sicherheit und Bündnispolitik im BMVg [1982-89]) und als Wissenschaftler (seit 1993 apl. Professor am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln) erhielt der heute 79-Jährige mannigfache Gelegenheit, seinen Geist zu schulen und seine Sinne für die relevanten außen- und sicherheitspolitischen Fragen der Zeit zu schärfen.

So mag es zumindest den Insider nicht sonderlich in Erstaunen versetzen, dass Rühls neuestes Werk dem Laien wie dem Kenner gleichermaßen ein besonderes Lesevergnügen beschert. Positiv auffallend ist

die kritische Distanz und sachliche Auseinandersetzung Rühls mit der durchaus brisanten Thematik. Der Kölner Professor erliegt nicht, wie so viele seiner deutschen Kollegen, der Versuchung, mit der Bush-II-Administration sozusagen im Vorbeigehen „abzurechnen“ – vielmehr bemüht er sich redlich um ein kritisches, aber zugleich sachliches und ausgewogenes Urteil in Bezug auf den Fortgang US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik von ihren Anfängen im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart unter Präsident George W. Bush.

Hinzu kommt, dass die Studie durch ein hohes Maß an präziser Aufbereitung der Fakten und eine weit ausgreifende, aber deswegen nicht minder gelungene Art der Darstellung einen systematischen Überblick über Amerikas Machtstreben und Außenpolitik seit den Tagen der Unabhängigkeitserklärung (1776) bzw. den Gründertagen der „Vereinigten Staaten von Amerika“ vermittelt. Dabei zieht sich vor allem eine wesentliche Erkenntnis wie ein roter Faden durch das gesamte Buch: nämlich die, dass die US-Außenpolitik in einer Tradition der Kontinuität steht – mit gelegentlich

*Carsten Michels M.A. studierte u.a. Politische Wissenschaft an der Universität Bonn und ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der AGIPS.

mal mehr und mal weniger starker Tendenz zu einer weltweit ausgreifenden Machtentfaltung und -politik.

Wie aber ist dieses Phänomen zu erklären? Auch auf diese Frage bleibt Rühl dem Leser die Antwort nicht schuldig. Er legt überzeugend dar, dass das amerikanische Selbst- und Weltverständnis von Thomas Jefferson über George Washington bis hin zu Bush junior durch ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein („Amerika die menschliche Vollendung von Gottes Schöpfung“ und „größte Nation der Welt“), einen starken Machtinstinkt (Amerika „als Werkzeug der Vorsehung zur Weltverbesserung und Völkerbefreiung“) sowie durch ein moralisches und weltpolitisches Verantwortungsgefühl („Verantwortung für das Gemeinwohl der Welt“) gekennzeichnet ist, was bisweilen zu Kopfschütteln und Unverständnis bei den Westeuropäern diesseits des Atlantiks führt, wie zuletzt im Fall des dritten Golfkrieges im Jahr 2003 geschehen.

Genau zwischen diesen beiden Spannungspolen, nämlich einerseits der Verantwortung Weltordnungsmacht bzw. „singuläre Weltmacht“ (Rühl) zu sein und andererseits im Blick zu behalten, den Versuchungen der Macht nicht allzu sehr zu erliegen, bewegt sich die einzige noch verbliebene Supermacht USA und muss sich bei diesem so schwierigen Spagat behaupten. Der Rest der Welt hingegen lernt, teils aus Überzeugung, teils aus Zwang, sich mit der amerikanischen Machtfülle zu arrangieren und mit ihr – so gut es eben geht – zu leben.

Keineswegs aber bleibt Rühl deshalb unkritisch gegenüber den Entwicklungen und Tendenzen, die sich zum Teil aus den zuvor genannten Aspekten ergeben – im Gegenteil. Der Autor zeigt durchaus auf, welches die zentralen Konfliktfelder der nächsten Jahre zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten sein wer-

den: Zum einen macht er deutlich, dass die US-Außenpolitik, ob mit einem Präsidenten Bush jun. oder ohne ihn, auch in Zukunft auf „Macht gegründet bleiben“ wird und somit in erster Linie den vitalen nationalen Interessen zu genügen hat; zum anderen wird sich das Verhältnis zu den alten Bündnispartnern in Europa wandeln – mit neuen denkbaren Konstellationen für temporäre Zweckbündnisse (sog. Ad-hoc-Koalitionen) aus Sicht der amtierenden Regierung Bush. Dass dies zu deutlichen Veränderungen im Beziehungsgefüge, gar zu einer grundlegenden Neujustierung zwischen den USA und Europa führen dürfte, ist mittlerweile nicht mehr als eine Binsenweisheit. Entscheidend ist vielmehr die Frage, ob trotz der neu entstandenen Gräben und trotz der offenkundigen Differenzen eine halbwegs vernünftige politische und wirtschaftliche Kooperation diesseits und jenseits des Atlantiks zu Stande kommt. Rühl hält eine solche nach wie vor für notwendig, wenngleich er durchblicken lässt, dass für ihn ein Gelingen des Aufeinanderzugehens am sprichwörtlichen seidenen Faden hängt. Diese Skepsis ist berechtigt und lässt deshalb auch nichts Gutes für die Zukunft erahnen.

Gleichzeitig bleiben die Vereinigten Staaten und Europa voneinander abhängig, obgleich die Interdependenzen ein leichtes Übergewicht zu Gunsten der USA haben dürften. So stellt der Autor klar, dass die „amerikanische Hegemonie [...] auf Unterstützung angewiesen“ bleibt; im selben Atemzug aber bringt er zum Ausdruck, dass Europas „übernationale Macht in eine kleine Hand“ passe und die politische Realität in Bezug auf das (vermeintliche) europäische Machtpotenzial eine doch gänzlich andere sei, als dies manch einer wahrhaben will. Die darin zum Ausdruck kommende Kritik an den Europäern und der EU ergibt sich weniger aus der „materiellen oder militärischen Übermacht Amerikas“ als vielmehr aus „den Schwächen und

Mängeln auf der europäischen Seite, die bisher weder in der atlantischen Allianz noch in der Europäischen Union behoben werden konnten“.

Diese mahnenden Worte Rühls an die Adresse der Europäer sollten insbesondere bei den Brüsseler EU-Institutionen Gehör finden und die eine oder andere vollmundige Äußerung von Seiten einzelner EU-Repräsentanten wenigstens im Nachhinein fragwürdig erscheinen lassen.

Ferner vermittelt der Autor dem Leser auf eine sehr plausible und leicht nachvollziehbare Art und Weise, wie sich die von Bush jun. selbst ausgerufene politische Strategie des „War on Terror“, im Zuge der Ereignisse vom 11. September 2001 überhaupt erst entwickeln konnte und weshalb die Überführung in eine globale Strategie der „vorbeugende[n] und vorausseilende[n] Präventivschläge und Präemptionen“ (von Rühl auf die Kurzformel „defensive Intervention“ gebracht) schon beinahe eine natürliche Folge – wenigstens aus Sicht der amtierenden US-Regierung – sein musste. Die besagte Strategie ist eine politische und (militär-)strategische Antwort auf die Befindlichkeit der amerikanischen Nation seit „9/11“ – eine Nation, für die die „Selbstvergewisserung der eigenen Stärke, Größe und Unbesiegbarkeit“ von großer psychologischer Wirkung und Tragweite ist.

Im Hinblick auf die Prognosefähigkeit des Autors, was die Dauer der „singulären Weltmachtstellung“ Amerikas anbelangt, zeigt sich, dass dessen Aussagen in Bezug auf die aufstrebende (Wirtschafts-)Macht China ein wenig zu hypothetisch erscheinen. Zugegeben, dass China einer „der“ kommenden Globalplayer sein dürfte, ist selbst unter Fachleuten relativ unstrittig; ob das Land allerdings den Status der USA bis in etwa zur Jahrhundertmitte erreicht haben wird, ist zumindest zurzeit noch völlig offen. Eine solche Entwicklung hängt

nun wahrlich von einer Vielzahl von Faktoren ab, die sich nicht so ohne weiteres einschätzen und vorhersehen lassen. Indes die Grundvoraussetzungen zum weltpolitischen Aufstieg besitzt die VR China zweifelsohne – ob und wann sie jedoch diese in eine konkrete realpolitische Größe wird umwandeln können, dies ist in der Tat die Krux jeglicher Mutmaßungen und Spekulationen. Im Spekultativen aber liegt nur eine begrenzte Aussagekraft – so auch in diesem Kontext.

In seinem Schlussplädoyer hingegen gelingt es Rühl eindrucksvoll, eine Reihe wichtiger Gedanken zu komprimieren und anzubringen, was wesentlich zum Erkenntnisgewinn des Lesers beiträgt. Auch wenn diese Gedanken zumeist nicht von großem Optimismus gekennzeichnet sind, so spiegeln sie doch durchaus politische Realitäten wider, denen sich „der Westen“ über kurz oder lang stellen müssen. Kurzum: Die Divergenzen auf beiden Seiten des Atlantiks, insbesondere mit Blick auf „Fragen machtpolitischer und militärischer Konfliktstrategien“, dürften – laut Rühl – im Umfang ihres derzeitigen Ausmaßes weiterhin bestehen bleiben, ganz unabhängig davon, ob der jeweilige US-Präsident seine Verbündeten konsultiert.

In Bezug auf die Herausforderungen, die der Nahe und Mittlere Osten Amerikanern wie Europäern gleichermaßen auferlegt, aber auch in Bezug auf die Gefahren und Tücken, die aus einer latenten terroristischen Bedrohung heraus der westlichen Welt erwachsen sind, bleibt nach Meinung des Autors festzuhalten, dass ein Zusammengehen der beiden Parteien in der Frage des strategischen Konsenses eine *Conditio sine qua non* darstellt. Hierzu schlägt Rühl den transatlantischen Rahmen – sprich NATO – als geeignete Plattform vor. In diesem könne sich dann erweisen, ob ein solcher Konsens „wiederhergestellt und erhalten werden kann“. Nur auf diese Weise,

so Rühl, wird Europa seinen verloren gegangenen Einfluss auf die Vereinigten Staaten zumindest ansatzweise wiedererlangen können.

Trotzdem bleiben für Europa und die USA in jedem Fall noch viele offene Fragen: Wie ist auf die wachsende Bedrohung durch nukleares Risikopotenzial im Orient zu reagieren? Soll notfalls auch mit militärischer Gewalt die Durchsetzung des Atomwaffensperrvertrages herbeigeführt werden? Das Problem der militärischen „Counterproliferation“ jedenfalls wird zum entscheidenden Prüfstein für die europäisch-amerikanischen Beziehungen in den nächsten Jahren, so die Schlussbemerkung Rühls.

Was also bleibt letztendlich an Kritik dem Autor/Buch gegenüber übrig? Nun, auf-

grund der Dichte an historischen Daten und Fakten besteht für den Leser bisweilen die Gefahr, sich darin zu verlieren, so dass eine Konzentration auf die zentralen Kernaussagen des Buches gelegentlich erschwert wird. Allerdings muss man in diesem Zusammenhang konstatieren, dass ein Rückblick auf die historische Entwicklung Amerikas seit seinen Anfängen für das Gesamtverständnis US-amerikanischer Außenpolitik essenziell ist. Einzig über die Ausführlichkeit der historischen Darstellung mag man trefflich streiten; in diesem Punkt wäre vielleicht eine stärkere Komprimierung der Daten und Fakten angebracht gewesen. Ansonsten aber ist Rühl mit diesem Buch in der Tat der große Wurf gelungen – ein Muss für einen jeden weltpolitisch und/oder politikwissenschaftlich interessierten Leser!

SASCHA ARNAUTOVIĆ*

Amerikanische Chinapolitik

Kooperation statt Konfrontation - Eine Detailanalyse von Jan Irlenkaeuser

Jan C. Irlenkaeuser: Einhegung oder Kooperation.. Die amerikanische Chinapolitik unter Clinton und Bush (Kieler Schriften zur Politischen Wissenschaft; Bd. 16), Peter Lang Verlag 2005

302 Seiten, 51,50 €, ISBN 3-631-54647-5.

Die Entwicklung der regionalen Großmachtbeziehungen in Asien- Pazifik, der wirtschaftlich dynamischsten Region der Welt, ist schon aufgrund des hohen sicherheitspolitischen Spannungspotentials von herausragender Bedeutung für die internationale Ordnung. Im Zentrum der Debatte steht dabei insbesondere das Verhältnis zwischen dem regionalen und globalen Hegemon USA und der aufstrebenden Volksrepublik China (VR China). Wie wird Washington auf die sicherheitspolitische Herausforderung aus Peking reagieren?

Eher mit einer Strategie der Kooperation. Zu dieser Einschätzung jedenfalls kommt Jan Irlenkaeuser in seiner detaillierten Analyse zur amerikanischen Chinapolitik während der Präsidentschaften von Bill Clinton und George W. Bush bis zum Jahr 2002. Das Buch leistet dabei einen wertvollen Beitrag sowohl zur politikwissenschaftlichen Diskussion, als auch für die praktische Politik. Denn Irlenkaeuser kontrastiert die in der Wissenschaft debattierten Politikoptionen gegenüber der VR China – die sich je nach Lesart über die Mecha-

*Sascha Arnautović, M. A., ist Initiator und Projektleiter des [Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik \(KFIBS\)](#)

nismen der internationalen Beziehungen in einem Spektrum zwischen Eindämmung (*containment*) und Kooperation (*engagement*) bewegen – mit der tatsächlich erfolgten Politik.

Dabei ist besonders nützlich, dass ein historisches Kapitel zunächst die Entwicklung der amerikanischen Chinapolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs herausarbeitet. So zeigt sich wieder einmal, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA weit mehr von Kontinuität geprägt ist, als es viele Werke über die „Bush Revolution in Foreign Affairs“ seit dem 11. September 2001 glauben machen wollten. Vielmehr hat Washington seit Kissingers Geheimdiplomatie Anfang der 1970er Jahre bis heute eine Einbindungsstrategie gegenüber Peking verfolgt. Unterschiedlich waren bei Clinton und Bush Jr. lediglich die dahinterstehenden Motive. Während Clinton in der Denkschule des Liberalismus durch wachsende wirtschaftliche Verflechtungen gute bilaterale Beziehungen erreichen wollte, waren es bei Bush Jr. in erster Linie realistische Überlegungen, die China als wichtigen Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus einbinden wollte. Trotz der starken chinakritischen Rhetorik von Bush zu Beginn seiner Amtszeit wurde die Politik seines Vorgängers fortgesetzt. Zu wichtig ist die VR China aus wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Perspektive, als das sich eine Konfrontation lohnen würde. Die Chinapolitik der USA ist für Irlenkaeuser daher generell weniger das Resultat von parteipolitischen Konstellationen, sondern das Ergebnis der sicherheitspolitischen Gemengelage in der internationalen Politik.

Damit widerlegt das Buch die weit ver-

breitete These, republikanische Administrationen würden gegenüber China eine containment- und Demokraten eine engagement-Politik betreiben. Neben der damit verbundenen Erkenntnis, dass die Befürworter einer Eindämmungsstrategie in der amerikanischen Debatte zwar lautstark, aber bisher ohne nennenswerten Einfluss auf die tatsächliche Chinapolitik waren, zieht Irlenkaeuser noch weitere interessante sicherheitspolitische Schlüsse. So sei die militärische Aufrüstung Chinas nur für die politische und wissenschaftliche Debatte von Bedeutung. Sowohl Clinton als auch Bush hätten die Modernisierung des chinesischen Streitkräftedispositivs jedoch nicht als Bedrohung für die USA erkannt und hätten beispielsweise keine diesbezüglichen Veränderungen des amerikanischen Streitkräftedispositivs in der asiatisch-pazifischen Region vorgenommen. Damit bleibt nur noch der Taiwan-Konflikt, der das größte militärische Eskalationspotential zwischen beiden Staaten birgt. Darüber hinaus deutet jedoch alles darauf hin, dass die Einbindung Chinas auch künftig Washingtons primäre Strategie sein wird.

Insgesamt leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte um die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik anhand des Fallbeispiels China. Auch die Präsidentschaft von George W. Bush ist weit weniger martialisch als hierzulande gerne dargestellt, sondern gerade in der Neuordnung der Großmachtbeziehungen auf Kooperation ausgerichtet. Durch die nüchterne Gegenüberstellung von politiktheoretischen Konzepten und politischer Praxis hat Irlenkaeuser diesen Beweis überzeugend dargelegt.

BENJAMIN SCHREER*

*Benjamin Schreer M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der [Stiftung Wissenschaft und Politik](#) (SWP).

Psychologie und Politik

Fragen nach Emotion, Motivation und Verhalten in der internationalen Politik

McDermott, Rose: *Political Psychology in International Relations. (Analytical Perspectives on Politics)*, University of Michigan Press 2004
310 Seiten, 26,50 €, ISBN 047206701X.

Die Psychologie ist ein in den internationalen Beziehungen und in der internationalen Politik oft vernachlässigter Aspekt. Gewiss, es gibt psychologische Fachliteratur, speziell auch für die Politikwissenschaft. Aber es gibt wenig bis gar keine fundierte Forschung, die fachliche psychologische Kenntnisse mit dem Fachgebiet internationale Politik zusammenführt und gegenseitig fruchtbar macht.

Wie im vorliegenden Werk von Rose McDermott treffend vorausgeschickt wird, kann und sollte das Verhältnis zwischen Psychologie und Politikwissenschaft reziprok sein. Genau diesen Ansatz verfolgt die Autorin. Das Thema ist eines der wichtigsten und zugleich – so macht es den Eindruck – eines der am wenigsten beachteten in der angewandten Politikwissenschaft. Fragen wie das Individuum auf die Politik – auf die Umwelt – wirkt und umgekehrt, gehören zu den grundlegenden und spannendsten Forschungsfragen, auch in der internationalen Politik, vor allem im *policy* Bereich. Gerade nach 9/11 ist die Frage nach individuellen Motiven politischer Akteure akuter denn je.

Das Buch richtet sich laut eigener Definition gleichsam an Studierende wie an Lehrende. Gerade für das wissenschaftliche Fachpublikum ist es interessant, die Werkzeuge politischer Psychologie anhand eines Bandes vorgelegt zu bekommen.

Einer der Ideengeber zu diesem Band war der bekannte amerikanische Psychologe

Philip G. Zimbardo. Die Autorin selbst ist eine ausgewiesene Expertin auf dem Feld der politischen Psychologie. Als Professorin für internationale Politik an der Universität von Harvard hat sie sich spätestens 1998 mit „*Risk Taking in International Relations: Prospect Theory in American Foreign Policy*“ einen Namen gemacht. McDermott kann sich auf berühmte Mentoren der politischen Psychologie wie P. Katzenstein oder John Jervis stützen. Das Hauptwerk des letzteren, „*Perception and Misperception in International Politics*“ (1976) war und ist eine wegweisende Studie politischer Psychologie und zeigt deutlich, dass sich die Forschungsrichtung der politischen Psychologie erst im Laufe des letzten Jahrhunderts entfaltet hat.

Das Feld der politischen Psychologie ist wie kein anderes mehr als die Summe seiner Teile. Dementsprechend weit angelegt ist auch der Forschungs- und Anwendungsbereich. Die Kombination politischer Psychologie mit dem Fachgebiet internationale Politik lässt auf breit gefächerten Fortschritt in vielen Forschungsbereichen beider Wissenschaftszweige hoffen. So beschreibt die Autorin auch treffend die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung in „[...] topics that include the study of political leadership, political judgment and decision making, public opinion and voting behavior, the impact of emotion on behavior, the interaction between individual processes and group behavior, and the transformation and maintenance of dominant values in society“ (S. 2). Der Schwer-

punkt auf psychologischer Seite liegt bei der sozial- und kognitiven Psychologie, auf politologischer Seite bei *security issues* in den internationalen Beziehungen.

Ein interessanter Aspekt des Buches ist der Versuch, politische Psychologie von einzelnen Fallbeispielen loszulösen und in Verbindung mit Theorien internationaler Politik zu bringen. Dies birgt neben den Chancen neuer Erkenntnisse auch die Gefahr des Widerspruches mit politikwissenschaftlichen Theorien wie zum Beispiel dem Konstruktivismus oder des Rational-Choice-Ansatzes. Es ist deshalb maßgeblich, dass sich die politische Psychologie (das gilt übrigens auch für die Politikwissenschaft) zum einen an der Empirie und zum anderen multimethodisch orientiert. Denn Methode und Theorie müssen sich immer dem zu untersuchenden Objekt anpassen. Dennoch, die Autorin plädiert daneben auch für eine Weiterentwicklung psychologischer Modelle mittels Experimenten.

Die Zusammenstellung der behandelten Materie ist McDermott gelungen. Ausgehend von Methoden und theoretischen Konzepten politischer Psychologie, über Kognition, Verhalten und Emotionen, bis hin zu Psychobiographie, Leadership und Gruppenprozessen werden nahezu alle grundlegenden Aspekte, die man sich gemeinhin unter dem Schlagwort politische Psychologie vorstellt, behandelt.

Logisch und konsequent aufgebaut, jeweils mit Beiträgen zur Historie, Methoden und theoretischen Konzepten aktueller und angewandter Forschung, bis zu zukünftigen und noch auszubauenden Forschungsbereichen, bedient sich McDermott trotz des für den Leser ungewohnten Themas einer einfachen Sprache, der es trotzdem nicht an Tiefe fehlt.

Zukünftige Forschungsfelder der politi-

schen Psychologie richten sich vor allem nach den neuen Erkenntnissen der Psychologie. Dies sind zum Beispiel die brisanten Fortschritte im Bereich der Neuropsychologie (Stichwort „Emotionen“), die sozialpsychologische Forschung (Stichwort „soziale Gruppenprozesse“) und der Bereich der positiven Psychologie („weg von der Pathologie, hin zur Funktionalität“). Speziell die Forschung im Bereich der Emotionen (jenseits tiefenpsychologischer Analyse, die nur allzu oft wissenschaftlicher Objektivität und Interdisziplinarität nicht standhält) darf nicht vernachlässigt werden. Weitere (Grundlagen-) Forschung in dieser Richtung kann etwa zum besseren Verständnis von *decision making*-Prozessen, sowohl des Individuums, als auch von Gruppen beitragen. Bei den in der internationalen Politik vielfach vernachlässigten individuellen Entscheidungsprozessen (Stichwort *bad leaders*), werden oft zu einfache Erklärungsmuster herangezogen. Hier können dem Politikwissenschaftler in seiner Analyse grundlegende psychologische Kenntnisse weiterhelfen.

Festzuhalten bleiben drei Punkte, die man in Zusammenhang mit der angewandten politischen Psychologie beachten sollte. Erstens besteht immer die latente Gefahr der Politisierung gerade dieses Wissenschaftszweiges. Zweitens helfen die Kenntnisse aus diesem Wissenschaftsbereich vielleicht nicht immer katastrophale politische Ereignisse (z.B. Terrorismus) zu verhindern, aber sie können wesentlich zu einem besseren Verstehen beitragen. Drittens schließlich werden theoretische Differenzen immer bestehen bleiben. Die Politikwissenschaft ist, laut McDermott, nicht in der Lage Theorien zu entwickeln, die auch für andere (Sozial-) Wissenschaften interessant und brauchbar sind: in der Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft wurden immer Theorien von anderen Wissenschaften „ausgeborgt“ - nicht ohne sie weiterzuentwickeln. Hier findet sich ein

Anknüpfungspunkt zwischen klassischer Politikwissenschaft und politischer Psychologie – beide sind mit ihren theoreti-

schen Konzepten und ihrem Erkenntnisanspruch aufeinander angewiesen.

JODOK TROY*

Die kaspische Region bis ins kleinste Detail

Rizvan Nabiyev: Erdöl- und Erdgaspolitik in der kaspischen Region. Ressourcen, Verträge, Transportfragen und machtpolitische Interessen, Verlag Dr. Köster 2003
464 Seiten, 32,80 €, ISBN 3-89574-511-1.

Seit Jahrzehnten beherrscht das Thema Erdöl die Medien, einerseits weil zum einen nicht genügend neue Erdölvorkommen gefunden werden, um den zukünftig stark ansteigenden Erdölbedarf der Industrienationen und der Schwellenländer zu befriedigen. Andererseits gewinnt eine reibungslose Energieversorgung für die Industrienationen immer mehr an Bedeutung für die zukünftige Sicherung ihrer Wirtschaft. Die Förderquoten der erschlossenen Erdölvorkommen schrumpfen jährlich um zirka zwei bis vier Prozent, bei gleichzeitig steigendem Ölbedarf. Die Garantie für ein stabiles Wirtschaftswachstum in den Industrienationen hängt von einer ununterbrochenen Energieversorgung ab, die aufgrund der wachsenden Versorgungsprobleme in der Zukunft nur bedingt gewährleistet werden können. Risiken bestehen in der einseitigen Importabhängigkeit von den fünf Golfanrainerstaaten Saudi-Arabien, Irak, Iran, den Vereinigten Emiraten und Kuwait, die die größten Erdölvorkommen besitzen. Durch die regionalen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten könnte eine reibungslose Energieversorgung in der Zukunft öfters bedroht sein und daraus folgend dramatische Preis- und Verteilungskämpfe in globalem Ausmaß bewirken.

Deswegen hatten die westlichen Industrienationen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ein großes Interesse alternative Erdöl- und auch Erdgasbezugsquel-

len zu erschließen, die sich auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion befinden. Die größte Bedeutung kam dabei der Region des Kaspischen Meeres zu. Besonders Aserbaidschan war in dieser Region von großer strategischer Bedeutung, da das Land als „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“ für den Zugang an die Bodenschätze des kaspischen Beckens und Zentralasiens angesehen wird.

Genau an diesem Punkt setzt die vorliegende Dissertation von Rizvan Nabiyev an. In dem Buch wird geschildert, ob die gefundenen und vermuteten Erdölvorkommen tatsächlich ausreichen, um als alternative Bezugsquelle den weltweiten Erdölbedarf zu stillen. Des Weiteren wird gefragt, in welcher Weise die Planung von Transitwegen für das Erdöl geregelt wird. Entscheidend ist hierbei, durch welche Regionen und zu welchen Märkten die Pipelines gebaut werden, um das Erdöl und Erdgas auf den Weltmarkt zu transportieren. Zudem wird erörtert, ob bestimmte Regionen bevorzugt werden und welches Kalkül hinter dieser Planung steckt.

Hintergrund für die heftigen Auseinandersetzungen um die Transportverträge ist die ehemalige Monopolstellung Russlands beim Transit von Erdöl und -gas. Durch dieses Monopol konnte Russland die Preise der kaspischen Bodenschätze bestimmen und enorme Gewinne einfahren, da

*Mag. Jodok Troy ist wissenschaftlicher Assistent an der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.

sie das Öl oder Gas auf dem Weltmarkt für den dementsprechenden Weltmarktpreis verkaufte. Ein zusätzlicher Preisanstieg entstand durch Transitgebühren für den Transport des Öls durch Russland. Um den Weltmarktpreis für das eigene Erdöl zu erzielen, bestand für die kaspischen Anrainerstaaten ein großes Interesse alternative Transitstrecken für ihre Erdölressourcen zu verwenden. Eine der brisantesten Fragen des Ölgeschäfts in der Kaspischen Region lautete somit: Wie wird in der Zukunft das geförderte Erdöl aus dem Kaspischen Becken auf den Weltmarkt transportiert? Als eine bedeutende Alternative für die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres wurde eine Westexportpipeline geplant, die das russische Territorium umgehen und über Georgien an das Schwarze Meer führen sollte. Dass es bei den Entscheidungen für diese neue Pipelineroute zu heftigen Kontroversen zwischen der Weltmacht USA, die die kaspischen Anrainerstaaten bei ihren Plänen unterstützte, und Russland kam, verwundert nicht, da Russland die 70-jährige Monopolstellung beibehalten wollte. Nach längerem diplomatischem Tauziehen wurde die Pipelineroute zu der Schwarzmeerhafenstadt Supsa mit finanzieller Hilfe von westlichen Ölonternehmen Ende der 1990er Jahren umgesetzt.

Entscheidend für den Transport von Erdöl auf den Weltmarkt ist die ehemalige Sowjetrepublik Aserbaidschan. Das südkaukasische Land besitzt einerseits einen großen Anteil der Gesamtenergiereserven des kaspischen Beckens (ca. 50 von 270 Mrd. Barrel), andererseits ist Aserbaidschan das einzige Land über das die Erdölressourcen der Region in Richtung Westen befördert werden können. Wenn anderen Staaten, wie China oder Iran, die Lieferwege vom Kaspischen Meer auf den Weltmarkt kontrollieren würden, hätten diese wahrscheinlich den größten Einfluss auf die Verteilung der Energieressourcen zu den erdöl- und erdgasabhängigen Län-

dern sowie über die Gewinne aus den Produktionsfeldern. Eine solche Konstellation liegt nicht im Interesse der westlichen Staaten, da sie von einer ununterbrochenen und zuverlässigen Energieversorgung in der Zukunft abhängig sind. Deswegen fällt der Schwerpunkt der Dissertation von Rizvan Nabiyeu auf die geopolitische Bedeutung Aserbaidschans und dessen Erdöl- und Erdgaspolitik. Nabiyeu bezeichnet dabei die spezifische geographische Lage als Bindeglied einer Nord-Süd- und West-Ost-Transportarterie. Aufgrund dieser Lage nimmt Aserbaidschan eine Vorreiterrolle bezüglich der Gestaltung einer selbständigen Energiepolitik ein. Die Hauptinitiative für das Pipelineprojekt in Richtung Westen ging 1994 von der aserischen Regierung aus. Dies kann als der entscheidende Wendepunkt in der Erdölförderpolitik der kaspischen Anrainerstaaten bezeichnet werden. Erstens ermöglichte die Initiative der Aseris, die Eröffnung der ersten alternativen Transportroute zum Schwarzmeerhafen Supsa, die das Transportmonopol der Region umgeht. Gleichzeitig war sie der erste offizielle Versuch, die Aufteilung des Kaspischen Meeres in nationale Sektoren durchzusetzen.

Als Höhepunkt der eigenständigen Energiepolitik Aserbaidschans gilt das im Jahre 2004 fertiggestellte Pipelineprojekt Baku-Tiflis-Ceyhan. Da die erste Pipeline von Baku nach Supsa nur 40 Mio. Tonnen Erdöl im Jahr transportieren kann, wurde in den 1990er Jahren eine Hauptexportpipeline geplant, die bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan führt. Der Vorteil im Vergleich zur Baku-Supsa-Pipeline ist, dass das Erdöl nicht drei- bis viermal umgeladen werden muss, um auf den europäischen Markt zu gelangen und es eine Durchleitungskapazität von ca. 50 Mio. Tonnen im Jahr gibt.

Interessant an dem Buch ist die Darstellung der Vor- und Nachteile der genann-

ten Pipelinerouten. Nach den Angaben des Autors sind die Transitgebühren bei der Baku-Tiflis-Ceyhan-Route im Vergleich zu den anderen Pipelinerouten die teuersten. Jedoch weist Nabiyev auch auf die Zusatzkosten beim Transport hin, da das Erdöl bei den anderen Transportrouten noch per Schiff durch das Schwarze Meer auf den europäischen Markt geliefert werden muss.

In Nabiyevs Buch werden alle wichti-

gen Aspekte, die in Bezug auf die Erdöl- und Erdgaspolitik in der kaspischen Region vorhanden sind, bis ins kleinste Detail erläutert. Insgesamt bietet das Buch eine enorme Fülle an gut recherchierten Informationen über die kaspische Region und es ist wahrscheinlich zurzeit das beste Buch mit diesem Themenschwerpunkt auf dem deutschsprachigen Markt.

DIRK BAEHR*

Neorealismus

Carlo Masala über die Theorie von Kenneth N. Waltz und seine Kritiker

Carlo Masala: Kenneth N. Waltz. Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Nomos 2005
149 Seiten, 17,80€, ISBN 3-8329-1066-2.

Mit „Theory of International Politics“ schrieb der US-Amerikaner Kenneth N. Waltz im Jahre 1979 ein Werk, welches harscher Kritik ausgesetzt war und es noch bis heute ist und dennoch als Pflichtlektüre in jedes politikwissenschaftliche Studiums gehören sollte. Nun, 25 Jahre nach Erscheinen der als Struktureller Realismus bzw. Neorealismus bekannten Theorie hat Carlo Masala - zurzeit am NATO Defense College in Rom tätig - eine hervorragende Einführung in das Denken des Theoretikers geschrieben und schließt somit eine Lücke in der deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Literatur.

Seine kurze und knappe, allerdings präzise auf den Punkt gebrachte Studie lässt sich in zwei große Teile gliedern. Im Ersten legt Masala, der sich lange Jahre und intensiv mit den Annahmen des in Berkeley, Kalifornien wirkenden Politologen Waltz beschäftigt hat, die Entwicklung und Kernelemente der neorealistischen Theorie anschaulich und klar verständlich dar.

Hier handelt es sich gewissermaßen um ein „klassisches“ Einführungsbuch in EINE Theorie der Internationalen Beziehungen, welches sich vor allem an Studierende der Internationalen Politik sowie an diejenigen richtet, die sich für eine deutschsprachige Darstellung des Neorealismus interessieren, die - wie der Autor selbst schreibt - „aus der Feder eines Neorealisten stammt“.

Im Zentrum des zweiten, an Studierende und Fachkollegen gerichteten Teils, setzt sich Masala mit den Kritikern der Waltz'schen Theorie auseinander. Denn nach Meinung des Autors haben ein Großteil von Waltz' Kritikern, diesen gründlich missverstanden oder stützen ihre Kritikpunkte unter anderem auf unzureichende Kenntnis des eigentlichen Werkes. Dabei orientierten sich diese bisherigen Darstellungen an der Kritik konkurrierender Theorieschulen. Von dieser gängigen Methode weicht der aus der Schule des Kölner Neorealisten Werner Link stammende Autor in seinem Buch zugunsten einer Analyse und

*Dirk Baehr studiert u.a. Politische Wissenschaft an der Universität Bonn und ist Mitglied der AGIPS.

Darstellung der Neorealismuskritik ab und orientiert sich entlang wichtiger Sachbereiche, zentralen Begriffen und theoretischen Annahmen von Waltz. Innerhalb dieser Bereiche stellt Masala einige Kritiker - quasi exemplarisch - für bestimmte Kritikrichtungen vor und analysiert diese auf ihre Relevanz hin. Dabei lässt der Autor nicht nur bekennende Gegner des Neorealismus, sondern auch in einem gesonderten Kapitel Kritiker aus dem „eigenen Lager“ zu Wort kommen.

Die nützlichen Kontrollfragen am Ende eines jeden Kapitels und das umfassende Literaturverzeichnis zum Thema Neorealismus machen diese Einführung in die Waltz'sche Theorie und die Auseinandersetzung mit seinen Kritikern nicht nur für Studierende der Internationalen Politik zur Pflichtlektüre. Abgerundet wird das Lehrbuch mit den Geleitworten von John Mearsheimer und Kenneth N. Waltz selbst.

RENÉ DENZER*

Ein Stück Normalisierung

Erste Gesamtdarstellung der deutschen Weltpolitik von Bismarck bis zur Gegenwart erschienen

Gregor Schöllgen: Jenseits von Hitler. Die Deutschen in der Weltpolitik von Bismarck bis heute, Propyläen Verlag 2005
400 Seiten, 24,90€, ISBN 3-5490-7203-1.

Wer die Bücher „Angst vor der Macht“ oder „Der Auftritt“ kennt, erwartet von Gregor Schöllgen möglicherweise eine besonders programmatische Schrift, ein zugespitztes Erkenntnisinteresse, wenn er sich den „Deutschen in der Weltpolitik von Bismarck bis heute“- „jenseits von Hitler“ nähert.

Doch eine solche Erwartung wird nicht erfüllt. Die Programmatik des Titels einzulösen, heißt für den Autor, die Geschichte deutscher Weltpolitik nicht bis oder seit Hitler nachzuzeichnen, sondern von der Gründung des ersten deutschen Nationalstaates bis hin zur Gegenwart. Damit widmet Schöllgen sich mehreren gut erforschten Gegenständen der Geschichts- und Politikwissenschaft, eben verschiedenen Abschnitten deutscher Weltpolitik, die er erstmals en bloc darstellt. Auch wenn das Buch „aus den Quellen gehoben“ wurde, kön-

nen daher keine neuen gravierenden Fakten enthüllt werden. Auch ist dies nicht die Intention des Autors. Er möchte vielmehr die „eigentlichen Zäsuren der deutschen Geschichte“ benennen, wodurch auch „die Akteure in einem anderem Licht (erscheinen). Unter ihnen Hitler.“

Damit wird beim Leser freilich wiederum die Erwartung einer (geschichts-)theoriegeleiteten Untersuchung geweckt. Die folgenden knapp vierhundert Seiten bieten dann jedoch eine, wie zu erwarten gekonnte, narrative Darstellung deutscher Weltpolitik. Die Einteilung scheint innovativ, jedenfalls ungewöhnlich. Ihr Hauptmerkmal ist, dass sie sich nicht an formalen Einschnitten der deutschen Geschichte, wie der Gründung der Weimarer Republik, Ausbruch oder Ende des Zweiten Weltkrieges und nicht an Auftritten oder Abtritten herausragender Politiker orien-

*René Denzer studiert u.a. Politische Wissenschaft an der Universität Bonn und ist Vorstandsvorsitzender der AGIPS.

tiert. Schöllgen kommt durch einen strukturanalytischen Blick zu seinen Einschnitten. Die weltpolitische Konstellation führte zum Untergang des 1871 gegründeten Deutschen Reiches und der Keim hierzu war schon in der Reichsgründung selbst enthalten. Ihr folgte zunächst die überaus komplizierte Gleichgewichtsdiplomatie Bismarcks, die in dem Urteil des Autors „mit jedem Schritt eine Eigendynamik (gewann), die sich über kurz oder lang der Kontrolle durch ihren Erfinder entziehen musste“.

Mit dem Eintritt des Reiches in die Kolonialpolitik im Jahre 1884 macht Schöllgen dann die erste „eigentliche Zäsur“ der Geschichte der Deutschen in der Weltpolitik seit 1871 aus. „Übermütig“ sei hier der berühmte „Platz an der Sonne“ gesucht worden. In der variantenreichen Diskussion über die Gründe für den späten Einstieg Deutschlands in den kolonialen Wettlauf vertritt der Autor die (wohl mittlerweile überwiegende) Meinung, es habe sich um eine strategische Komponente der außenpolitischen Gesamtkonzeption Bismarcks gehandelt. Mit diesem Schritt verstrickte sich das Reich, so Schöllgen, tiefer in zunehmend irreversible, ungünstige weltpolitische Konstellationen. Sie sollten sich zu einer „Isolierung“ Deutschlands verdichten, die in den Jahren 1901 bis 1912 ausgemacht wird und als nächste Einteilung des Geschilderten dient.

1912 sieht Schöllgen Wilhelm II. und die maßgeblichen Kräfte der Reichsführung „die Nerven verlieren“: Die schwierige weltpolitische Konstellation, die akute Balkan-Krise der Jahre 1912/13 und ein breiter innenpolitischer Resonanzboden für eine kriegerische Befreiung aus der wahrgenommenen Isolation bilden den Ausgangspunkt für den, mit schwierigen und letztlich erfolglosen Versuchen des Ausgleichs versehenen, Weg in den Ersten Weltkrieg und - für den Autor die nächs-

te entscheidende Etappe - zum Versailler Friedensvertrag. Den „Frust“ dieses Friedens sieht der Autor bis zum Jahre 1935 andauern: Der mittlerweile an die Macht gekommene Adolf Hitler schreckte noch einmal zurück, als Mussolini sich seinem Griff nach Österreich entgegen stellte. Gestärkt durch den Beitritt des Saarlandes zum Dritten Reich und die Übernahme des Reichspräsidentenamtes durch den „Führer“, ging dieser fortan jedoch zum Angriff und damit zum Versuch der „Revision der Geschichte“ über.

Ein Versuch, den Schöllgen im Jahre 1941 enden und in einen „Rückzug von Großdeutschland zur Rheinprovinz“ münden sieht. Die USA traten in den Krieg ein, der damit zum Weltkrieg wurde, und der deutsche Vormarsch wurde beendet. Der militärische Rückzug begann vor Moskau im Dezember 1941 und wurde für den Autor im Jahre 1952 politisch abgeschlossen: Mit der Unterzeichnung des sog. Deutschlandvertrages und des sog. Wiedergutmachungsabkommens mit Israel gestand die Bundesrepublik ihre historische Schuldposition ein und verpflichtete sich auf eine neue Existenz, die die Teilung Deutschlands faktisch sanktionierte.

Eine Realität, die von der Bundesrepublik Deutschland gleichwohl nicht akzeptiert wurde - Alleinvertretungsanspruch und Hallsteindoktrin sind die bekannten Belege hierfür. Für den Autor „Lebenslügen“, mit denen die Bundesrepublik sich weltpolitisch bis zum Jahr 1969 „trotzig gegen die Geschichte“ wandte.

Erst die „Neue Ostpolitik“ der Regierung Brandt ist für Schöllgen der Verzicht auf diesen Trotz wider historische Tatsachen. Sie stellt für ihn die vorletzte Zäsur der Geschichte Deutschlands in der Weltpolitik seit Bismarck dar.

Die letzte ist für ihn eine „Kapitulation

der Geschichte“ - gemeint sind der unerwartete Zerfall des Ostblocks und die ebenso unerwartete deutsche Einheit. In der Retrospektive erkennt Schöllgen die ersten Anzeichen für diese weltgeschichtliche Entwicklung in der Umsetzung des sog. NATO-Doppelbeschlusses durch den Deutschen Bundestag im Jahre 1983.

Nach Abschluss dieser „Kapitulation“ beginnt die weltpolitische Gegenwart für die Bundesrepublik - sie trat aus dem Schatten Adolf Hitlers und fand sich, nach fast einem halben Jahrhundert Abstinenz, erneut auf der Weltbühne wieder. Die Diskussion hierüber ist umfangreich, vielfältig und bekannt: Die Rollen einer „Zivilmacht Bundesrepublik“, einer „Zentralmacht Europas“ und einer „Weltmacht wider Willen“ stehen zur Debatte. Und an dieser Diskussion über eine „Normalisierung“ oder „Neuausrichtung“ deutscher Weltpolitik hat Gregor Schöllgen großen Anteil.

Was bleibt? Die Weltgeschichte von 1871 bis zur Gegenwart wird aus deutscher Perspektive nachgezeichnet - erstmals am Stück. Sie wird analytisch auf neuartige Weise unterteilt, allerdings anhand bekannter und auch diskutierter Ereignisse. Dass die Akteure deutscher Weltpolitik so in einem anderen Licht erscheinen, als in Darstellungen die sie fokussieren, trifft zu. Doch auch Rollen und Wirkungen dieser Akteure sind bereits, insbesondere mit Blick auf Adolf Hitler, einer breiten Dis-

kussion unterworfen.

Die Geschichtswissenschaft bemüht sich stets, historische Ereignisse in ihre Zusammenhänge einzuordnen. Mit Blick auf die deutsche Weltpolitik wurde dies nach dem Dritten Reich schwierig. In seiner Zerstörungskraft und Unmenschlichkeit war dies so wirkungsmächtig und einzigartig, dass erst Abstand gewonnen werden musste. Doch die Diskussion kam, entfaltete sich und dauert an. Brüche und Kontinuitäten, Ursachen und Alternativen - all dies wird für die deutsche Weltpolitik ebenso erörtert, wie für so viele Forschungsgegenstände der Historiker. Gleichwohl zeigt sich auch hier die Wirkungsmacht des Hitlerregimes: Die Frage, wie eine geschichtswissenschaftliche Diskussion über diese totalitäre Diktatur zu führen sei und geführt werden darf, war seinerseits einer lebhaften Debatte unterworfen.

Eine Gesamtdarstellung deutscher Weltpolitik von Bismarck bis zur Gegenwart durfte angesichts dieses Forschungsprozesses erwartet werden, denn es handelt sich dabei auch um ein Stück Forschungsentwicklung, ein Stück Normalisierung. Die Ermittlung des historischen Kontextes der Weltpolitik des Dritten Reiches hat längst eingesetzt, aus ihr konnte eine Gesamtdarstellung wie die von Gregor Schöllgen erwachsen.

BENJAMIN TEUTMEYER*

*Benjamin Teutmeyer M.A. studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte, Völkerrecht/Europarecht an der Universität Bonn und ist Mitglied der AGIPS und der BIPS-Redaktion.

Autorenspiegel

Dipl.-Ing. Josef Bordat M.A., Studium des Wirtschaftsingenieurwesens und der Philosophie an der Technischen Universität Berlin. Derzeit Promotion zum Thema „Gerechtigkeit und Wohlwollen. Das Völkerrechtskonzept des Bartolomé de Las Casas“, Übersetzungen aus dem Spanischen und Englischen sowie Mitherausgeber des International Journal of the Humanities.

René S. Freytag ist Student der Politischen Wissenschaft, Europäischen Volkskunde sowie Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Kai Hirschmann, Dr. ist stellvertretender Direktor des [Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik](#) in Essen sowie Lehrbeauftragter für Internationale Politik an der Universität Bonn.

Jan Irlenkaeuser, Dr. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Zuvor von 1997-2001 Studium der Politischen Wissenschaft, Osteuropäischen Geschichte und der Vor- und Frühgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und von November 2002 bis Januar 2003 Visting Scholar am Sigur Center for Asian Studies der George Washington University, Washington, D.C.

Eine Buchbesprechung der Dissertation zum Thema „Einhegung oder Kooperation. Die amerikanische Chinapolitik unter Clinton und Bush“ finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 52.

Matthias Kirch studiert Politische Wissenschaft, Geschichte und Völkerrecht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und ist zur Zeit studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für die Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte bei Prof. Dr. Christian Hacke. Derzeitig verfasst der Autor seine Magisterarbeit zum Thema: „Max Webers außenpolitisches Denken - Versuch einer Rekonstruktion“.

Michael Rühle ist Leiter des Planungsreferats der Politischen Abteilung der NATO.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Allgemeine Bestimmungen:

Die Manuskripte sollten einen Bezug zur internationalen Politik und/oder Sicherheitspolitik haben, sie sollten in Deutsch (neue Rechtschreibung) oder Englisch abgefasst sein und müssen den Vorgaben der BIPS-Redaktion entsprechen.

Die Redaktion geht davon aus, dass die Manuskripte nicht zugleich einer anderen Zeitschrift angeboten werden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Einsendung der Manuskripte:

Die Artikel sollen inklusive einem kurzen Abstract an die eMail-Adresse bips@agips.org geschickt werden.

Folgende Dateiformate werden akzeptiert:

- Rich Text Format (RTF): In Word dazu im Datei-Menü „Speichern unter...“ und dort das Format auswählen. Möglichst ohne bzw. nur mit bedingten Trennstrichen.
- \LaTeX : möglichst in Latin-1-Kodierung, Links gemäß Vorgaben des hyperref-Package, keine Gliederung oberhalb der paragraph-Ebene *und* bitte mit einer beiliegenden PDF-Version des Artikels.

Bitte schicken Sie Graphiken und Schaubildern als gesonderte Dateien im Anhang mit. Wir bevorzugen geläufige Vektorformate und akzeptieren zudem GIF, JPEG und PNG. Wir möchten Sie aus technischen Gründen bitten, auf innerhalb der Word-Textverarbeitung mit Auto-Form erstellte Graphiken zu verzichten. Zudem sollte der Informationsgehalt nicht verloren gehen, falls das Dokument schwarz-weiß ausgedruckt wird.

Umfang und Gestaltung der Manuskripte:

Die eingereichten Manuskripte sollten den Umfang von 3-10 Seiten (DIN A4; Schrifttyp Arial; Schriftgröße: 12 Punkt; Zeilenabstand 1,5) nach Möglichkeit nicht unter- bzw. überschreiten. Zur besseren Strukturierung des Textes bitten wir, Zwischenüberschriften einzufügen. Im Falle der Verwendung von Abbildungen und Grafiken beachten Sie deren ausreichende Reproduzierbarkeit und urheberrechtlichen Status.

Bitte fügen Sie Literaturverweise und Zitatquellen nicht in den fortlaufenden Text ein, sondern stellen Sie sie in Form von Fußnoten an das Ende der entsprechenden Seiten.

Bibliographische Angaben:

Bei Büchern:

- Autor: Titel - Untertitel gegebenenfalls (Reihe; Band), Ort und Jahr, Seite.

- Herausgeber (Hrsg.): Titel - Untertitel gegebenenfalls (Reihe; Band), Ort und Jahr.

Bei Aufsätzen:

- in Sammelbänden: Autor: Titel - Untertitel, in: Herausgeber (Hrsg.): Titel - Untertitel gegebenenfalls (Reihe; Band), Ort und Jahr, Seitenzahlen, Seite.
- in Zeitschriften: Autor: Titel - Untertitel, in: Name der Zeitschrift, Nummer/Jahr, Seitenzahl, Seite. Oder Band (Jahr) Heftnummer, Seitenzahl, Seite.
- in Zeitungen: Autor: Titel - Untertitel, in: Name der Zeitung vom Datum.

Bei Mehrfachnennung eines Titels:

- Nachnahme des Autors, Seite. Bei darauf folgenden Fußnoten: Ebd., S.

Internetquellen:

- Verfahrensweise wie oben mit dem Zusatz eines Links und Datum des letzten Besuchs.

Des weiteren ist dem Artikel eine kurze biografische Angabe zum Autor (Name, akademischer Rang/Dienstgrad, Institution, Position) beizufügen.

Rezensionen

Der Umfang der Buchbesprechungen sollten den Umfang von 2 DIN A4 Seiten (Schrifttyp Arial; pt. 12; Zeilenabstand 1,5) nach Möglichkeit nicht überschreiten und im wesentlichen Informationen über das Anliegen und die Thesen des Autors/der Autorin/Autoren beinhalten.

Folgende Angaben sollten vorhanden sein:

Autor/Herausgeber: Buchtitel - Untertitel (gegebenenfalls Reihe; Bd.), Verlag und Jahr, Seitenzahl, Preis, ISBN.

Weitere Verfahrensweise:

Nach vorangegangener Prüfung der Redaktionsassistenten werden potenzielle Beiträge in anonymisierter Form an die Redaktion weitergeleitet. Der/die Autor/in deren Artikel in die Zeitschrift kommt, wird i.d.R. innerhalb von 2 Monaten benachrichtigt. Die Redaktion behält sich das Recht vor, den Text redaktionell zu bearbeiten und die Überschriften, Titel und Untertitel unter redaktionellen Gesichtspunkten zu verändern.

Ein Honorar kann leider *nicht* gezahlt werden.

Die Autoren erklären sich damit einverstanden, dass Texte mit transatlantischen Bezügen auch auf der Homepage unseres Kooperationspartners Transatlantik-Netz.de veröffentlicht werden dürfen.

Bei Fragen und Anregungen mailen Sie uns an bips@agips.org .

Impressum

Beiträge zur Internationalen Politik und Sicherheit (BIPS)

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft für Internationale Politik und Sicherheit (AGIPS) e.V.

Redaktionsleiter:

Dr. Karl-Heinz Kamp

Stellvertretender Redaktionsleiter:

René Denzer

Redaktion:

Dirk Baehr, Carsten Michels M.A., Benjamin Teutmeyer M.A.,
Mag. Nathalie Vogel, Rüdiger Voigt

Rezensionen:

René Denzer

Layout & Satz:

Rüdiger Voigt

Redaktionsanschrift:

BIPS
c/o René Denzer
Düsseldorfer Str. 6
51145 Köln

eMail: bips@agips.org URL: <http://www.agips.org>

Erscheinungsweise:

mehrmals jährlich in unregelmäßigen Abständen

ISSN 1861-2881

Die veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der entsprechenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder der Redaktion.

Bei Redaktionsschluss waren alle in den Fußnoten aufgelisteten Links noch aktiv. Die Redaktion erklärt ausdrücklich, dass sie keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte gelinkter Seiten hat. Aus diesem Grund distanziert sich die Redaktion hiermit ausdrücklich von den Inhalten aller gelinkten Seiten und macht sich diese Inhalte nicht zu Eigen. Diese Erklärung gilt für alle angezeigten Links dieser Ausgabe und für alle Inhalte der Seiten anderer Internetangebote.